AZA FLEX 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 15 | 11. DEZEMBER 2025 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work



Swisspur: Hungerlöhne für die Büezer, Porsches für die Boss-Buben. Seite 5

Die work-Weihnachtsgeschichte:

20 000 Franken für Mami Erma

Sie wurde **schwanger.**
Der Chef **warf** sie raus.
Aus **Job** und **Wohnung.**
Sie **kämpfte.** Mit **Erfolg.**

Seiten 12 – 13

FOTOS: THIERRY PORCHET / PD / ADOBE STOCK

Noch schlauer im neuen Jahr

Movendo ist das Bildungsinstitut der Gewerkschaften. Und feiert 2026 seinen 25. Geburtstag. work stellt das Jubi-Programm vor.

Seiten 20 – 21



Zündende Geschenk-Ideen

Was schenken? Die work-Redaktion stellt ihre besten Tipps vor. Seite 19

Feiernde Gebäudetechniker

Bald gibt's die Frühpensionierung endlich auch in der Deutschschweiz. Seite 7



workedito

Anne-Sophie Zbinden

EINE SCHÖNE BESCHERUNG

Wie die Heiligen Drei Könige zum Jesuskind reisten sechs scheinheilige Wirtschaftsherrscher ins Land der längst nicht mehr so grenzenlosen Möglichkeiten, um ihrem Heilsbringer zu huldigen. Im unerschütterlichen Glauben an den Kapitalismus.

GOLD. *Im Gepäck hatten sie weder Weihrauch noch Myrrhe. Dafür Gold: ein Kilogramm in Form eines Barrens. Und eine goldene Rolex-Tischuhr. Diese Geschenke übergaben die sechs Wirtschaftsherrscher aus der Schweiz US-Präsident Donald Trump, um einen besseren Zolldeal zu erwirken. Einer von ihnen war Alfred Gantner. Er ist Gründer der Investmentfirma Partners Group und Multimilliardär. Und gehört damit zu der extrem kleinen Minderheit, der es in der Schweiz extrem gut geht (Seiten 9 und 10).*

150 000 Franken für Donald Trump: Ist das eine kleine, nette, symbolische Geste?

GABEN. *Über die Gaben sagt Gantner in einem Interview mit den TX-Medien: «Unsere Geschenke waren rein symbolischer Natur.» Wie bitte? Rein symbolischer Natur? Die goldene Uhr, eine sogenannte Desk Clock, ist im normalen Verkauf nicht erhältlich. Sie kostet geschätzt 40 000 Franken. Ein Kilogramm Gold wird zurzeit zu rund 109 000 Franken gehandelt. Macht also knapp 150 000 Franken. Ist das eine kleine, nette, symbolische Geste? Für die meisten hierzulande sind kleine, symbolische Gesten ein Gratis-Kafi, oder sie laden mal auf ein Bier ein…*

GIFT. *Was die Trump-Huldigung wirklich bringt, ist noch unklar. Der neue Deal ist noch nicht öffentlich. Aber der Pharmariese Novartis zeigt, in welche Richtung es gehen könnte: CEO Vasant Narasimhan war zwar keiner der sechs Könige, aber er tut alles, damit Novartis seine hochpreisigen Medikamente weiterhin zollfrei in die USA liefern darf. Seine Strategie ist so klar wir brutal: Er killt Jobs in der Schweiz und verspricht gleichzeitig Investitionen von 23 Milliarden Dollar für den Aufbau eines neuen Produktionszentrums im Trump-Land (siehe Artikel rechts).*

GELD. *150 000 Franken mögen für Multimilliardäre reine Symbolik sein. Doch ganz bestimmt nicht für Ex-Magenbrot-Verkäuferin Erma Braho. Der Chef hatte ihren Lohn unterschlagen, insgesamt 20 000 Franken. Oder für Stefan Vovchanski: Sein Chef nutzte den Schreiner aus und bezahlte ihm nicht den Lohn, der ihm zustand. 11 000 Franken fehlten ihm im Portemonnaie. In der Gantnerschen Gold-Symbolik sind das nur kleine Klümpchen. Für die beiden aber ein ganzer Berg von Geld. Ein Stein fiel ihnen vom Herzen, als sie die Beträge dank der Unia endlich auf ihren Konten hatten. Das ist die wahre Bescherung (Seiten 12 und 13).*

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und einen guten Start ins Jahr 2026. Die nächste gedruckte Ausgabe der work-Zeitung erscheint am 22. Januar. Bis dahin finden Sie uns auf workzeitung.ch, oder auf Social Media.



JOB-VERNICHTER: *Novartis-CEO Vasant Narasimhan.* FOTO: KEYSTONE

Novartis kündigt Massenentlassung in Stein AG an

Milliarden für die USA, Stellenabbau in der Schweiz

Novartis will am Produktionsstandort in Stein AG über 700 Stellen streichen. Der Grund: ein perverses Geschäftsmodell und Trump-Huldigung. Doch das lassen sich die Mitarbeitenden nicht bieten – der Protest läuft.

IWAN SCHAUWECKER

Der Pharmakonzern Novartis machte zuletzt Rekordgewinne von monatlich fast einer Milliarde US-Dollar. Doch die extremen Profite dienen inzwischen nicht mehr nur der Bereicherung des Novartis-Managements und des Aktionariats. Auch US-Präsident Donald Trump muss zufriedengestellt werden. Damit Novartis seine hochpreisigen Medikamente weiterhin zollfrei in die USA liefern darf, versprach Konzernboss Vasant Narasimhan Investitionen in der Höhe von 23 Milliarden US-Dollar für die USA. Ganz anders läuft's dagegen in der Schweiz.

Ende November kündigte Novartis an, die Herstellung von Kapseln und Tabletten in Stein AG auf Ende 2027 einzustellen. Diese Nachricht kam für die Mitarbeitenden völlig überraschend. Auch der Unia gegenüber beteuerte das Novartis-Management noch vor wenigen Wochen, dass keine Stellen gefährdet seien und der Konzern in den Standort investieren wolle. Doch jetzt will das Mangement 700 Stellen in Stein streichen. Das ist die Hälfte der Belegschaft am Traditionsstandort.

VERGIFTETES WEIHNACHTSGESCHENK

Goran Trujic (54) arbeitet als Mechaniker im Unterhalt der Produktionsanlagen in Stein. Als Präsident der Personalkommission GAV Rheintalwerke hat auch er erst am Vorabend der Novartis-Medienmitteilung von der geplanten Massenentlassung erfahren. Trujic sagt: «Die angekündete Schliessung der Tablettenfabrik und das Vorgehen des Novartis-Managements machen mich sehr betroffen.» Schockierend findet er auch den Zeitpunkt der Ankündigung, einen Monat vor Weihnachten. Trujic sagt: «Alles, was zählt, ist der Börsenkurs, von Menschlichkeit keine Spur.»

«Alles, was zählt, ist der Börsenkurs, von Menschlichkeit keine Spur.»

GORAN TRUJIC, PRÄSIDENT PERSONALKOMMISSION

Zusammen mit der Unia fordert Trujic im Konsultationsverfahren jetzt den kompletten Verzicht auf die Massenentlassung. Corinne Schärer, Co-Sektorleiterin Industrie bei der Unia, sagt: «Wir wollen keine Alibiübung, sondern eine ernsthafte Prüfung von Alternativen, so wie es das Gesetz bei Massenentlassungen vorsieht.» Die Unia fordert zudem eine Verlängerung des Konsultationsverfahrens. Schärer sagt nach einem Treffen mit Novartis: «Dieser Stellenabbau ist die direkte Folge eines Businessmodells, das eine Gewinnmarge von 40 Prozent anstrebt.» Das Lohnniveau von Produktionsbetrieben in der Schweiz ist nicht kompatibel mit solch extremen Gewinnabsichten, sagt Schärer.

VERSORGUNG GEFÄHRDET

Auch die Delegierten der Unia haben eine Resolution gegen den weiteren Kahlschlag bei Novartis in der Schweiz verabschiedet. Denn es geht auch um die Versorgungssicherheit: «Die Covid-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eigene Produktionskapazitäten für Medikamente sind. Mit ihrer Abbaupolitik gefährdet Novartis auch die Versorgung der Schweiz mit strategisch wichtigen Gütern. Es ist zentral, dass in der Schweiz weiterhin Tabletten und Kapseln produziert werden und Novartis nicht nur in hochspezialisierte Therapien investiert.»

Unia und Syna: Petition und Protestaktion

Gemeinsam mit den Beschäftigten von Novartis haben Unia und Syna eine Petition gestartet, die von Novartis den Verzicht auf den Stellenabbau, den Erhalt des Standorts Stein und ein Bekenntnis zum Industriestandort Schweiz verlangt. Zudem wird am Freitag, 12. Dezember, vor der Fabrik in Stein demonstriert.

Zur Petition: **rebrand.ly/petition-novartis**

Unia-Delegiertenversammlung

Mehr Zeit zum Leben!

Die Würde der Arbeitnehmenden ist in Gefahr. Das geltende Arbeitsrecht reicht nicht aus, um die Büezerinnen und Büezer vor zunehmendem Stress, Diskriminierung, den negativen Auswirkungen der künstlichen Intelligenz oder den Folgen der Klimakrise zu schützen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

«Die Rechten im Bundeshaus sind ausser Rand und Band», sagt Unia-Präsidentin Vania Alleva. «Sie lancieren einen Angriff aufs Arbeitsgesetz nach dem andern. Immer geht es gegen den Arbeitnehmerschutz. Und sie wollen die Arbeitnehmenden immer noch mehr auspressen wie Zitronen!» Der Grund für ihre deutlichen Worte: Die Bürgerlichen wollen an 12 statt an 4 Sonntagen chrampfen lassen. Doch damit nicht genug: Sie wollen auch bewilligungsfreie Sonntagsarbeit in fast allen Branchen und obendrauf noch Arbeitstage von bis zu 17 Stunden. Dabei bräuchten die Arbeitnehmenden mehr und nicht weniger Erholung. Auch weil sie in immer weniger Zeit immer mehr leisten müssen. Stressbedingte Krankheiten wie Depression oder Rücken- und Gelenkschmerzen nehmen zu.

«Die Rechten sind ausser Rand und Band.»

UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA



Vania Alleva. FOTO: GAËTAN BALLY

Zu diesem Angriff auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden sagt die Unia klipp und klar: nicht mit uns! Die Delegierten haben an ihrer Versammlung dazu ein Positionspapier verabschiedet mit Forderungen für ein «Arbeitsrecht auf der Höhe der Zeit». Einige der Forderungen:

- **Mehr Zeit zum Leben:** Nicht mehr als 45 Stunden Höchstarbeitszeit pro Woche und in einem nächsten Schritt eine weitere Senkung, keine geteilten Dienste, Zuschläge für Samstags- und regelmässig geleistete Sonntagsarbeit.
- **Mehr Gesundheitsschutz:** Mehr Mitbestimmungsrechte, wirksame Massnahmen zum Schutz der körperlichen und psychischen Gesundheit, mehr Schutz vor Hitze.
- **Regulierung von künstlicher Intelligenz (KI):** Sie muss im Dienste der Arbeitnehmenden stehen und nicht umgekehrt.
- **Schutz vor Diskriminierung und Gewalt**: Stärkerer rechtlicher Schutz vor sexueller Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz.

Das ganze Positionspapier gibt es hier: **rebrand.ly/unia-positionspapier.**



AN NOCH MEHR SONNTAGEN ARBEITEN? Nicht mit Verkäuferin Doris Schneeberger. FOTO: FLORIAN BACHMANN

Verkäuferin Doris Schneeberger (54) fordert:

«Sollen sonntags doch die Politiker mal an die Kasse»

Arbeiterinnen und Arbeiter im Detailhandel stehen unter Druck – besonders während der Adventszeit. Zudem fordern die Bürgerlichen immer längere Öffnungszeiten. Doch Jumbo-Verkäuerin Doris Schneeberger wehrt sich dagegen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Für Doris Schneeberger (54) ist schwimmen wie Meditation. Schwerelos zieht sie im Wasser Bahn um Bahn. Keine Ablenkung, kein Druck, kein Stress. Ein Hobby, das der Jumbo-Verkäuferin als Ausgleich dient. «An meinen freien Tagen bin ich immer im Hallenbad. Gerade jetzt in der stressigen Adventszeit hilft es mir, von der Arbeit abzuschalten», sagt sie zu work. Schneeberger arbeitet seit über zehn Jahren in einer Jumbo-Filiale im Kanton Zürich. Dass dort von Anfang November bis Ende Dezember die Hölle los ist, gehört zum Job. Das war schon immer so: «Ich arbeite mein halbes Leben im Verkauf. Während der Adventszeit wissen wir: Jetzt müssen wir durebisse», sagt Schneeberger.

Das Verkaufspersonal braucht einen gesunden Rhythmus.

1988 hat sie eine Lehre im Verkauf gemacht und ist seither dem Beruf treu geblieben. Blickt sie auf den Weihnachtsverkauf zurück, hat sich dieser in vielen Punkten geändert: «Zum Beispiel stellen wir die Weihnachtsbäume und Lichterketten schon Anfang November auf. Der Weihnachtsstress beginnt also schon viel früher als nötig.» Auch körperlich ist diese Zeit kein Zuckerschlecken: Immer wieder jagt Schneeberger etliche Tannenbäume durch das Netzgerät, um sie für den Transport in die Weihnachtsstuben ihrer Kundschaft vorzubereiten. «Ich muss nicht ins Fitnessstudio, mein Job hält mich fit», meint die 54jährige neckisch.

Die Adventszeit habe aber auch ihre schönen Seiten. Das Team von Schneeberger spannt im Dezember noch mal richtig zusammen. Und obwohl die Kundinnen und Kunden gestresst mit Tunnelblick durch die Jumbo-Filiale schwirren, bemerken immerhin deren Kinder die Weihnachtsstimmung im Laden. «Leuchtende Kinderaugen erfreuen immer wieder das Herz des Verkaufspersonals», so Schneeberger, selbst Mutter von zwei erwachsenen Töchtern.

IGNORANZ

Auch nach der Weihnachtszeit gibt es für das Verkaufspersonal keine Verschnaufpause. Denn die Bürgerlichen lassen ihnen keine Ruhe: Die Öffnungszeiten sollen immer weiter in den Abend ausgedehnt werden. Und obwohl sich das Schweizer Stimmvolk bereits etliche Male gegen mehr Sonntagsarbeit positioniert hat, gehen die Angriffe auf die Gesundheit der Verkäuferinnen und Verkäufer weiter (siehe Box). Ganz aktuell: Die Bürgerlichen wollen an 12 statt an 4 Sonntagen im Jahr chrampfen lassen. Damit ist Verkäuferin Schneeberger nicht einverstanden: «Was es bedeutet, am Sonntag auch bei der Arbeit erscheinen zu müssen, verstehen die Anzugträger, die mehr Sonntagsarbeit fordern, bestimmt nicht. Sollen die Politiker doch mal am Sonntag an der Kasse stehen!» so Schneebergers Vorschlag.

Das Anliegen macht sie hässig. Das war auch der Grund, weshalb sie an der Petitionsübergabe diesen Oktober in Bern dabei war. Über 9000 Menschen haben die Petition «Nein zu mehr Sonntagsarbeit» unterschrieben. Die Übergabe war ein bestärkendes Erlebnis für die Verkäuferin. Doch auch Enttäuschung schwingt mit: «Für mich war es die erste Petitionsübergabe, und ich habe erwartet, dass sich wenigstens ein paar Politikerinnen und Politiker vor das Bundeshaus wagen und unsere Anliegen anhören.»

GEGENSTROM

Doch was bedeutet es konkret, am Sonntag zu arbeiten? Im Team von Schneeberger arbeiten viele Mütter, auch alleinerziehende. Die Kinderbetreuung zu organisieren ist ohnehin kompliziert. «Wie soll das auch noch sonntags gemanagt werden?» fragt sie sich. Weiter muss man berücksichtigen, dass nicht alle einen kurzen Arbeitsweg haben und auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Dieser ist sonntags reduziert, gerade in abgelegene Gegenden. Und neben all den organisatorischen Hürden ist für Schneeberger klar: Das Verkaufspersonal braucht einen gesunden Rhythmus, Zeit für die Familie und fürs Abschalten vom Stress. Das kann Schneeberger persönlich eben am besten im Hallenbad. Sie sagt: «Beim Thema Sonntagsarbeit ist für mich der Kurs klar: Hier schwimme ich mit aller Kraft im Gegenstrom.»

Bürgerliche: Der Angriff

Mit der Zürcher Standesinitiative «Befristete Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten» greifen die Bürgerlichen frontal die Arbeitszeiten im Detailhandel an. Ihre Forderung konkret: Jährlich sollen zwölf Sonntage zu Arbeitstagen umfunktioniert werden. Das Geschäft liegt zurzeit bei der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates auf dem Tisch. Für das Verkaufspersonal hätte eine Annahme fatale Folgen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wehren sie sich. (dak)

Adventszeit:

Schwarze Tage für Päckliboten

Die Schnäppchenschlacht rund um Black Friday und Weihnachten. Für die Paketbotinnen und -boten bedeutet diese Zeit vor allem eines: noch mehr Lieferungen, noch mehr Stress und noch mehr Überstunden. Dabei ist ihre Arbeit schon hart genug.

IWAN SCHAUWECKER

Belastung und Unzufriedenheit in der Kurier- und Paketbranche sind viel höher als in anderen Berufen. Das zeigt eine neue Studie, die die Gewerkschaft Verdi in Deutschland in Auftrag gegeben hat. An der Befragung beteiligten sich 3000 Beschäftigte der Paketbranche. Nicht mal zehn Prozent der Befragten können sich vorstellen, ihre Arbeit unter den derzeitigen Bedingungen bis zur Rente auszuüben. Die schwere körperliche Arbeit und die hohe Arbeitsintensität führen zu Stress, Überlastung und häufig zu gesundheitlichen Problemen.



KNOCHENJOB: Die Bedingungen in der Paketbranche sind mies. FOTO: KEYSTONE

AUCH IN DER SCHWEIZ PREKÄR

Markus Bardenheuer ist mitverantwortlich für den Sektor Logistik bei der Unia. Er sagt: «Die Resultate der Befragung von Verdi sind eins zu eins auf die Schweiz übertragbar.» Obwohl der Onlinehandel und die Paketbranche zu einem immer wichtigeren Teil der Wirtschaft werden, bleiben die Arbeitsbedingungen und Löhne prekär. Die Befragungsergebnisse aus Deutschland zeigen auch, dass Tarifverträge und Betriebsräte einen Unterschied machen. Beschäftigte ohne Betriebsrat und Tarifvertrag arbeiten im Durchschnitt elf Stunden länger pro Woche und verdienen rund 500 Euro weniger pro Monat.

Kaum jemand will diese Arbeit bis zur Rente ausüben.

WAS IST MIT DEM GAV?

Auch in der Schweiz gibt es eigentlich einen GAV, der Mindeststandards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen für die gesamte Zustellbranche inklusive Subunternehmer garantieren soll. Die Gewerkschaften Syndicom und Transfair hatten den Vertrag 2023 mit dem Arbeitgeberverband «Zustellung Schweiz» unterzeichnet. Der GAV ist jedoch auch zwei Jahre nach Vertragsabschluss immer noch nicht in Kraft. Grund dafür ist, dass der Bundesrat den GAV bisher nicht für allgemeinverbindlich erklärt hat, was als Bedingung im Vertrag festgehalten ist. Der Vertrag befindet sich immer noch im Bereinigungsverfahren beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Syndicom schreibt: «Erst nach Abschluss dieses juristischen Verfahrens können wir den finalen Text veröffentlichen und inhaltlich kommentieren. Dies wird voraussichtlich in den nächsten Wochen der Fall sein.»

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie **workzeitung.ch** im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menu, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Berg-Gastro: Darum ist sie eine Hochrisikozone für Ausbeutung



SPANNENDES SELBSTEXPERIMENT: Sozialanthropologin Yara Küng ist in die Welt der Saisonarbeiterinnen in den Bündner Bergen eingetaucht. FOTO: MICHAEL SCHOCH

Après-Ski-Hütten und Bergrestaurants sind Hochrisikozonen für Ausbeutung. Sozialanthropologin Yara Küng (27) hat sie in einem spannenden Selbstexperiment erforscht. Konkret hat sie in verschiedenen Bündner Skigebieten angeheuert – als feste Mitarbeiterin und als ultraflexible Tagelöhnerin via Stellen-App. Für die Zürcherin kein neues Terrain. Als Studentin jobbte sie immer im Gastgewerbe, zuletzt als Barchefin eines grossen Clubs. Doch die Saisonbüez in den Bergen sei eine Welt für sich: «Die Abhängigkeiten vom Chef sind viel grösser.» Weil viele Angestellte direkt in der Beiz oder in einer Dienstwohnung wohnten. Oder weil ihr Aufenthaltsstatus an den Job gekoppelt sei. Allein in Graubünden arbeiteten rund 2000 Saisonniers mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung. Werde ihnen gekündigt, müssten sie meist die Schweiz verlassen, weil sie weder Erspartes noch Anrecht auf staatliche Hilfen hätten. Das mache sie zu einfachen Ausbeutungsopfern. Entsprechend hoch sei die Arbeitslast. Und der Gesamtarbeitsvertrag für die Gastronomie (L-GAV) spiele in vielen Bergbetrieben praktisch keine Rolle. Warum dieser trotzdem wichtig sei, weshalb immer weniger Personal aus Italien, aber immer mehr aus Argentinien komme und welche Rolle Drogen und Alkohol spielten, erklärt Forscherin Küng im grossen Online-Interview.

Wird den Saisonniers gekündigt, müssen sie meist die Schweiz verlassen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/berg-gastro

work goes Podcast: Bürgerliches Versagen

work gibt es jetzt auch auf die Ohren: Mit «Working Class – die Stimme der Büez» bieten wir unsere journalistische Arbeit nun auch im Podcast-Universum an. Die Hosts Anne-Sophie Zbinden



DIE PODCAST-HOSTS: work-Chefredaktorin Anne-Sophie Zbinden und Parzival Meister. ILLUSTRATION: JUN

und Parzival Meister sprechen mit ihren Gästen über Arbeitskämpfe, frauen- und arbeiterfeindliche Politik, schwindende Kaufkraft, stagnierende Löhne,… zusammengefasst über alles, was die arbeitende Bevölkerung bewegt. Die Premiere bestreiten die beiden Hosts gemeinsam. Thema ist die rekordtiefe Geburtenrate in der Schweiz. Die neusten Zahlen zeigen: im Durchschnitt kommen nur noch 1,29 Kindern pro Frau zur Welt. Wir liegen damit klar unter dem EU-Schnitt von 1,42 Kinder pro Frau. Hinzu kommt: Heute geben im Vergleich zu 2013 drei Mal mehr junge Erwachsene an, dass sie gar keine Kinder haben wollen. In diesen Zahlen widerspiegelt sich das Versagen der bürgerlichen Politiker in der Schweiz, die zwar davon reden, Familien zu unterstützen, in Wahrheit aber das Gegenteil tun.

Auf allen Podcast-Kanälen, etwa hier: rebrand.ly/working-class

Kalter Kaffee bei Starbucks

Kaum ein anderer Konzern hat ein noch unverschämteres Lohngefälle als Starbucks. Der neue Konzernchef verdient fast 100 Millionen US-Dollar pro Jahr und damit in 20 Minuten mehr als ein Starbucks-Barista während eines ganzen Jahres. Gleichzeitig zeigt sich Starbucks unnachgiebig bei den Verhandlungen mit Starbucks Workers United, weshalb die US-Gewerkschaft seit einem Monat streikt. Auch NYC-Bürgermeister Zohran Mamdani und Polit-Urgestein Bernie Sanders waren zu Besuch bei den streikenden Baristas und haben zum Boykott der Kaffeekette, die auch in der Schweiz mit 55 Filialen präsent ist, aufgerufen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/starbucks-streik

24-Stunden-Betreuung ade

Ionela-Cătălina Roșu arbeitete als sogenannte 24-Stunden-Betreuerin für Private. Sie kochte, putzte, ging einkaufen, machte die Wäsche. Dabei wohnte sie im gleichen Haushalt wie die meist älteren und oft pflegebedürftigen Menschen. In der Regel musste sie vom frühen Morgen bis spät am Abend arbeiten, sieben Tage pro Woche, ohne geregelte Arbeitszeiten und zu einem Tiefstlohn. 2021 entschied das Bundesgericht: So etwas geht nicht. Jetzt sorgen der Bundesrat und die Sozialpartner im Personalverleih, darunter die Unia, für Klarheit. Sie haben zum GAV einen Anhang für «Live-in-Betreuende» ausgehandelt, für Arbeitnehmende also, die im Haushalt der betreuten Person wohnen. Und der bringt wichtige Verbesserungen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/live-in

Wenn die Oligarchen übernehmen

Sie haben den Zolldeal zwischen der Schweiz und Trump eingefädelt: Oligarchen und Konzernbosse. Wenn sie nicht bei Trump sind, führen sie Unternehmen der Finanzspekulation (Partners Group), des Rohstoffhandels (Mercuria), der Pharma (Roche und Novartis), der Luxus- und Uhrenindustrie (Richemont, Rolex) oder der Logistik (MSC). Getrieben sind sie vor allem von einem: finanziellen Eigeninteressen. Der ehemalige Unia-Co-Präsident Andreas Rieger zeigt, dass dies in der Schweizer Geschichte nicht ganz neu ist, und fragt, was die Oligarchen-Show für die Wirtschaftsverbände bedeutet.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/oligarchen

Shpresa Jashari über «Arbeitskörper» und verdrängte Geschichte

Mit einem Förderbeitrag des Kantons Schaffhausen forscht die Sozialwissenschafterin und Autorin Shpresa Jashari (43) derzeit für ihr neues



FORSCHT ZU SAISONNIERS: Autorin Shpresa Jashari. FOTO: MICHAEL SCHOCH

Romanprojekt «Arbeitskörper». Im Interview erzählt sie von ihren Recherchen im Bundesarchiv, von ihrem Vater, der als Saisonnier auf Baustellen in der Schweiz arbeitete und im Grenzsanitätszentrum in Buchs SG jährlich geröntgt wurde, von perfiden Gesetzen und intimen Gefühlswelten sowie von der verdrängten oder unsichtbar gemachten Geschichte der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Jashari wünscht sich für die ehemaligen Saisonniers ein Denkmal und einen geschichtsbewussten Umgang mit SVP-Initiativen, die ihre grundsätzlich fremdenfeindliche Botschaft in immer neuen Verpackungen unter die Leute bringen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/shpresa-jashari

5000 an der Pflegedemo: Auch im Netz ist die Wut gross

Sie wollen endlich Taten sehen, all die Menschen, die in der Pflege arbeiten und darauf warten, dass sich nach dem deutlichen Ja zur Pflegeinitiative ihre Arbeitsbedingungen verbessern. 5000 von ihnen versammelten sich deshalb in Bern zur grossen Pflegedemo. Diejenigen, die nicht da waren, teilen in den sozialen Medien ihre Sorgen über das aktuelle System. Und sie schreiben, was sich dringend ändern muss.

Unser «Gesundheitssystem» ist in Wirklichkeit ein «Krankheitssystem» und dient dazu, der Pharmamafia die Taschen zu füllen.
Roger Meier

Es wird Zeit, dass wir Pflegekräfte besser entlöhnt werden und dass wir mehr Zeit für unsere Patientinnen und Bewohner haben.
Jo3487135

An all die Kritiker: Macht erst einmal unseren Beruf!
Da Ba

Diejenigen, die wirklich chrampfen, erhalten so wenig Lohn Das ist einfach pervers.
Lifeofagroupie

Personalkosten sind nur 13 Prozent der Gesundheitskosten. Die Prämien steigen nicht wegen uns.
Miriam Wegmüller

Es geht um mehr als um den Lohn. Es geht um die Arbeitsbedingungen.
is_finchen

Es gehen immer mehr gute Menschen von der Pflege weg.
Hostettler Marisa



@workzeitung

Belgiens Premier mit «Thatcher-Moment»?

Heisser Winter in Belgien! Am 26. November legte ein Generalstreik das ganze Land lahm. Linke, christliche und liberale Gewerkschaften halten seither zusammen. Und zwar im niederländischsprachigen Flandern wie auch im französischsprachigen Wallonien. Das gibt's selten. Doch der neue Premierminister Bart De Wever, ein rechter flämischer Nationalist, hat ein Programm angekündigt, das alles attackiert, was Lohnabhängigen lieb ist: Renten, Krankengelder, Service public, Frauen- und Gewerkschaftsrechte. Dazu will er weniger Steuern für Reiche, aber längere Arbeitstage für den Rest. Der Kampf ist nicht ausgefochten. Manche Beobachterinnen glauben, De Wever sehe seinen «Thatcher-Moment» gekommen. Wie einst die eiserne Lady in Grossbritannien hole er jetzt zum Vernichtungsschlag gegen die Gewerkschaften aus.



FOTO: KEYSTONE

Bart De Wever.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/belgien_streikt

Ausbeuter-Boss der St. Galler Matratzenfirma Swisspur:

Hungerlohn den Büezern, Porsches seinen Buben



LÄSST ES SICH GUTGEHEN: Während die Swisspur-Büezer zu Hungerlöhnen chrampfen, protzen die Söhne von CEO Michael Janzik mit Luxusautos. FOTOS: PD / MONTAGE: WORK

In der St. Galler Betten-Bude Swisspur chrampfen Osteuropäer jahrelang für unter 3000 Franken. Wer sich wehrt, fliegt. Jetzt protestieren die Büezer und Büezerinnen. Und der Chef versucht den Abgang durchs Steuerparadies.

JONAS KOMPOSCH

Dichter, kalter Nebel hängt am 3. Dezember im St. Galler Rheintal, und es zieht. Doch die Arbeiterinnen und Arbeiter der Matratzen- und Bettenfabrik Swisspur hält das garstige Wetter nicht von ihrem Vorhaben ab: dem Chef einmal so richtig die Meinung zu geigen! Und zwar vor dem Betrieb in Montlingen SG, mitten auf der Strasse. Ihre Hauptforderung haben die hässigen Betten-Büezer auf zwei alte Matratzen gesprüht: «Stopp Lohndumping!» Ein heftiger Vorwurf an Swisspur-CEO Michael Janzik (55). Doch die Unia kann ihn mehrfach belegen. Zum Beispiel für Katalin Nagy* (54), eine Näherin aus Ungarn, die 2020 eine Vollzeitstelle bei Swisspur angetreten hat. In ihrem Vertrag steht: «Der Bruttolohn 2720 Franken. Ein weiterer Entschädigungsanspruch (Spesen usw.) besteht nicht.» Solche Hungerlöhne verbietet der Gesamtarbeitsvertag (GAV) für die Schweizer Möbelindustrie. Dieser gilt explizit auch für Firmen, die «Betten industriell herstellen». Für ungelernte Hilfskräfte schreibt er minimal 4060 Franken vor, zudem einen 13. Monatslohn. Swisspur scheint's egal.

«Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.»
BÜEZER AKOS TAR ÜBER SEINEN LOHN

Kaum besser hatte es Akos Tar. Der 27jährige Rumäne war bei Swisspur gut zwei Jahre Allrounder in der Spedition und Produktion. Sein Nettolohn: 2742 Franken. «Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel», sagt Tar an der Demo.

KEINE LOHNZETTEL, KEIN VERTRAG

Oft war Tar auch als Lieferant unterwegs. Laut GAV stünden ihm dafür täglich 19 Franken Spesen zu. Fehlanzeige. Nicht einmal eine Zeiterfassung kenne Swisspur, Lohnabrechnungen würden nur nach mehrmaligem Verlangen ausgehändigt, und wie viele Kollegen habe auch er nicht einmal einen Arbeitsvertrag bekommen. All das bestätigt Tars ungarischer Kollege Aron Tamas (26). Damit nicht genug. Die Arbeitssicherheit sei äusserst mangelhaft gewesen. Tar und Tamas legen Bilder vor von einem Büezer, der sich von einem Stapler in die Luft heben lässt, um an die oberen Regale zu kommen. «Das war Standard bei uns», sagen die beiden. Videos zeigen ausserdem, wie ein Arbeiter Leim versprüht – «geschützt» mit einer Coronamaske. Tamas beschwert sich in einem Brief bei Swisspur-CEO Michael Janzik. Abgekürzt heisst es darin: «Bitte halten Sie sich an Gesetz und GAV.» Für den Chef offenbar zu viel.

UM 50 000 FRANKEN GEPRELLT

Janzik wirft Tamas unvermittelt raus, ebenso zwei Mitunterzeichner. Die Geschassten wenden sich an die Unia in St. Gallen. Und diese findet heraus: Swisspur hatte allein die drei um total rund 50 000 Franken geprellt – und das innert weniger Monate. Kurz darauf meldete sich auch Allrounder Tar bei der Unia. Knapp 27 000 Franken schuldet ihm Swisspur. Mittlerweile ist die komplette Belegschaft der Gewerkschaft beigetreten, ein gutes Dutzend Ungarn und Rumäninnen. «Alle wurden massiv abgezockt», sagt der zuständige Sekretär Patrick Lenghel. Er wird die Fälle bald vor Gericht bringen, denn Schlichtungen hat Janzik bisher immer geschwänzt.



FORDERN FAIRE LÖHNE: Protestaktion der Arbeitenden vor dem Betrieb in Montlingen SG. FOTO: UNIA

STROHMÄNNER GRÜNDEN NEUE FIRMEN

Dann taucht im Handelsregister eine neue Firma namens Textil & Tradition Rheintal AG auf. Ihr Sitz: die Swisspur-Fabrik in Montlingen SG. Als einziger Zeichnungsberechtigter fungiert ein Deutscher, den die Swisspur-Belegschaft als rechte Hand von Janzik kennt. Dieser wiederum gründet kurz darauf die Swisspur Online AG mit Sitz in einer Zuger Steueroase. Daneben besitzt er noch die Swisspur Holding AG, die Swisspur Shop GmbH und die Swisspur Schlafkomfort AG, allesamt in einer weiteren Zuger Tiefsteuergemeinde. Dafür verschwindet plötzlich die Swisspur Manufaktur AG, notabene jene Firma, bei der viele Produktionsmitarbeitende angestellt sind. Janzik überschrieb sie zuerst an einen zweiten Vertrauten aus Deutschland. Dieser verschiebt den Sitz nach Basel und tauft sie um auf Swissense Global Sleep AG. Der Sinn von all dem? Unia-Mann Lenghel sagt: «Janzik glaubt wohl, sich so aus der Verantwortung stehlen und mit Strohmännern weitermachen zu können.» Tatsächlich haben die Angestellten der Matratzenfabrik jüngst Arbeitsverträge bei der neu gegründeten Firma Textil & Tradition Rheintal AG bekommen. In den neuen Verträgen scheinen die Löhne GAV-konform. Dafür wird vielen Büezern bloss noch ein Teilzeitpensum angeboten. Zudem eine Wochenarbeitszeit von GAV-widrigen 45 Stunden. Doch die Arbeiterinnen und Arbeiter lassen sich nicht für dumm verkaufen. Geschlossen verweigern sie die Unterschrift. Und das bringt Janzik abermals aus der Fassung.

SÖHNE PROTZEN AUF TIKTOK

Er verschickt haufenweise Kündigungen. Mittlerweile ist die Produktion in Montlingen SG um über die Hälfte ausgedünnt. Unia-Mann Lenghel sagt: «In der Fabrik brodelt's, die Leute sind in Streikstimmung!» Per Mail streitet Janzik sämtliche Vorwürfe ab (siehe Box oben) – und lässt nach dem Protest verlauten: Die Produktion in Montlingen werde per Ende Januar 2026 eingestellt. Nähere Infos gibt er nicht. Telefonanrufen geht er systematisch aus dem Weg. Weit weniger öffentlichkeitsscheu sind seine beiden Söhne. Sie protzen auf Social Media mit ihrem Bonzen-Lifestyle: eine Rolex zu Weihnachten, ein 70-Euro-Gin-Tonic in Monaco und jede Menge Luxuskarossen. Der jüngere Junior hat zum 18. Geburtstag einen Mercedes CLS Coupé bekommen. Heute steht der Luxusschlitten schrottreif und versifft vor Vaters Fabrik. Der ältere Junior filmt sich, wie er einen fabrikneuen Mercedes AMG GLE Coupé enthüllt. Neupreis: bis 300 000 Franken. Eine Halterabfrage zeigt: Der Bolide läuft auf Papas Swisspur Schlafkomfort AG. Genauso wie ein goldiger Porsche 911, mit dem der Sohnemann durch die Gegend braust. Ein weiterer Porsche, diesmal in Silber, läuft auf einen Online-Kleidershop, aus dem sich Michael Janzik als vorsitzender Geschäftsführer im Oktober zurückgezogen hat.

* Name geändert

MICHAEL JANZIK

SWISSPUR-CEO STREITET ALLES AB

Die aktuellen Kündigungen stehen gemäss Michael Janzik «in keinem Zusammenhang mit allfälligen Aufforderungen» seitens der Mitarbeitenden. Vielmehr hätten sie «betriebsinterne Gründe». Die Rechte der Mitarbeitenden würden respektiert. Es gebe auch «keine neue Firma, die im Zusammenhang mit Aufhebungsverträgen stünde». Dass er den GAV verletze, könne er «mangels konkreter Belege nicht nachvollziehen», sämtliche Arbeitsverträge erfüllten «im heutigen Zeitpunkt» die «rechtlichen Vorgaben». Und Janzik versichert: «Alle Mitarbeitenden haben Arbeitsverträge, und alle weiteren Dokumente stehen ohne weiteres zur Verfügung.»

MASKEN. Coronamasken seien «nie eingesetzt oder empfohlen worden». Es würden ausschliesslich wasserbasierte, lösungsmittelfreie und emissionsarme Schweizer Simalfa-Klebstoffe verwendet. «Gemäss Herstellerangaben gelten diese Produkte nicht als gefährlich im Sinne der Gefahrstoffverordnung. Trotz der Unbedenklichkeit stellen wir unseren Mitarbeitenden P 2-Atemschutzmasken zur Verfügung.» Das Betreten einer Staplergabel sei ausdrücklich verboten und werde nicht toleriert. Es stünden mehrere Suva-konforme Sicherheitsleitern zur Verfügung. (jok)

Verschenken Sie linken, lauten und lästigen Journalismus

UNIA

DIE ZE… …AFT.

work

Ein Abo für die Zeitung work – die Stimme der Büez

Mit starken Fakten und klarer Haltung

+++ Jahresabo für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch



STREIKBEREIT: Die Baubüezer haben wie hier in Zürich bewiesen, dass sie bereit sind, die Arbeit niederzulegen. FOTO: MANU FRIEDERICH

Bau-Verhandlungen in der ganz heissen Phase

Steht die Einigung kurz bevor?

Es geht was in den LMV-Verhandlungen! Diverse Kompromisse liegen bereit. Doch die Meister blockieren sie mit einem Angriff auf die Kaufkraft der Büezer: der Abschaffung der Lohnverhandlungen.

JONAS KOMPOSCH

Ende Jahr läuft der Landesmantelvertrag fürs Bauhauptgewerbe (LMV) aus. Ein neuer ist noch immer nicht verhandelt. Einen Tag nach Erscheinen dieser work-Ausgabe kommt es zum Showdown! Gewerkschaften und Baumeisterspitze treffen sich zur letzten angekündigten Zusatzverhandlung. Beide werfen sich vor, mit überzogenen Forderungen einen Abschluss zu verunmöglichen. Fakt ist: Die Meister weigern sich bislang, die Kaufkraft der Büezer zu sichern (siehe Box).

Klar ist auch: Sollte morgen eine Lösung zustande kommen, werden beide Seiten das Resultat zuerst ihrer Basis vorlegen müssen. Die Unia tut dies jeweils an einer grossen Berufskonferenz. Da aber die Meister den gesamten Verhandlungsprozess massiv hinausgezögert haben, ist eine solche Grossveranstaltung vor Neujahr nicht mehr realistisch. Erst am 24. Januar wird es wohl klappen.

Falls es keine Einigung gibt, sind Streiks erlaubt.

Und falls morgen keine Einigung eintritt, beginnt am 1. Januar – erstmals seit 2012 – automatisch der vertragslose Zustand. Dieses Szenario scheint etwa gleich wahrscheinlich wie ein Last-Minute-Deal. Doch:

Was bedeutet ein «vertragsloser Zustand»?

1 Ausländische Billigkonkurrenz!

Gute GAV sichern berufliche Standards, die über das gesetzliche Niveau hinausgehen, sowie ihre Kontrolle durch die Vollzugsorgane. Das nützt auch den Chefs. Insbesondere dann, wenn der Bundesrat den GAV allgemeinverbindlich erklärt. Dann nämlich gilt er für alle Angestellten und Firmen einer Branche statt bloss für jene, die einem vertragsschliessenden Verband angehören. Das ist beim LMV seit Jahren der Fall. Der Vorteil für Firmen: gleich lange Spiesse und Eindämmung der Schmutzkonkurrenz durch Lumpenbuden und ausländische Billiganbieter.

2 Fertig Arbeitsfrieden!

Noch ein GAV-Vorteil ist für Arbeitgeber zentral: die sogenannte Friedenspflicht. Sie besagt, dass im Konfliktfall der «Arbeitsfrieden» gewahrt werden muss. Im LMV etwa heisst das: «(…) jede arbeitsstörende Beeinflussung wie Streik, Streikdrohung, Aufforderung zu Streiks (…) ist untersagt.» Aber auch die Firmen müssen von sogenannten Kampfmassnahmen die Finger lassen. Konkret: keine Angestellten sperren oder von Bauplätzen aussperren. Falls es also in den nächsten Tagen keine Einigung gibt, sind ab dem 1. Januar Streiks ausdrücklich erlaubt – und zwar uneingeschränkt lange.

3 Kein Sofort-Lohnzerfall!

Wichtig zu wissen: Wenn ein GAV ausläuft, sind dessen materielle Bestimmungen nicht automatisch verloren. Sie bleiben Bestandteil der gültigen Einzelarbeitsverträge. Ferienanspruch, Lohn, Kündigungsfristen – die gesamten Anstellungsbedingungen bleiben gleich. Um sie zu ändern, braucht es laut Bundesgericht eine Änderungskündigung. Der Baumeisterverband (SBV) rät seinen Mitgliedern von solchen Verschlechterungskündigungen ab. Aber bestätigt damit im Umkehrschluss, dass Schlaumeier-Chefs genau dies tun werden.

4 Für wen ändert sich was?

- Für Neuangestellte und Temporäre: Wer in einem vertragslosen Zustand eine neue Stelle antritt, kann zu schlechteren Bedingungen angestellt werden.
- Für entsandte Arbeitnehmende: Die flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen (FlaM) besagen, der in einem GAV fixierte Mindestlohn darf von ausländischen Entsendefirmen nicht unterschritten werden. Fehlt ein GAV, müssen die Löhne nur noch nach «Orts- und Branchenüblichkeit» bezahlt werden. Also nach einem schwammigen Begriff statt klaren Zahlen.
- Für Betroffene einer Änderungskündigung: Hier gilt, nichts überstürzt unterschreiben, sondern sich ans nächste Unia-Sekretariat wenden. Und: Es gelten Kündigungsfristen von drei bis vier Monaten. Schlechtere Arbeitsverträge sind also frühestens auf Anfang April möglich. Ausser man ist noch in der Probezeit.

5 FAR und Parifonds bleiben!

Ein Auslaufen des LMV tangiert den flexiblen Altersrücktritt ab 60 (FAR) nicht. Denn die Stiftung FAR und der GAV FAR sind unabhängig vom LMV geregelt. Auch beim Parifonds Bau ändert sich nichts. Aus- und Weiterbildung, Nachwuchsförderung und präventive Massnahmen werden wie gehabt weitergeführt.

Zankapfel: Kaufkraft

Gleich zum Verhandlungsbeginn knallten die Meister einen «Vertrag» auf den Tisch. Herausgefräst waren etliche Errungenschaften der letzten Jahre: Samstagszuschlag, Kündigungsschutz ab 55 oder die Grenzen für Überstunden. All das und mehr sollte weg. Der Gipfel: Ausgelernte sollten in den ersten fünf Jahren bis zu 25 Prozent weniger als den Mindestlohn verdienen! Die Protesttage vom Herbst brachten die Chefs zum Umdenken. Jetzt gibt es auch bei zentralen Büezerforderungen Lösungen. Neu soll eine «Baustellenzulage» von 9 Franken aufgebaut werden. Sie deckt einen Teil der unbezahlten Reisezeit ab und ist auch ein Beitrag an eine Znünipause. Im Untertagbau sind höhere Zuschläge in Sicht. Und auch bei der Reisezeit gibt es eine Lösungspiste. Was also blockiert den Abschluss noch?

TEUERUNG. Der SBV sagt: die «ideologisch geprägten zusätzlichen Teuerungsforderungen der Gewerkschaften». Doch Unia und Syna verlangen eine eigentliche Selbstverständlichkeit: Die Inflation dürfe nicht die Löhne wegfressen. Es brauche einen Teuerungsausgleich. Dazu bieten die Meister nur bedingt Hand: Erstens sollen nur Mindestlöhne ausgeglichen werden. Das ist wichtig, nützt aber vielen Büezern nicht direkt, da ihre Effektivlöhne darüber liegen. Und zweitens will der SBV als Gegenleistung während sechs Jahren nur Lohnverhandlungen, wenn die Teuerung auf über 2 Prozent steigt. Sogar den LMV-Artikel, der auf jeden Herbst kollektive Lohnverhandlungen vorschreibt, will er streichen. Nico Lutz von der Unia-Geschäftsleitung sagt: «Das ist ein Angriff auf ein zentrales Grundprinzip des kollektiven Arbeitsrechts: die sozialpartnerschaftliche Aushandlung der Löhne zum Schutz der Kaufkraft.» Es gebe keinen einzigen allgemeinverbindlichen GAV, der nicht regelmässige Lohnverhandlungen vorsehe. Was für Lutz hingegen gangbar wäre: «Eine Einigung auf Lohnsteigerungen über mehrere Jahre hinweg, ohne das Prinzip der Lohnverhandlungen anzutasten.» (jok)

Gebäudetechnikbranche

Mit 60 in die Pension

Ab 2028 gilt für Spengler, Sanitärinnen und Heiziger ein neues Modell zur Frühpensionierung: Ab dem Alter von 60 Jahren erhalten sie eine Überbrückungsrente.

IWAN SCHAUWECKER

Jetzt wird die Frühpensionierung nach einigen Kantonen der Romandie und des Tessins endlich auch für die Gebäudetechnikbranche im Rest der Schweiz eingeführt. Ab 2028 gilt ein neues Modell für die Vorruhestandsregelung. Damit geht ein langjähriger Wunsch der Berufsleute in Erfüllung. Das neue Modell kommt



FRÜHPENSIONIERUNG ERKÄMPFT: Demo der Gebäudetechnikerinnen und Gebäudetechniker in Zürich. FOTO: UNIA

rund 24 000 Arbeitnehmenden in den Branchen Spenglerei, Gebäudehülle, Sanitärinstallation, Heizung, Klima- und Lüftungstechnik sowie in der Solarbranche zugute. Die Gewerkschaften Unia und Syna haben sich mit dem Arbeitgeberverband Suissetec auf eine entsprechende Vereinbarung geeinigt.

SO LÄUFT ES

Doch die Auflagen für die Frühpensionierung sind streng: Nur Arbeitnehmende, welche die letzten sieben Jahre ununterbrochen und insgesamt mindestens 15 Jahre in der Branche tätig waren, können ihre berufliche Tätigkeit ab dem 60. Altersjahr schrittweise reduzieren oder mit 62,5 Jahren in den Vorruhestand mit vollen Leistungen gehen. Bis zum ordentlichen AHV-Rentenalter erhalten sie eine Vorruhestandsrente. Die Finanzierung erfolgt ab 2027 durch Lohnbeiträge von Arbeitnehmenden (0,8%) und Arbeitgebern (1,0%).

Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sollten sich mindestens

«Diese Errungenschaft ist nicht vom Himmel gefallen.»

YANNICK EGGER, UNIA-VERANTWORTLICHER GEBÄUDETECHNIKBRANCHE

ein Jahr vor ihrem Vorruhestand beim Unia-Sekretariat ihrer Region melden, um sich beraten und bei der Vorbereitung der Einreichung ihres Antrags unterstützen zu lassen.

DEMO HAT SICH GELOHNT

Yannick Egger, der Unia-Mann für die Gebäudetechnikbranche, sagt: «Diese Errungenschaft ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis des Engagements Tausender Unia-Mitglieder und ihrer Mobilisierung. Kollektive gewerkschaftliche Aktionen sind der Schlüssel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen – heute mehr denn je.» Die grosse Beteiligung der Berufsleute und die Demo vor dem Hauptsitz des Arbeitgeberverbandes Suissetec haben sich gelohnt.

Im Baugewerbe fehlt die Frühpensionierung jetzt nur noch bei den Elektrikern, Schreinerinnen und Holzbauern in der Deutschschweiz und im Tessin. Es ist höchste Zeit, dass auch in diesen Branchen die strenge körperliche Arbeit mit der Möglichkeit zur Frühpensionierung belohnt wird.

Firmen profitieren

So rentabel sind die Lernenden

Firmen machen mit Lernenden immer grössere Gewinne. Gleichzeitig bricht jede vierte Person ihre Lehre ab. Das muss sich ändern, kritisiert der Schweizerische Gewerkschaftsbund.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Zurzeit befinden sich die Schülerinnen und Schüler in den Schweizer Oberstufen in der heissen Phase. Wer noch keine Lehrstelle hat, muss sich beeilen, um noch etwas Passendes zu finden. Es gilt das Credo: Bis Weihnachten muss der Lehrvertrag für den Lehrstart mit



GUTES GESCHÄFT: Betriebe machen immer mehr Gewinn mit Lernenden. FOTO: CANVA

Sommer 2026 unterschrieben sein. Doch wer profitiert mehr: die Lernenden oder die Betriebe? Dieser Frage nimmt sich eine neue Erhebung des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung an. Die Resultate sind klar: Betriebe steigern mit Lernenden ihre Profite. Und sie tun dies immer stärker. Im Ausbildungsjahr 2016 brachte eine auszubildende Person einem Betrieb pro Lehrjahr einen Nettonutzen von gut 3000 Franken. In nur wenigen Jahren ist dieser Wert massiv gestiegen. Für das Lehrjahr 2022 lag der Nettonutzen bereits bei 4500 Franken pro Lehrverhältnis und Jahr.

JEDER VIERTE LERNENDE BRICHT AB

Darf ein Betrieb so viel Profit auf den Schultern seiner Lernenden machen? Eine nicht einfache Frage, weiss Nicole Cornu, Zentralsekretärin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) und zuständig unter anderem für die Bil-

Während Betriebe einen finanziellen Vorteil haben, leiden Lernende unter Stress und Erschöpfung.

dungspolitik. «Betriebe sind nicht verpflichtet, Lernende auszubilden. Deshalb ist es grundsätzlich eine gute Motivation, wenn sich die Lehrlingsausbildung für sie finanziell lohnt. Doch die krasse Rentabilitätssteigerung wirft Fragen auf.»

Die Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Erhebung unterstreichen nämlich, dass Lernende einen wesentlichen Beitrag zur Wertschöpfung leisten. Häufig bereits ab dem zweiten Lehrjahr. Umso entscheidender ist es, dass Betriebe ihre Auszubildenden mehr wertschätzen. Denn zurzeit sieht es düster aus: Während Betriebe einen finanziellen Vorteil aus den Lernenden ziehen, leiden diese unter Stress und Erschöpfung. Der Druck in der Lehre nimmt zu, und die Unterstützung durch kantonale Lehraufsichten ist unzureichend. Lernende berichten von mangelhafter Ausbildungsqualität, fehlender Betreuung und geringer Wertschätzung. Das Resultat davon: Jede vierte Person bricht die Lehre ab. Cornu: «Diese Erhebung hält uns vor Augen: Für viele Betriebe ist es finanziell durchaus möglich, die Arbeitsbedingungen für die Lernenden zu verbessern.»

Der Gewerkschaftsbund fordert deshalb: Aufwertung der Berufslehre mit mehr Ferien für Lernende und konsequente Investitionen in Ausbildungsqualität statt nur in Imagekampagnen.

Putzinstitut wollte nicht, dass work über sein Geschäftsgebaren schreibt

Sauber abgeschmiert

Jahrelange Prozessiererei bis hin zum Bundesgericht: Mit (fast) allen Mittel versuchten die Chefin und der Chef eines Putzinstitutes work zum Schweigen zu bringen. Ohne Erfolg.

CLEMENS STUDER

Eigentlich ist es ein Dutzend-Fall. Leider. Denn Chefinnen und Chefs, die Arbeitende unsauber behandeln, gibt es immer noch viel zu viele. Viele kommen damit durch. Aber nicht alle. Für manche gibt's dann Gerichtstermine. Und für einige auch schlechte Presse. Viele zahlen dann knurrend Löhne nach oder Entschädigungen. Und halten sich im besten Fall fortan an Anstand, Arbeitsrecht und GAV. Und dann gibt es noch ein paar, die klagen lieber gegen Journalistinnen und Journalisten. Fürs Klagen statt Klären hat sich auch die Firma ZZZY* GmbH nach einem work-Artikel entschieden. Die ZZZY GmbH ist in der Reinigungsbranche aktiv. Ein hart umkämpftes Geschäft. Vergleichbar hart wie die «Vermittlung von Versicherungsdienstleistungen in der ganzen Schweiz, insbesondere von Krankenkassenversicherungen». Mit diesem Zweck wurde eine ZZY* GmbH vor 15 Jahren im Thurgau gegründet, bevor sie drei Jahre später und einem Buchstaben im Namen reicher in den Kanton Zürich gezügelt wurde. Jetzt als Putzinstitut.

work lässt sich nicht einschüchtern von grossen Tieren.

RICHTERLICHER MAULKORB

Im Oktober vor 5 (!) Jahren meldet sich eine Frau bei work, die als Hotelreinigerin bei ZZZY arbeitet. Sie erzählt unter anderem von massivem Zeitdruck und chaotischer Einsatzplanung. work beginnt zu recherchieren. Und stösst auf weitere Unsauberkeiten beim Reinigungsinstitut. Noch im Oktober konfrontiert work die Firma mit den Vorwürfen der Arbeitenden, so wie das zum Handwerk gehört. Und dann geht's los: Zuerst bombardiert die Firmen-Geschäftsleiterin die damalige work-Chefredaktorin Marie-Josée Kuhn mit Mails in drohendem Ton, aber ohne Antworten. Kuhn schrieb darüber in einem Artikel, den die ZZZY ebenfalls verbieten wollte: «So etwas habe ich in den zwanzig Jahren, seit es work gibt, noch nie erlebt.» Dann meldet sich eine Firmen-Anwältin. Sie verlangt die Namen der work-Informantinnen und droht mit «rechtlichen Schritten». Selbstverständlich hält sich work an den Quellenschutz



DER ARTIKEL DES ANSTOSSES: So hat work im Dezember 2020 über die Zustände bei der ZZZY GmbH berichtet. Alle Klagen dagegen sind nun abgewiesen. FOTO: WORK

und lässt die Firma im Artikel zu Wort kommen. Im Dezember 2020 erscheint der Artikel unter der Oberzeile: «Putzfirma ZZZY: Zeitdruck, chaotische Einsatzplanung und unsaubere Lohnabrechnungen. Zwei Reinigerinnen packen aus».

Er hätte nicht publiziert werden dürfen. Denn am Tag des Redaktionsschlusses fand die ZZZY am Handelsgericht Zürich eine Richterin, die gegen die Publikation eine «superprovisorische Verfügung» erliess. Doch diese erreichte die work-Redaktion nicht rechtzeitig. Diese Tatsache musste übrigens von der Staatsanwaltschaft Zürich umfangreich festgestellt werden, weil die ZZZY von ihrem neuen Anwalt eine Strafanzeige einreichen liess. Unterdessen hatte work die beiden Artikel in den PDF-Ausgaben geschwärzt und die digitalen Ausgaben gelöscht.

LAUTSTARK & THEATRALISCH

Doch das reichte der ZZZY und ihrem Anwalt nicht. Es folgte eine juristische Auseinandersetzung, über Jahre. Mit Verhandlungen, an denen sich die ZZZY-Verantwortlichen gerne auch lautstark und theatralisch beteiligten. Mit organisiert vollen Zuschauerrängen. Und mit Lobgesängen sonder Zahl von Mitarbeiterinnen auf ihre Chefin, die sich ähnelten wie ein sprichwörtlicher Zwilling dem anderen. Oder auch mit dem Vorwurf, work hätte sich «von der Konkurrenz schmieren» lassen. Hunderte Seiten Akten kamen zusammen. Und Jahre später ein Urteil: Das Handelsgericht Zürich wies die Klage gegen work vollumfänglich ab. Doch die ZZZY-Vertretenden und ihr Anwalt konnten das – aus welchen Gründen, muss offenbleiben – nicht akzeptieren. Sie zogen weiter vor Bundesgericht. Dieses machte dann im vergangenen Sommer relativ kurzen Prozess und erteilte der ZZZY eine deutliche Abfuhr. Der Entscheid wurde den Parteien vor einigen Wochen dann zugestellt. Die Prozessiererei dürfte die ZZZY mindestens einen Betrag in der Höhe eines GAV-Jahresmindestlohnes für Reinigungskräfte mit EFZ gekostet haben.

WORK KÄMPFT

Wenn work Fehler macht, korrigieren wir sie. Wenn eine Gegendarstellung eingeht, die den formalen Ansprüchen des Zivilgesetzbuches genügt, publizieren wir diese. Wenn wir mundtot geklagt werden sollen, wehren wir uns. work lässt sich nicht einschüchtern von grossen oder lauten Tieren. Und unsere Quellen schützen wir. Auch vor nassforschen Anwälten, die in Gewerkschaftsmagazinen kolumnieren.

* Name geändert. work könnte nach dem Bundesgerichtsurteil die entsprechenden Artikel wieder online stellen. Das tun wir nicht, dazu ist die Geschichte leider zu alltäglich und zu lange her. Aber die Schwärzungen in den Archivausgaben und die Löschung in der Mediendatenbank haben wir rückgängig gemacht.

Bundesrat schickt Bilaterale III mit 14 innenpolitischen Massnahmen ins Parlament

Ohne wirksamen Lohnschutz kein Ja der Gewerkschaften

Das EU-Paket ist einen Schritt weiter: Der Bundesrat hat die Vernehmlassungsantworten ausgewertet und hält an den 14 innenpolitischen Massnahmen zum Lohnschutz fest. Ab dem Frühling ist das Parlament am Zug.

CLEMENS STUDER

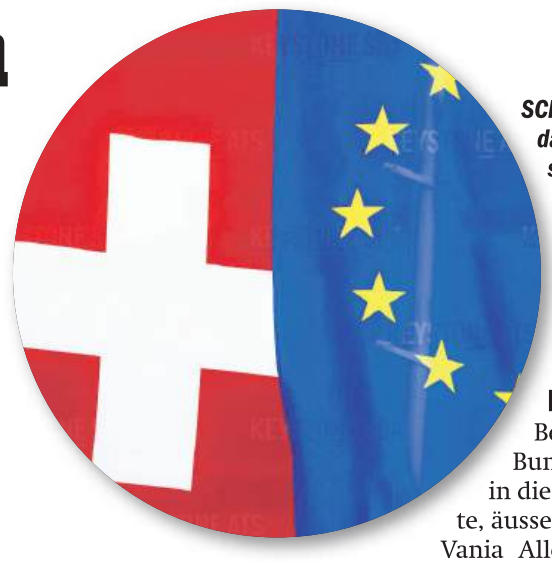
Die Schweiz ist auf gute und geregelte Beziehungen mit der EU angewiesen. Die Personenfreizügigkeit mit der EU ist dank den wirksamen flankierenden Massnahmen (FlaM) ein Fortschritt für alle Lohnabhängigen in der Schweiz. Doch dieser

Der Bundesrat ist trotz Bossen-Aufstand für Verbesserungen bereit.

Lohnschutz ist durch das vom Bundesrat ausgehandelte Abkommen gefährdet. Das Abkommen schwächt nicht «nur» den Lohnschutz, sondern macht es auch zwielichtigen Firmen aus EU-Staaten einfacher, in der Schweiz ihr Unwesen zu treiben. Weil die Kaution abgeschafft wird. Darum sind innenpolitische Massnahmen, die diese Rückschritte kompensieren, zwingend. Denn: Ein EU-Paket, das den Arbeitnehmenden schadet, werden die Gewerkschaften nicht unterstützen. Ihre Haltung ist seit Beginn der Diskussionen klar und unmissverständlich: Der Lohnschutz ist und bleibt die rote Linie.

ABSICHERN

In über 100 Verhandlungsrunden haben die Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden ein Paket von 13 Massnahmen verhandelt, das den Grundsatz «Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz» sichert. Gegen eine 14. Massnahme wehren sich die Arbeitgeber-Funktionäre mit Zähnen und Klauen: es geht um einen ein bisschen besseren Kündigungsschutz. Das heutige Schweizer Kündigungsrecht entspricht unabhängig von den Bilateralen III schon heute nicht den völkerrechtlichen Standards. Dies wurde von der Internationalen Arbeitsorganisation der Uno (ILO) mehrfach kritisiert. In der Schweiz sind Lohnabhängige, die sich für die Rechte und Interessen ihrer Arbeitskolleginnen und -kollegen einsetzen, nicht vor willkürlichen Kündigungen geschützt. Jetzt ist der Bundesrat bereit, minimale Verbesserungen zu machen. Und hält an dieser 14. Massnahme trotz Bossen-Aufstand fest. Bis im März laufen weitere Gespräche mit Gewerkschaften und Arbeitgebern. Danach ist das Parlament am Zug.



SCHWEIZ – EU: Das Abkommen darf den Arbeitenden nicht schaden. FOTO: KEYSTONE

KLARE ANSAGE

Bereits im März, als der Bundesrat die Bilateralen III in die Vernehmlassung schickte, äusserte sich Unia-Präsidentin Vania Alleva unmissverständlich: «Für uns ist entscheidend, dass das Parlament das innenpolitische Sozialpartner-Paket mit dem aussenpolitischen Vertragswerk mit der EU verbindet und ohne inhaltliche Abstriche verabschiedet. Erst dann können wir beurteilen, ob das neue Abkommen mit der EU den Arbeitnehmenden in der Schweiz nützt und nicht schadet. Nur dann wird die Unia zustimmen.» Diese Haltung bekräftigte der Unia-Kongress diesen November in Brig überdeutlich.



DIE UNGLEICHHEIT WÄCHST: Ein paar wenige in der Schweiz werden immer reicher, während die meisten von uns immer weniger Geld zum Leben haben.

Vier Publikationen zum Lebensstandard in der Schweiz

Reden wir über Geld!

Dreimal spröde, einmal mit Bling-Bling: Lohnstruktur-Erhebung, Krankenversicherungsprämien-Index, Armutsmonitor und «Bilanz»-Reichsten-Liste verbindet mehr als nur ihre Veröffentlichungsdaten in den letzten Wochen. Sie zeigen, für wen es schiefläuft im Land. Und für welche extrem kleine Minderheit extrem gut.

CLEMENS STUDER

I work all night I work all day
To pay the bills I have to pay
Ain't it sad?
And still, there never seems to be
A single penny left for me
That's too bad
Abba, «Money, Money, Money» (1976)

DIE LÖHNE

Die Reallöhne der Normalverdienenden stagnieren seit Jahren. Das sagen die Gewerkschaften seit langem. Und die neuste Lohnstrukturerhebung des Bundes bestätigt sie aufs neue. Zwischen 2016 und 2024 resultiert ein reales Wachstum von gerade mal +0,1 Prozent. Während die Produktivität Jahr für Jahr um rund 1 Prozent wächst. Trotzdem blieb der Lohnzuwachs aus. Mehr noch: Während mehrerer Jahre rutschten die Reallöhne sogar ins Minus. Noch vor wenigen Jahren war das anders: Von 2008 bis 2016 kletterten die Reallöhne im Durchschnitt um 1,2 Prozent pro Jahr.

Der offizielle Medianlohn liegt jetzt bei 7024 Franken. Die Hälfte der Beschäftigten verdient mehr, die andere Hälfte weniger. Die Medianlöhne in den Branchen weichen teilweise massiv ab: Oben stehen Banken und Pharma mit Medianlöhnen von 10 723 beziehungsweise 10 159 Franken. An der Spitze steht auch dieses Jahr als Orchidee die Tabakverarbeitung mit 14 304 Franken. Im Mittelfeld bewegen sich etwa die Maschinenindustrie (7632 Franken) und der Bau (6616 Franken). Und unten die Branchen mit viel direktem Menschenkontakt: Detailhandel (5214 Franken), Beherbergung (4715 Franken), Gastronomie (4744 Franken), persönliche Dienstleistungen (4496 Franken). Es sind jene Branchen, die gesellschaftlich gern gelobt, aber selten gut bezahlt werden. Und in denen überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten.

DIE KRANKENKASSEN

Ebenfalls dieser Tage hat das Bundesamt für Statistik (BfS) den neuen Krankenversicherungsprämien-Index (KVPI) veröffentlicht. Er zeigt, wie stark die Prämienentwicklung das verfügbare Einkommen schmälert. Das Problem ist nicht primär ein zu teures Gesundheitswesen, sondern ein falsch konstruiertes Finanzierungssystem. Die Schweiz setzt auf Kopfprämien – also Kopfsteuern. Die Milliardärin bezahlt gleich viel wie der Verkäufer. Der KVPI steigt 2025 um 4,2 Prozent auf 222,9 Punkte (1999 = 100). Noch härter schlägt die Grundversicherung zu: +5,7 Prozent, Indexstand 270,4 Punkte.

Laut BfS dämpft allein dieser Anstieg das Wachstum der verfügbaren Durchschnittseinkommen um 0,3 Prozentpunkte. Für viele Haushalte ist diese «Dämpfung» ein Schlag in die Magengrube. Reto Wyss, Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und work-Kolumnist, sagt: «Der Einkommensverlust pro Person beläuft sich auf 220 Franken im Jahr. Und das wohlgemerkt bei Durchschnittswerten. Hunderttausende verdienen deutlich weniger und erhalten trotzdem keine oder viel zu tiefe Prämienverbilligungen.»

Eigentlich sollten diese Verbilligungen jene stützen, die Kopfprämien besonders hart treffen. Mit der Einführung des KVG versprach die damalige bürgerliche Mehrheit im Parlament, niemand müsse mehr als 8 Prozent seines steuerbaren Einkommens für die Prämien zahlen. Dieses Versprechen wird heute systematisch gebrochen. Viele Kantone spannen den Schutzschirm nur noch pro forma auf. Rund die Hälfte hat die Verbilligungen zwischen 2014 und 2024 real gekürzt – zum Teil trotz hohen Überschüssen. Zehn Kantone haben sogar nominal weniger ausbezahlt als vor zehn Jahren. In der Praxis bedeutet das:

- Die Einkommensschwellen steigen langsamer als die Prämien.
- Die Beiträge decken einen immer kleineren Teil der effektiven Kosten.
- Familien, Alleinerziehende und tiefe Einkommen rutschen aus dem Anspruchsbereich oder erhalten zu tiefe Verbilligungen.

DIE ARMEN

Ende November ist der erste Armutsmonitor der Schweiz erschienen. Er zeigt, wie beharrlich sich Armut in der Schweiz hält. Rund 8 Prozent der Bevölkerung leben unter dem Existenzminimum. Das sind über 700 000 Menschen. Seit 2017 ist der Anteil praktisch gleich. Das auch in bürgerlichen Sonntagsreden unbestrittene politische Ziel, die Zahl der Armen in der reichen Schweiz zu senken, bleibt unerreicht.

Der Bericht arbeitet mit einem mehrdimensionalen Ansatz: Armut bedeutet nicht nur fehlendes Einkommen, sondern eingeschränkte Möglichkeiten, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten. Über

Ist alles schlecht in der Schweiz? Nein. Ganz, ganz wenige Leute müssen sich keine Sorgen machen.

80 Prozent der einkommensarmen Menschen sind gleichzeitig in mindestens einer weiteren Dimension eingeschränkt. Zum Beispiel bei Bildung, Gesundheit, Wohnen, sozialer Teilhabe oder Erwerbschancen.

Haushalte mit Kindern, Einelternfamilien, Personen ohne Sek-II-Abschluss und Menschen aus Drittstaaten sind besonders oft betroffen. Viele leben knapp über dem Existenzminimum und damit in permanenter Unsicherheit: Bereits ein um 500 Franken höher definiertes Existenzminimum würde die Armutsquote fast verdoppeln.

Ein grosser Skandal: 168 000 Erwerbstätige fallen trotz Job unter die Armutsgrenze. Unter den Folgen von Hungerlöhnen leiden insgesamt 300 000 Menschen, darunter 78 000 Kinder. Das Sozialsystem verringert zwar statistisch die Armut unter Erwerbsfähigen und Kindern von 16 auf 6 Prozent, aber es wirkt längst nicht flächendeckend. Denn zwischen 20 und 40 Prozent der Anspruchsberechtigten beziehen keine Leistungen. Sie schämen sich, sind zu wenig gut informiert, oder komplizierte Verfahren schrecken sie ab.

Was der Armutsmonitor auch zeigt: Armut ist kein Randphänomen, sondern strukturell verankert. Jede zweite Person, die sich aus der Armut löst, fällt innerhalb von fünf Jahren wieder zurück.

DIE REICHEN

Löhne stagnieren, Prämien explodieren, Wohnen wird immer teurer, und die Zahl jener, die nicht mehr über die Runden kommen, steigt. Ist denn alles schlecht in der Schweiz? Nein, zumindest nicht für alle. Ganz, ganz wenige Leute müssen sich keine Sorgen machen. Sie haben Milliarden geerbt oder Millionen erspekuliert. Sie können sich Privatjets genauso leisten wie Parteien. Und sie stehen auf der Reichstenliste der «Bilanz». Seit 1989 erscheint diese journalistische Fleissarbeit, zuerst mit den 100, dann mit den 250 und seit 1999 mit den 300 Reichsten. Als das Reichsten-Ranking zum ersten Mal erschien, besassen diese zusammen 66 Milliarden Franken. Heute besitzen allein die zwei reichsten in der Schweiz lebenden Clans rund gleich viel wie damals alle 100 Reichsten zusammen. 1989 besassen die 100 Reichsten noch ein Pro-Kopf-Vermögen von 660 Millionen Franken, heute besitzen die 300 Reichsten pro Kopf rund 2,8 Milliarden Franken. Die Mehrheit hat geerbt, ein Teil hat clever spekuliert, und einige haben's dank Abzocker-Löhnen und Boni-Exzessen auf die Liste geschafft. Was sich seit 1989 auch geändert hat: Die Steuerbelastung für die Über- und Superreichen ist massiv gesunken. Auch darum werden sie immer reicher.

«Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der arme sagte bleich,
wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.»
Bertolt Brecht, «Alphabet» (1934)

BUDGET-DEBATTE

GELD FÜR ARMEE, KEINES FÜR ARME

Das Bundesparlament beschäftigt sich in der laufenden Wintersession mit dem Bundesbudget. Wie immer rechnet der Bundesrat Defizite vor. Und die Bürgerlichen machen unter dem Deckmantel der «Defizitbekämpfung» Umverteilungspolitik von unten nach oben und bedienen ihre Klientel.

UMVERTEILEN. Das heisst: mehr Geld für die Armee, weniger für die Armen. Kein Teuerungsausgleich für das Bundespersonal, mehr Subventionen für die Bauern. Wie dreist die bürgerliche Mehrheit dieses Jahr umverteilt, ist erst nach den Schlussabstimmungen klar. Und damit nach Redaktionsschluss dieser Zeitung. Die Bilanz der Budgetdebatte zieht work nach Sessionsende auf workzeitung.ch.

Feministischer SGB-Kongress setzt ein klares Zeichen gegen sexuelle Belästigung

Nicht alle Männer, aber immer ein Mann

Rechte Angriffe auf die Demokratie werden auch über die Körper der Frauen ausgetragen, heute mehr denn je.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Es klingt wie eine gruselige Sage aus grauer Vorzeit: Es gab einmal eine Zeit, als verheiratete Frauen ihre Männer um Erlaubnis bitten mussten, bevor sie eine Stelle antreten konnten. Wenn sie dann für ihren Lohn ein Bankkonto eröffnen wollten, mussten sie wiederum ihre Gatten fragen – besser wurde das erst mit der Revision des Eherechts 1988. Seither haben sich die Frauen Fortschritte erkämpft. Doch in Sachen Gleichberechtigung ist nichts für immer errungen.

97 Prozent der Frauen werden belästigt.

Oder wie es Unia-Präsidentin Vania Alleva am 15. Feministischen SGB-Kongress sagt: «Gerade in Zeiten, wo die Rechte von Frauen und Minderheiten weltweit von rechten Kräften angegriffen werden, setzen wir uns kompromisslos für mehr Gleichstellung ein. Es braucht den Druck von unten, in den Betrieben, auf der Strasse. Wir Gewerkschaften setzen uns ein für höhere Frauenlöhne, gute Mindestlöhne und ein wirksames Gleichstellungsgesetz.»

Alle vier Jahre treffen sich Gewerkschafterinnen aus der ganzen Schweiz zum feministischen Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, um ihre Anliegen voranzutreiben. Unia-Gleichstellungssekretärin Aude Spang sagt es so: «Frauen sind wichtig für die Zukunft der Gewerkschaften. Wenn wir mehr Frauen in der Gewerkschaft wollen, müssen wir ein feministisches Klassenbewusstsein schaffen.»



NULLTOLERANZ: Das ist die Forderung der Frauen am SGB-Kongress. FOTO: SGB

JEDE FRAU

Nebst dem Bereich der Lohnungleichheit stellt der feministische SGB-Kongress Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für Frauen und queere Menschen sowie sexualisierte Gewalt in den Fokus. Agota Lavoyer, Expertin für sexualisierte Gewalt, liefert in ihrem Vortrag erschreckende Zahlen zur sexuellen Belästigung: 97 Prozent der Frauen werden im öffentlichen Raum belästigt. Fast eine halbe Million Frauen in der Schweiz wurden vergewaltigt. Auch am Arbeitsplatz ist sexuelle Belästigung weit verbreitet. Die Hälfte alle Arbeitnehmerinnen haben bereits sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt.

Die Täter: überwiegend Männer. Dabei geht es nicht um Sexualität, sondern um Dominanz und Macht. Die Belästigung reicht von alltäglichem Sexismus und Witzen über ungewollte körperliche Berührungen und sexuelle Übergriffe bis hin zu Vergewaltigungen und Femiziden.

Sexuelle Belästigung passiert in allen Berufen: in Büros, in Werkstätten oder auf Baustellen, im Gastgewerbe, im Transport, im Gesundheits- und Sozialbereich. Der feministische Kongress des SGB fordert deshalb: Nulltoleranz bei Belästigung!

Gewalt und Belästigungen am Arbeitsplatz können sich auch negativ auf die Gesundheit von Frauen auswirken, im Extremfall bis zu einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit. Doch damit nicht genug: Frauen sind in der Schweiz an ihrem Arbeitsplatz mit einer Vielzahl von Gesundheitsrisiken konfrontiert, weit stärker als Männer. Und in vielen Lebensbereichen ist der Mann noch immer die Norm, so auch an vielen Arbeitsplätzen. Zum Beispiel bei den Busfahrerinnen: Sie leiden viel häufiger an Schmerzen als ihre Kollegen, weil Steuer und Pedale nicht an sie angepasst sind.

Auch der Schutz von Schwangeren oder von stillenden Müttern ist nach wie vor ungenügend. So fehlt zum Beispiel ein vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub. Mütter sind auch ungenügend vor Kündigungen geschützt: Jede siebte Frau verliert ihre Stelle wegen Mutterschaft. Die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist mit ein Grund für die rekordtiefe Geburtenrate in der Schweiz. Deshalb fordert der SGB-Frauenkongress unter anderem, die Schutzbestimmungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft auf alle Branchen auszuweiten. Und bei einem Arbeitsverbot muss die Lohnfortzahlung durch Erwerbsersatzleistungen (EO) sichergestellt sein. Der Kündigungsschutz soll ebenfalls verbessert werden. Der Kongress fordert auch mehr Gesundheitsschutz für Schwangere sowie Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine Kinderbetreuung, die als Service public organisiert ist, aus Steuermitteln finanziert.

FRAUEN VERDIENEN MEHR!

Noch immer verdienen Frauen im Schnitt pro Monat 1364 Franken weniger als Männer! Über das ganze Erwerbsleben gesehen, betrifft die Lohndifferenz sogar 43,2 Prozent. Weil Frauen den Hauptanteil an unbezahlter Care-Arbeit leisten, auf Kosten ihres Einkommens. Und weil Frauen häufiger in Branchen mit Tieflöhnen arbeiten, wie Reinigung, Gastronomie oder Detailhandel.

Die Massnahmen für mehr Lohngleichheit in den Betrieben sind ungenügend. Auch weil nur 0,8 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz verpflichtet sind, überhaupt Lohngleichheitsanalysen durchzuführen. Und weil es bei Verstössen keine Sanktionen gibt. Deshalb fordert der feministische SGB-Kongress unter anderem, die Löhne der Frauen zu erhöhen, insbesondere in typischen Frauenbranchen. Zudem soll die Motion Ettlin gebodigt werden, weil diese eine gesetzliche Lohnsenkung darstellen würde.

Beschluss: Care-Streik am 14. Juni 2027

In der Schweiz tragen die feministischen Streiks den Ruf nach Gleichberechtigung Jahr für Jahr am 14. Juni auf die Strasse. Es ist die grösste soziale Bewegung unserer Geschichte. Nach den drei besonders grossen Streiks – 1991, 2019 und 2023 – soll es am 14. Juni 2027 wieder einen Giga-Streik geben. Das Besondere dieses Mal: Es soll ein einziges Hauptthema geben: die Care-Arbeit.

---

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Peter Bodenmann

Gut fürs Klima: Ausgerechnet Milliardär Alfred Gantner verlangt eine nationale Vermögenssteuer!

Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung: Die Juso-Initiative landete selbst in rot-grünen Hochburgen im Keller. Nun schlägt Milliardär und Finanzunternehmer Alfred «Fredy» Gantner eine nationale und progressive Vermögenssteuer für die Schweiz vor. Nehmen die Juso den Ball auf?



TATBESTAND DER BESTECHUNG: Klingt ziemlich eindeutig, oder Herr Gantner? FOTO: KEYSTONE / MONTAGE: WORK

Viele hatten nach dem letzten Abstimmungswochenende einen Kater. Mit Ausnahme der löblichen Stadt Bern landete die Juso-Initiative selbst in städtischen grünen und rosaroten Hochburgen im tiefen Keller. Warum nur? Wer von links her eine Initiative auf wirtschaftspolitisch heiklen Terrains startet, sollte von Beginn weg die Gewerkschaften mit im Boot haben. Das war diesmal nicht der Fall. Warum, ist mir ein Rätsel. Die Folge: Die Gewerkschaften beschlossen Stimmenthaltung zur Juso-Initiative. Faktisch kam das einem Nein gleich.

Politik ist das Bohren dicker Bretter, vorab auch konzeptionell. Im Initiativkomitee sass die vorletzte Generation der Juso, die heute die Partei kontrolliert: das SP-Co-Präsidium mit Cédric Wermuth und Mattea Meyer sowie Fraktionspräsidentin Samira Marti.

Diese drei hätten seit der Einreichung der Initiative vor drei Jahren aufzeigen können und müssen, wie wir sie vernünftig umsetzen könnten. Damit alle – gestützt auf dieses Konzept – einen erfolgreichen Abstimmungskampf hätten führen können. Doch Fehlanzeige: An der SP-Spitze blieb es beunruhigend ruhig. Dabei handelt es sich bei der Erbschaftssteuer um ein gutes Thema. Juso-Chefin Mirjam Hostetmann machte es im Abstimmungskampf sehr gut. Verbockt haben die Sache die alten Linken.

GOLDENE ROLEX. Nach dem Match ist also vor dem Match. Nun schlägt ausgerechnet der Milliardär und Finanzunternehmer Alfred Gantner eine nationale Vermögenssteuer für die Schweiz vor. Seine Begründung: Es könne nicht sein, dass einige wenige sehr viel Vermögen hätten und die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr wachse! Es ist dies derselbe Gantner, der US-Präsident Donald Trump im Zollstreit kürzlich mit einer Delegation von anderen Multimillionären seine Aufwartung im Oval Office machte, mit im Gepäck als Geschenke eine goldene Rolex und einen Goldbarren. Die Juso nennen diese Bescherung «Bestechung», sie und zwei Nationalräte der Grünen haben jetzt Strafanzeige gegen Gantner eingereicht. Hyperventiliert dieser jetzt etwas unter Druck?

GUT FÜRS KLIMA. Gantner schlägt eine nationale Vermögenssteuer vor, die im Gegensatz zur gegewärtigen kantonalen Handhabung eine progressive Komponente aufweisen soll. Er rechnet vor, dass bei einem Vermögen von 3 Milliarden Franken jährlich rund 60 Millionen Franken Vermögenssteuer anfallen würden, was seiner Meinung nach tragbar wäre.

Der Vorschlag von Gantner würde pro Jahr doppelt so viel Geld in die mehr oder minder klammen Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden einbringen. Meine Hoffnung: Dass die Juso diesen Ball nun aufnehmen und all jene Linken einladen, die über minimalen wirtschaftspolitischen Sachverstand verfügen, um über einen neuen Anlauf nachzudenken, wie wir die Superreichen zur Kasse bitten könnten. Das wäre gut und dringend fürs soziale und ökologische Klima. Denn die Superreichen sind es ja auch, die den Klimawandel mit riesigem Fussabdruck vorantreiben. Schon eine «Halbe Gantner»-Vermögenssteuer würde wohl reichen, um viel zu bewegen!

rebrand.ly/vorstoss-bestechung
Ex-SGB-Chef und SP-Politiker Paul Rechsteiner verlangte schon in den 1990er Jahren, dass die Bestechung ausländischer Behörden – etwa mit Rolex-Standuhren und Goldbarren – strafbar wird. Dies ist heute der Fall. Wenn die Schweiz keine Bananenrepublik wäre, käme Milliardär Alfred Gantner absehbar hinter Gitter.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**



GEDENKEN AN FEMIZID-OPFER: Aktion anlässlich der diesjährigen Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» in Zürich. FOTO: KEYSTONE

Gewalt an Frauen: Aufholbedarf in der Schweiz

Was muss denn noch alles passieren?

Endlich: Die Schweiz lanciert die erste nationale Kampagne gegen sexualisierte und häusliche Gewalt. Doch da liegt noch viel mehr drin, wie Italien und Spanien zeigen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Es sind besorgniserregende Zahlen, die eine Studie der Uno kürzlich veröffentlichte: Weltweit erlebt jede dritte Frau Gewalt. Schätzungen gehen von 840 Millionen Opfern aus. Meistens sind es Angriffe von Partnern und Expartnern. Weiter berichtet die Uno, dass alle zehn Minuten eine Frau durch den Partner oder ein Familienmitglied ermordet wird. Auch in der Schweiz sind die Zahlen der Femizide besorgniserregend. 2025 verzeichnen wir hierzulande sogar einen traurigen Rekord, mit bereits 27 ermordeten Frauen und Mädchen bis Ende November.

NEUES GESETZ IN ITALIEN

Auch in den Ländern rund um die Schweiz sind Femizide und der Anstieg von Gewalt gegen Frauen allgegenwärtig. So auch in Italien. Dort haben Ehemänner, Lebensgefährten, Expartner, Brüder oder Söhne im vergangenen Jahr 113 Frauen ermordet, weil sie Frauen sind. Die italienische Regierung unter Neofaschistin Giorgia Meloni hat die Gefahr für die Frauen in ihrem Land erkannt. Doch erst nach dem Mord an der 22jährigen Studentin Giulia Cecchettin, der ganz Italien aufrüttelte und zu massiven Protesten führte (work berichtete **rebrand.ly/giulia-Cecchettin).** Am 8. März, dem Weltfrauentag, präsentierte Italien neue Präventionsmassnahmen: Neu soll Femizid als eigener Strafbestand gelten. Und die Täter mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe bestraft werden (work berichtete: **rebrand.ly/femizide-italien).** Am 25. November, dem Internationalen Tag gegen geschlechtsspezifische Gewalt, nahm Italien den Tatbestand des Femizids offiziell ins Strafgesetzbuch auf.

Im neuen Artikel 577b heisst es demnach: «Wer den Tod einer Frau verursacht und wenn die Tat begangen wurde aus Gründen der Diskriminierung oder des Hasses gegen die Betroffene, weil sie eine Frau ist, oder um die Ausübung der Freiheitsrechte und der Entfaltung der Persönlichkeit der Betroffenen zu unterbinden, wird mit lebenslanger Haft bestraft.» Ein Meilenstein, bei dem sich das italienische Parlament von rechts bis links einig war. Elly Schlein, Chefin der italienischen Demokraten PD, betont aber, dass das hohe Strafmass allein nicht reiche, um Gewalt zu verhindern. Denn im italienischen Parlament wurde vor kurzem eine neue Diskussion entfacht: Die rechte Regierung will den Sexualkundeunterricht einschränken. Parlamentarier aus dem bürgerlichen Lager sind der Meinung, dass Sexualunterricht Sache der Eltern und nicht der Schule sei. Schlein stellt sich klar dagegen, denn sexuelle Aufklärung ist Präventionsarbeit gegen Gewalt und schliesslich gegen Femizide.

20 000 Fälle von häuslicher Gewalt wurden in der Schweiz alleine im letzten Jahr erfasst.

DER FEMIZID, DER SPANIEN AUFRÜTTELTE

Spanien gehört zu den fortschrittlichsten Ländern in Europa in Bezug auf die Prävention von Gewalt gegen Frauen. Doch auch in Spanien «brauchte» es erst einen besonders brutalen Femizid, bis endlich Bewegung in die Sache kam: den an Ana Orantes. Als Opfer von häuslicher Gewalt sprach Ana Orantes in einem legendären Fernsehinterview 1997 von vier Jahrzehnte langer Erniedrigung, Gewalt, Prügeln. Sie hatte ihren Ehemann mehrmals angezeigt – erfolglos. Erst nach vielen Jahren gelang es Orantes, den gefährlichsten Ort (ihr Zuhause) und den gefährlichsten Menschen in ihrem Leben (ihren Ehemann) zu verlassen. Als die Trennung endlich über die Bühne war, sprach sie im öffentlichen Fernsehen über die erlittene Gewalt.

Und sie tat es schonungslos: «Er kam nach Hause, betrunken, und verprügelte mich. Ich musste es ertragen, dass er mir Schläge um Schläge erteilte. Schläge um Schläge. Wann es ihm passte.» Zwei Wochen nach ihrem Fernsehauftritt wurde Ana Orantes von ihrem Exmann getötet. Er passte sie ab, übergoss sie mit Benzin und verbrannte sie bei lebendigem Leib. 2004 einigte sich das spanische Parlament ohne eine einzige Gegenstimme auf ein Gesetz mit Massnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

DAS ERFOLGREICHE SPANISCHE MODELL

Das vor über 20 Jahren eingeführte Gesetz beschäftigt sich breit mit dem Thema «Gewalt gegen Frauen». Angefangen bei der Justiz: Bei entsprechenden Fällen wird ein spezialisiertes Gericht eingesetzt, das sich allein um dieses Themengebiet kümmert. Auch die spanische Polizei ist sensibilisiert. So werden Täter in einer landesweiten Datenbank einschliesslich Risikobewertung erfasst. Besonders das Prinzip der Fussfessel ist eine effektive Methode, die zurzeit auch in weiteren Ländern wie Deutschland zur Diskussion steht: Täter, die sich ihren Opfern nicht nähern dürfen, tragen Fussfesseln mit GPS. Auch die Opfer werden mit einem GPS-Armband ausgestattet. So wird überwacht, ob sich der Täter dem Opfer wieder nähert.

Weiter sind rund um die Uhr erreichbare Anlaufstellen für Betroffene verfügbar. Landesweit gelten die gleichen Standards im Umgang mit den Tätern. Zudem werden Personen, die im Justiz-, Polizei- oder Gesundheitswesen tätig sind, spezialisiert geschult. Und in den Schulen wird Präventionsarbeit betrieben. Dank all diesen Massnahmen schwindet in der spanischen Gesellschaft, auch dank der klaren Haltung der Regierung, die Toleranz gegenüber Gewalt an Frauen.

WAS MACHT DIE SCHWEIZ?

Und bei uns? Erst jetzt gibt es erste Bemühungen, die geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen. So lancierten Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam mit NGO diesen November die erste nationale Kampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt. Die Nothotline unter der Nummer 142, die eigentlich jetzt schon in Betrieb sein sollte, wird hingegen erst Mitte 2026 eingeführt. Grund für die Verzögerung sind technische Schwierigkeiten. Fast schon eine zynische Begründung angesichts der besorgniserregenden Situation. Allein im vergangenen Jahr wurden in der Schweiz 20 000 Straftaten im Bereich der häuslichen Gewalt erfasst. Hoffentlich braucht die Schweiz keinen Ana-Orantes-Fall, bevor sie Frauen wirklich vor Gewalt schützt.

Sexualisierte Gewalt

Tatort Arbeitsplatz

Von der beleidigenden Bemerkung bis zur sexuellen Belästigung – am Arbeitsplatz wird jede zweite Person belästigt. Ein unhaltbarer Zustand, so die Unia-Gleichstellungssekretärin Aude Spang.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Eigentlich ist die Sache klar: Die Schweiz hat ein Gleichstellungsgesetz und ein Arbeitsgesetz, welche Arbeitgebende verpflichten, Massnahmen zur Prävention von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz zu ergreifen. Obwohl wir alle gesetzlich geschützt sind, scheitert es an der Umsetzung. Das zeigte eine Studie, die vor einem Jahr vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) veröffentlicht wurde. Jede zweite Person erlebt sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Unia-Gleichstellungssekretärin Aude Spang klärt über die Folgen dieser Lücken auf und sagt, wo sich Betroffene Hilfe holen können.



Aude Spang.

work: Was bedeutet es für Betroffene, an einem Ort zu arbeiten, wo sie sexualisierte Gewalt erleben?
Aude Spang: Die Betroffenen sind ständig in einer Krisensituation. Oft sind sie zu ängstlich oder zu beschämt, um darüber zu sprechen, und leiden so lange, bis sie es nicht mehr aushalten können. Das ist ein immenser Druck, mit dem sie allzu oft alleingelassen werden.

Welche Rolle spielen dabei Machtverhältnisse?
Machtverhältnisse sind am Arbeitsplatz weit verbreitet, sei es durch hierarchische Beziehungen oder durch die Dominanz von Geschlecht, Hautfarbe, Klasse oder anderen Faktoren. Dieses Machtungleichgewicht begünstigt Gewalt, denn je prekärer die Lage einer Person ist, desto verletzlicher ist sie.

Warum ist es für Betroffene schwierig, sich zu wehren?
Interne Verfahren existieren oft nicht oder werden nur sehr schlecht kommuniziert. Sich an eine Vertrauensperson oder eine Beschwerdestelle zu wenden kann helfen, sich weniger allein zu fühlen. Man muss sich aber bewusst sein, dass die Einleitung eines internen Verfahrens oder ein Gespräch mit der Personalabteilung in der Regel einen Prozess in Gang setzt, den man nicht wirklich kontrollieren kann und bei dem insbesondere die Anonymität nicht mehr gewährleistet ist. Es kann auch sein, dass Betroffene beruflich benachteiligt werden, anstatt dass der Täter bestraft wird.

«Das Ungleichgewicht begünstigt Gewalt, denn je prekärer die Lage einer Person ist, desto verletzlicher ist sie.»

Was sind Alternativen?
Um die Situation zu lösen und Täter sowie den Betrieb zur Verantwortung zu ziehen, lohnt es sich, externe Hilfe zu holen. Beispielsweise bei der Gewerkschaft. Wir sind da, um den Betroffenen zu helfen. Zudem startet die Unia nächstes Jahr mit einer nationalen Kampagne gegen Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz.

WO MELDEN?
Hilfe findest du bei deiner Gewerkschaft oder auf der Website **www.belaestigt.ch.**

Diese Büezerinnen und Büezer beweisen, wieso es sich lohnt, Rüpel-Chefs und Abzocker-Buden die Stirn zu bieten

Sie haben sich im 2025 ihr Geld zurückgeholt

Subunternehmen liess Büezer für Hungerlohn chrampfen

Historisches Urteil: Geldregen für vier Fassadenbauer!

Elf Jahre hat es gedauert. Nun endlich die Erleichterung! Zumindest für vier von zwölf Exarbeitern von Blato, einem polnischen Subunternehmen im Baugewerbe. Die vier hatten den Mumm, mit Hilfe der Unia ihren Arbeitgeber zu verklagen – und haben jetzt recht und viel Geld bekommen: je 25 000 Franken ausstehenden Lohn. Gezahlt hat aber nicht Blato, sondern der deutsche Fassaden-Gigant Lindner. Er hatte Blato 2014 als Subunternehmen angeheuert und auf eine Baustelle des Genfer Unispitals beordert. Dort stellte die Unia fest, dass Blato nur 8 Franken Lohn zahlte und die Arbeiter in lottrigen Hütten in Frankreich einquartierte. Damit nicht genug. Nach der Kontrolle wurden die Gebeutelten gewaltsam nach Deutschland verfrachtet und gezwungen, gefälschte Lohnabrechnungen zu unterschreiben. Doch vier Büezer und ihre Unia-Anwälte machten weiter Dampf. Drei Jahre später anerkannte das Genfer



HIER GESCHAH ES: Neubau des Laborgebäudes des Unispitals in Genf. FOTO: PD / MONTAGE: WORK

Arbeitsgericht alle ihre Forderungen. Und bestätigte, dass Lindner die Sorgfaltspflicht verletzt hatte. Trotzdem könne man den Konzern nicht belangen, zuerst müsse Blato angegangen werden. Dies, obwohl bei dieser Bude keinerlei Verantwortliche mehr auffindbar waren und auch auf Vorladungen nicht reagierten. 2023 gelang aber die Zwangslöschung der Phantomfirma. Dann eine neue Klage gegen Lindner – und endlich: Zahltag!

Allerdings bleibt ein bitterer Beigeschmack. Denn erstens ist es der einzige bekannte Fall seit Einführung der Bau-Solidarhaftung 2012, der bis zum Ende durchgezogen wurde und zu einer Entschädigungszahlung geführt hat. Und zweitens besagt das Schweizer Entsendegesetz, dass nur der Nettolohn nachgezahlt werden muss, nicht aber die Sozialabgaben. Das immerhin könnte sich bald ändern. Denn im Rahmen der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU (Bilaterale III) haben die Gewerkschaften innenpolitische Ausgleichsmassnahmen zum Lohnschutz gefordert. Vierzehn solche Massnahmen hat der Bundesrat vorgelegt. Darunter die Ausweitung der Solidarhaftung: Erstunternehmer sollen künftig auch für Konventionalstrafen und Kontrollkosten ihrer Subunternehmen haften. Für die Gewerkschaften sind die Massnahmen das absolute Minimum, ohne das sie die Bilateralen III ablehnen würden. JONAS KOMPOSCH

Dubiose Firma wollte ihn um 20 000 Franken prellen

Metallbauer Szabo ist happy – aber kritisiert die Schweiz



LIESS SICH NICHT ABSPEISEN: Metallbauer Viktor Szabo. FOTO: STEPHAN BÖSCH

Es geschah beim Hausbau von Ex-FCZ-Star Blerim Džemaili: Die Generalunternehmerin Immobasis aus Schlieren ZH heuert die AMA Baumanagement AG an, eine dubiose Metallbaufirma aus Romanshorn TG. In drei Jahren hat sie viermal den Eigentümer, zweimal den Zweck und einmal den Kanton gewechselt. Und auf dem Anti-Dumping-Firmenregister ISAB gibt sie an, null Mitarbeiter zu haben. Metallbauer Viktor Szabo (40) kommt jedenfalls zum Einsatz, beim Džemaili-Bau in Kilchberg am Zürichsee. Doch Lohn sieht der Ungar dafür nicht. «Es kamen immer neue Chefs, und jeder vertröstete uns auf später.» Szabo nimmt Schulden auf, verkauft Sachen, muss sogar aufs Sozialamt. Das widerstrebt ihm, er meldet sich bei der Unia. Und die fackelt nicht lange, sondern reicht Klage ein. Der AMA-Chef flüchtet sich in den Konkurs. Trotzdem kommt der Geprellte zu seinem Geld: 20 440 Franken! Ausbezahlt als Insolvenzentschädigung von der kantonalen Arbeitslosenkasse. Szabo ist happy: «Allein hätte ich das nie geschafft!» Kein Verständnis hat er allerdings dafür, dass sein Chef, dessen Auftraggeber wie auch der Endkunde allesamt ungeschoren davonkamen, während die Öffentlichkeit auf den Kosten sitzenbleibt. Für den Büezer ist klar: «Die Schweiz braucht dringend mehr Lohnschutz und härtere Strafen!» JONAS KOMPOSCH



HAPPY MAMA: Erma Braho hat sich mit der Unia gegen ihren ehemaligen Rüpel-Chef gewehrt – mit Erfolg. FOTO: THIERRY PORCHET

Rüpel-Chef schuldete ihr 20 000 Franken

Ein grosses Bravo an Verkäuferin Braho!

Weil sie schwanger wurde, warf ihr Chef sie aus Job und Wohnung und drohte mit Gewalt. Doch Verkäuferin Erma Braho (37) fand zur Unia – und steht heute wieder mit beiden Beinen im Leben.

JONAS KOMPOSCH

Eine solche Stange Geld hatte Erma Braho (37) zuvor noch nie gesehen: 16 700 Franken! Doch jetzt liegt sie da. Überwiesen vom Betreibungsamt der Gemeinde Diepoldsau im St. Galler Rheintal. «Ich staunte nicht schlecht», sagt Braho. Keine fünf Monate seien vergangen von der Verfahrenseröffnung bis zum Zahltag. «Auf die Schweizer Behörden ist eben noch Verlass», findet die gebürtige Spanierin. Sie ist überzeugt, dass bald auch die letzte Tranche ihres unterschlagenen Lohnes überwiesen wird. Total rund 20 000 Franken sind das laut Berechnungen der Unia.

Weit weniger begeistert von den Behörden dürfte Brahos Ex-Chef sein: Roger Rohner (57), selbständiger Marktfahrer und Spross der bekannten Ostschweizer Magenbrot-Dynastie Rohner. Weil er die Zahlungsaufforderungen von

Chef Rohner wirft die werdende Mutter aus seiner Firma und aus ihrer Wohnung.

Braho beharrlich ignoriert oder ihr bloss Kleinbeträge twintet, hat das Betreibungsamt mit dem Pfänden begonnen. Und weil er dem Pöstler die Gerichtsakten für den kommenden Prozess mit Braho nicht abnehmen wollte, bekam er Besuch von der Polizei. Selbst seine Frau scheint langsam zu verzweifeln. Jedenfalls hat sie dafür gesorgt, dass die Pumpaction-Schrotflinte ihres Gatten jetzt auf dem Polizeiposten lagert. An diese Waffe mag sich Braho gut erinnern: «Manchmal lag sie gut sichtbar in seinem Haus herum.» Bedrohlich habe das gewirkt, besonders seit diesem einen Wochenende, als die Eskalation begann.

BELEIDIGT, WEIL SCHWANGER

Erma Braho fährt wie gewohnt nach Diepoldsau zur Arbeit. Dort hat sie Ende 2024, noch ganz frisch in der Schweiz, einen Job gefunden: Magenbrotverkäuferin in einem 80-Prozent-Pensum zu brutto 3200 Franken. «Das passte für mich, und am Anfang lief alles tipptopp», sagt Braho. Doch dann kam dieses eine Wochenende. Rohner habe ihr eröffnet, sie könne gerade nicht mehr für ihn arbeiten, denn er habe ihre Sozialversicherungsbeiträge nicht einbezahlt. «Ich war völlig baff», sagt Braho. Nicht nur, weil Rohner offen gestanden habe, seine Arbeitgeberpflichten zu verletzen. Sondern vor allem, weil sie künftig noch dringender auf den Lohn angewiesen sein wird. Braho ist nämlich schwanger! Das sagt sie in diesem Moment auch ihrem Chef. Doch statt zu gratulieren, schmollt dieser. «Zuerst hat er mir einfach die kalte Schulter gezeigt», erzählt Braho. Dann habe er mit Beleidigungen angefangen. Entsprechende Whatsapp-Nachrichten liegen work vor. Rohner textet: «Du bist einfach ein Schmetterling, der auch irgendwann nicht mehr da ist.» Dann nennt er seine Angestellte «blöde Kuh», fabuliert von einer «Beziehung» und behauptet, er würde sie «lieben». Dann: «Willst du mir sagen, dass du keine Nutte bist?» Auch Drohungen sind dabei: «Sei froh, dass ich dich nicht sofort ausreisen lasse!» Mündlich habe er sogar mit Gewalt gedroht, sagt Braho. Schliesslich ein SMS: «Du bist fristlos gekündigt.»

BRAHO SAGT: «WEHRT EUCH!»

Tatsächlich wirft Rohner die werdende Mutter einfach raus. Und zwar nicht nur aus seiner Firma, sondern auch aus ihrem Zimmer. Braho ist von ihrem Chef nämlich doppelt abhängig: als Angestellte und als Mieterin – und das erst noch in seinem Privathaus! Völlig mittellos landet sie auf der Strasse. «Ich hatte Angst und wusste nicht, wohin und wie weiter», sagt Braho. Und: Bei Rohner liegen noch all ihre Habseligkeiten. Doch dem zunehmend wirren Ex-Chef mit dem Gewehr zu Hause will sie nicht mehr begegnen. Eine Freundin nimmt sie auf – und bringt sie zur Unia nach St. Gallen. Es ist der Beginn einer Befreiung. Die Sozialhilfe springt ein. Und die Gewerkschaft gleist das Ver-

Eine Freundin bringt sie zur Unia nach St. Gallen. Es ist der Beginn einer Befreiung.

fahren auf, das ihr jetzt den Zahltag beschert hat. Das Geld kann Braho gut brauchen. Denn vor drei Monaten ist sie Mutter geworden! «Ich bin überglücklich, dass es der kleinen Sofia gut geht.»

Und ihr selbst? «Ich muss immer noch viel verarbeiten, aber insgesamt viel besser als noch im Rheintal», sagt die Neo-Walliserin, die schon das halbe Dorf zu kennen scheint. In der Cafeteria wird sie jedenfalls fleissig begrüsst. Und auch beruflich geht's aufwärts: Braho hat eine Stelle als Übersetzerin in Aussicht. Kein Wunder: Sie spricht sieben Sprachen fliessend! Also Ende gut, alles gut? Nein, sagt Braho. Denn viele Migrantinnen erlebten Ähnliches wie sie. An sie und überhaupt an alle Lohnabhängigen hat Braho drei zentrale Botschaften: «Bleibt nicht, wo man euch schlecht behandelt!» «Habt den Mut, Nein zu sagen!» Und: «Es gibt überall auch Leute, die euch helfen!»

Sozialplan-Angebot der Firma war lausig

2,2 Millionen dank starken Verhandlungen

So nicht, sagten die Arbeiter und Arbeiterinnen von Faulhaber in La Chaux-de-Fonds NE. Gemeinsam erkämpften sie einen Sozialplan, der diesen Namen verdient.

Ende 2024 teilten die Chefs der Industriefirma Faulhaber den Mitarbeitenden in La Chaux-de-Fonds die Schliessung ihres Standorts mit: Die Produktion von Mikromotoren werde nach Ungarn verlagert. Der Sozialplan, mit dem die Firma die Folgen des Kahl-



ERFOLGREICH: Unia-Mitglied Thomas Würgler. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

schlags abfedern wollte, war mickrig. Für einige Mitarbeitende hätte es nur 900 Franken Entschädigung gegeben. Dagegen wehrten sich Unia-Mitglied Thomas Würgler und seine Kolleginnen und Kollegen. Zusammen mit der Unia erkämpften sie 0,7 Monatslöhne Entschädigung pro Dienstjahr. Das war ungefähr zehnmal so viel wie im ersten Vorschlag der Firma! Der definitive Sozialplan umfasste Leistungen von insgesamt 2,2 Millionen Franken – im Schnitt mehr als 30 000 Franken pro Person. CHRISTIAN EGG

Laborant lässt sich nicht unterkriegen

1000 Franken und ein wegweisendes Urteil

Ein Hackerangriff legte die Siegfried AG lahm. Die Pharmafirma wollte, dass die Mitarbeitenden die Arbeitszeit nachholen. Doch Laborant Domenik Seiwald sah dies anders und ging vor Gericht.

Noch während des Stillstands teilte die Siegfried-Leitung den Mitarbeitenden mit: Die ausgefallenen Arbeitsstunden müssten nachgeholt werden. Domenik Seiwald war anderer Meinung und das Aargauer Obergericht auch: Ein Cyberangriff fällt unter das Betriebsrisiko des Arbeitgebers. Das Gericht verpflichtete die Siegfried AG, Seiwald die abgezogenen Stunden gutzuschreiben. Es ist das erste Urteil in der Schweiz zu den Pflichten des Arbeitgebers bei einer Cyberattacke. Da Domenik Seiwald nicht mehr bei der Siegfried arbeitete, hat ihm die Firma die Stunden ausbezahlt – rund 1000 Franken. Bemerkenswert: In der Schlichtung vor dem Prozess hat ihm Siegfried ein noch



NICHT BESTECHLICH: Laborant Domenik Seiwald. FOTO: JAKOB INEICHEN

höheres Angebot gemacht – und der Chemielaborant hat es ausgeschlagen. CHRISTIAN EGG

Firma hat geflüchtete Ukrainer ausgebeutet

Dieser Schreiner liess sich nicht betrügen

Stefan Vovchanski ist erst vor wenigen Jahren aus seiner Heimat Ukraine in die Schweiz geflüchtet. Bei seiner ersten Arbeitsstelle als Schreiner versuchte ihn sein Chef um Tausende Franken zu betrügen.

Was Stefan Vovchanski auf dem Schweizer Arbeitsmarkt erlebt hat, ist leider kein Einzelfall. Vor wenigen Jahren ist er mit seiner Familie aus der Ukraine in die Schweiz geflüchtet. In seiner Heimat arbeitete er bereits als Handwerker in diversen Bautätigkeiten. Die Jobsuche war schwierig, doch schliesslich fand er eine Stelle als Schreiner bei einer Bude in Zürich. Zuerst war er erfreut darüber, in seinem Team mit weiteren Ukrainern zu arbeiten. Bis er den Grund dafür zu spüren bekam: Der Chef nutzte die frisch eingewanderten Büezer aus und bezahlte nicht die Löhne, die ihnen zustanden. So wehrte sich Vovchanski – an seiner Seite die Gewerkschaft Unia. Über 11 000 Franken erkämpfte er sich, seine Entschädigung ist vor wenigen Wochen auf dem Konto eingetroffen. DARIJA KNEŽEVIĆ



WAR LEIDER KEIN EINZELFALL: Stefan Vovchanski. FOTO: MICHAEL SCHOCH

Führungs-Trio macht Traditionsfirma kaputt

Hilfe für Küchenbauer in der Not

Im April geriet der Arboner Küchenhersteller Forster in Schieflage. Wochenlang warteten die 135 Angestellten auf ihre Löhne. Sie mandatierten die Unia mit der Vertretung ihrer Interessen – und legten zwischenzeitlich die Arbeit nieder. Aus Protest gegen das damalige Führungstrio, das mit dubiosen Finanzpartnern kutschiert, die Belegschaft immer wieder vertröstet und das Traditionsunternehmen an den Rand des Abgrunds gewirtschaftet hatte. Mit



GEGEN LOHNKLAU: Mitarbeitende legen die Arbeit nieder. FOTO: UNIA

Hilfe der Gewerkschaft leiteten Betroffene, denen das Geld mittlerweile ausgegangen war, Betreibungen ein. Es folgte die provisorische Nachlassstundung. Und wieder sprang die Unia ein und half rund 60 Mitgliedern mit dem Papierkram für die Insolvenzentschädigung. Herausgeschaut haben dabei brutto 664 500 Franken. Im Anschluss übernahm der einstige Minderheitsaktionär und Immo-Unternehmer Giovanni Cerfeda die angeschlagene Firma. Wie von der Unia gefordert, musste die alte Geschäftsleitung gehen. Allerdings auch 35 Mitarbeitende. JONAS KOMPOSCH



Laura und der 5.30er-Bus

Seit sieben Jahren fahre ich am Morgen mit dem Bus um halb sechs zur Arbeit. Um diese Zeit scheint die Stadt noch im Tiefschlaf. Wir Arbeiterinnen nicht. Meistens sehe ich die gleichen freundlichen Gesichter an der Bushaltestelle. Mit meinem Bus-Gspönli aus der Gastro unterhalte ich mich seit Jahren jeden Morgen während der kurzen Fahrt. Für eine Weile kam noch ein weiteres Gspönli dazu.



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

SCHAM. An einem Morgen grüssten wir uns munter, und nachdem wir uns einig waren, dass es superkalt sei, fragte ich sie, ob sie auch um diese Zeit zur Arbeit gehe. Sie erwähnte ein Spital in der Nähe. Also folgerte ich vorschnell, dass sie in der Pflege arbeite. Nein, sagte sie zögernd und etwas verlegen. Sie arbeite in der Reinigung. Sofort und aufrichtig sagte ich ihr: «Ah, die Reinigung, so eine wichtige Arbeit, ohne euch geht auch gar nichts.» Und sie strahlte mich an. Sie erzählte, wie hart dieser Job sei und wie schlecht der Lohn. Sie verdiene keine 4000 Franken bei einem Hundert-Prozent-Pensum. Das ist pure Ausnützung, dieser Lohn reicht für rein gar nichts!

RESPEKT! Was mir aber aus diesem Gespräch auch noch geblieben ist: die Scham in der Stimme, als sie ihre Arbeit erwähnte. Ich kenne das. Je nachdem, in welchen Kreisen ich mich befinde, sind die Reaktionen in Gesprächen in Bezug auf meinen Job sehr unterschiedlich. Es geht von Mitleid bis hin zu diskriminierenden Bemerkungen: Das sei ein Job für dumme und ungebildete Menschen. Und ja, manchmal verhalten sich auch die Kundinnen und Kunden uns gegenüber so. Jeder, aber wirklich jeder Mensch geht einkaufen und braucht abends irgendwas für auf den Teller. Aber so dumm kann das nicht sein, was wir hier leisten: Denn ohne uns wäre der Teller abends leer. Anerkennung und Wertschätzung bekommen wir nicht oft. Und ich rede da nicht von einem Schulterklopfen, das brauchen wir nicht. Wir brauchen die Augenhöhe. Gleichgestellt sein mit anderen Menschen aus anderen Branchen. Ich begreife ehrlich nicht, warum so ein irrsinniger Unterschied gemacht wird. Ein Unterschied, der an die Substanz von jenen Menschen geht, die hart arbeiten und einen massiv wichtigen Beitrag für eine gut funktionierende Gesellschaft leisten.

Ohne uns bliebe der Teller leer.

Egal wo und wer, es braucht uns alle. Ob Bau, Gastro, Pflege, Detailhandel oder Reinigung. Und insbesondere auch die Busfahrerin meines 5.30-Uhr-Busses. Denn nur mit uns Arbeiterinnen in diesem Bus startet die Stadt gut in den Tag.

Für eine starke Pflege: Über 5000 Menschen auf dem Bundesplatz

Der Geduldsfaden ist gerissen

Die Menschen in den Gesundheitsberufen sind sauer. Mit einer mächtigen Demo machten sie Druck auf die Politik. Wenn weiter nichts passiert, sind auch Streiks kein Tabu mehr.

CHRISTIAN EGG

Die Pflegefachfrau Silvie Floh ist enttäuscht. «Von uns Pflegenden wird erwartet, dass wir keine halben Sachen machen. Dasselbe erwarten wir auch von der Politik», sagte sie vor über 5000 Demo-Teilnehmenden auf dem Bundesplatz in Bern. Gekommen waren Pfleger, Ärztinnen, Mitarbeitende aus den Labors, aus der Reinigung – aber auch viele Menschen, die nicht im Gesundheitswesen arbeiten. Pensionierte etwa oder Vertreterinnen aus den feministischen Streikkollektiven. Weil eine starke Pflege und anständige Arbeitsbedingungen uns alle angehen.

Vier Jahre, so Pflegefachfrau Floh, hätten Bundesrat und Parlament jetzt Zeit gehabt, nach dem deutlichen Ja zur Pflegeinitiative den Volkswillen umzusetzen. «Doch was ist bis jetzt passiert? Eigentlich nichts!» Auch die Gesetzesvorlage, mit der der Bundesrat die Arbeitsbedingungen verbessern wolle, sei «absolut nicht genügend». So fehlten jegliche Vorgaben, mit wie viel und wie qualifiziertem Personal Heime und Spitäler die Schichten besetzen müssen. Das wäre die Basis für sichere und gute Pflege, so Floh. «Wenn wir nur noch von A nach B hetzen, weil wir siebentausend Dinge gleichzeitig ausführen sollten, dann funktioniert das nicht. Sondern nur, wenn wir die Arbeit auf genügend Schultern verteilen können.»



PFLEGE BLUTET AUS: Die Menschen aus den Gesundheitsberufen haben an der Demo in Bern klargemacht, dass sie sich von der Politik im Stich gelassen fühlen. FOTO: MANU FRIEDERICH

«IN LETZTER KONSEQUENZ: STREIKS»

Die Demo machte deutlich: Die Geduld des Gesundheitspersonals hat jetzt ein Ende. Wenn es nicht anders geht, wollen sie sich auch mit Kampfmassnahmen für ein sicheres und soziales Gesundheitswesen einsetzen. In einer gemeinsamen Resolution, die an der Demo verabschiedet wurde, heisst es: «Wir verschaffen uns Gehör mit Aktionen wie – in letzter Konsequenz – Streiks.»

Vor wenigen Tagen gestreikt hat Friederike Flückiger, ebenfalls Pflegefachfrau am Kantonsspital in Lausanne. Sie berichtete an der Demo von der Wut über die Sparpläne der Kantonsregierung einschliesslich Lohnkürzungen. «Da haben wir gesagt, es gibt nur noch ein Druckmittel. Wir haben Versammlungen abgehalten, informiert und abgestimmt, und gemeinsam haben wir für den Streik gestimmt. Und es hat wirklich funktioniert! Hunderte haben im Spital die Arbeit niedergelegt. Wir waren Pflegende, Ärztinnen, Laboranten, Hebammen, die Kinderklinik, Psychiatrie, Küche, Hygiene, der Sozialdienst…»

«Pflege ist wichtig, das gibt euch Macht.»

PETRA VOLPE, REGISSEURIN «HELDIN»

DANK VON DER «HELDIN»-REGISSEURIN

Per Video zugeschaltet war an der Demo auch Petra Volpe, Autorin und Regisseurin des Films «Heldin», der eindrücklich die Realität in der Pflege aufzeigt. Auch sie zeigte sich enttäuscht: «Es fehlt an politischem Willen, die Pflege ernst zu nehmen!» Sie dankte den Teilnehmenden für ihr Engagement und gab ihnen zum Stichwort Streik mit auf den Heimweg: «Pflege ist so wichtig, das gibt euch auch sehr viel Macht. Ein Streik in der Pflege ist nur der Anfang. Es braucht zivilen Ungehorsam. Ich denke, wenn weiter nichts passiert, braucht es einen Generalstreik.»

GAV Reinigung mit höheren Mindestlöhnen

Ein neuer Vertrag gegen dreckige Arbeitsbedingungen

Der neue GAV Reinigung verbessert die Arbeitsbedingungen von 75 000 Personen in der Deutschschweiz. Für die Reiniger und Reinigerinnen heisst das konkret: höhere Mindestlöhne und besserer Schutz bei Krankheit.

IWAN SCHAUWECKER

In Spitälern, Büros, Heimen und Schulen sorgen sie für Sauberkeit: In der Deutschschweiz sind etwa 75 000 Personen für Reinigungsbetriebe im Einsatz. Der Gesamtarbeitsvertrag für die Branche existiert seit 20 Jahren und garantiert seither minimale Standards. Nun haben sich die Gewerkschaften Unia, Syna und VPOD mit dem Arbeitgeberverband Gebäudedienstleistungen Allpura auf eine Erneuerung des GAV Reinigung geeinigt. Die neuen Bestimmungen wurden vom Bundesrat allgemeinverbindlich erklärt und treten Anfang 2026 in Kraft.



SAUBERE SACHE: Der neue GAV verbessert die Mindestlöhne der Reinigerinnen und Reiniger. FOTO: FO-PUBLISHING GMBH

Das Schlupfloch entfällt, künftig sind alle Reinigerinnen versichert.

Der GAV gilt damit für die gesamte Reinigungsbranche in der Deutschschweiz, unabhängig von der Verbandszugehörigkeit. Lediglich für Kleinbetriebe mit bis zu fünf Angestellten gelten erleichterte Bestimmungen. Die Luzerner Unia-Sekretärin Ana Maria Pica, die das Reinigungspersonal mit Beratungen unterstützt, sagt über das Verhandlungsresultat: «Die Reinigerinnen und Reiniger haben einen harten Arbeitsalltag. Mit dem neuen GAV steigen ihre Mindestlöhne ein bisschen an, aber auf Dauer braucht es natürlich noch mehr Verbesserungen.»

DIE WICHTIGSTEN FORTSCHRITTE:

Drei Prozent mehr Lohn

Die Mindeststundenlöhne für die tiefste Lohnstufe steigen 2026 um drei Prozent und per 2028 um weitere 2,5 Prozent. Der Mindeststundenlohn nach Absolvierung des lohnrelevanten GAV-Lehrgangs liegt neu 1.50 Franken über der tiefsten Lohnstufe. Die monatlichen Mindestlöhne für Reinigungsfachkräfte mit EFZ werden ab 2026 auf 4700 Franken angehoben, und mit einem EBA steigt der Lohn auf mindestens 4200 Franken bei einer Arbeitszeit von 182 Stunden pro Monat.

Krankentaggeldversicherungen für alle

Bisher war bis zu einem Anstellungspensum von 12,5 Stunden pro Woche keine Versicherung im GAV vorgeschrieben. Diese Grenze entfällt und damit auch ein Schlupfloch für Arbeitgeber. So müssen zukünftig alle Reinigungsangestellten durch eine Krankentaggeldversicherung geschützt sein. Bei der Krankentaggeldversicherung wird die Frist, während deren Betriebe die Lohnfortzahlung selbst übernehmen können, von 60 auf 90 Tage verlängert.



2000 UNTERSCHRIFTEN: Direktorin Alexandra Horvath erhält Besuch vom Unia-Samichlaus. FOTOS: PD / UNIA

«Mitmänsch»-Mitarbeitende am Anschlag

Dicke Post für die Direktorin

Sie kümmern sich mit Herzblut um Menschen mit Behinderungen. Doch jetzt schlagen Mitarbeitende im Wallis Alarm. Weil die Zustände im Betrieb ihre Gesundheit gefährden – und das Wohl der Betreuten.

CHRISTIAN EGG

«Das ist fahrlässig.» Den Satz sagen Mitarbeitende der Stiftung «Mitmänsch Oberwallis» im Gespräch mit work mehrmals. Sie betreuen Menschen mit Beeinträchtigungen – in Schulen, Wohngruppen, Tagesstätten von Mörel bis Gampel. Rund 400 Mitarbeitende hat die Stiftung. Was sie berichten, ist happig. Immer weniger von ihnen müssten zu den teils schwer beeinträchtigten Bewohnerinnen und Klienten schauen, mit kaum mehr fachlicher Unterstützung und in einem Arbeitsklima, das zunehmend unhaltbar werde. Der Sozialpädagoge Dominik Hasler* etwa sagt, dass er immer wieder Dienste kurzfristig übernehmen müsse, wenn jemand ausfalle: «Es kommt vor, dass ich in einem Monat 50 Überstunden mache.»

«Wir haben extrem viele Ausfälle.»
SOZIALPÄDAGOGIN ANDREA BERTSCHI

Diese Überlastung hat Folgen. Mehr und mehr Mitarbeitende werden krank oder kündigen. Andrea Bertschi*, ebenfalls Sozialpädagogin, sagt: «Wir haben extrem viele Ausfälle. Auch weil unterdessen viele die Nase voll haben.» Und der Betrieb habe grosse Mühe, Abgänge zu ersetzen. Wegen des Fachkräftemangels – und weil die Stiftung mittlerweile einen schlechten Ruf habe.

DIE VORGESCHICHTE DER DIREKTORIN

Die Missstände sollen auch mit der neuen Direktorin Alexandra Horvath zu tun haben, seit anderthalb Jahren am Ruder. Zuvor war sie Direktorin der Strafanstalt Gmünden AR – und sorgte dort mehrmals für Schlagzeilen. Laut «St. Galler Tagblatt» setzte kurz nach ihrem Amtsantritt ein Exodus von Mitarbeitenden ein: Innert zweier Jahre hätten zwei Drittel gekündigt. Die Gründe: «schlechtes Arbeitsklima, rigider Führungsstil, respektloser Umgang, stark erhöhter Leistungsdruck». Im Januar 2023 kündigte Horvath; über die Gründe wurde Stillschweigen vereinbart. Erst im nachhinein kam ans Licht: Im Jahr vor ihrem Abgang hatten schon wieder zwei Drittel der Belegschaft den Bettel hingeworfen.

Die beiden Fachkräfte bei «Mitmänsch» stellen klar: Sie lieben ihren Beruf. Umso mehr schmerzt es die beiden, dass sie wegen der Überlastung Abstriche in der Qualität ihrer Arbeit machen müssen. Den Mitarbeitenden werde vermittelt, es sei zu teuer und auch nicht nötig, die Menschen mit Beeinträchtigung zu fördern. Hasler: «Mir scheint, sie (die Direktorin, Anm. d. Red.) möchte diese Menschen irgendwo versorgen, ihnen zu essen geben, und gut ist.»

MITARBEITENDE WEHREN SICH

Kommt dazu, dass im Betrieb wichtige Leitungs- und Fachstellen entweder mit unqualifiziertem Personal oder gar nicht mehr besetzt werden. So fehle etwa eine Ansprechperson für schwierige Fälle, nachdem der bisherige Stelleninhaber die Position abgegeben habe. Laut dem «Walliser Boten» hat Direktorin Horvath diese Aufgabe übernommen, «obwohl sie keine fachliche Ausbildung dafür hat». Stellenprozente gestrichen wurden offenbar auch bei den sieben Abteilungsleitungen, derzeit seien nur gerade vier im Einsatz.

Doch jetzt regt sich Widerstand. Mehrere Mitarbeitende wandten sich an den «Walliser Boten» und suchten Unterstützung bei der Unia. Ein Zeitungsartikel machte die Missstände publik, kurz darauf machten die Mitarbeitenden mit einem Appell auf der Unia-Website auf ihre Lage aufmerksam. Der Leiter der Unia Oberwallis, Martin Dremelj, sagt: «Im konservativen Wallis eckt die Unia oft an. Aber den Appell haben innerhalb von kurzer Zeit 2000 Leute unterzeichnet! So viel Solidarität aus der Bevölkerung hat die Mitarbeitenden sehr gefreut.» Am 5. Dezember hat der Unia-Samichlaus die Unterschriften der Direktion übergeben. Zusammen mit elf konkreten Forderungen der Mitarbeitenden, was sich bessern muss – und zwar unverzüglich.

Nach den Schlagzeilen und dem erfolgreichen Appell kündigte der Kanton an, eine externe, unabhängige Stelle solle die Stiftung überprüfen und dazu auch vertrauliche Gespräche mit den Mitarbeitenden führen. «Ein Teilerfolg», sagt Dremelj, «aber wir sind noch lange nicht am Ziel.» Davon zeugt auch die Reaktion des Stiftungsrats. Der stellte sich in der Folge «geschlossen» hinter die kritisierte Direktorin (siehe Box oben). In einem Brief an die Belegschaft schrieb er, die Zustände, die Mitarbeitende im Zeitungsartikel geschildert hätten, gäben «kein faires Bild unserer täglichen Arbeit wieder». Auf die besorgten Fachkräfte habe der Brief wie eine Ohrfeige gewirkt, sagt Dremelj.

Über etwas ist Sozialpädagoge Hasler dennoch erleichtert: dass die Zustände bei «Mitmänsch» jetzt öffentlich sind. Das habe im Betrieb etwas verändert. Früher hätten viele Kolleginnen und Kollegen Angst gehabt. «Aber jetzt reden die Leute offen miteinander. Das gibt mir Hoffnung.»

* Namen geändert

Stiftungsrat: Nur wenige «schwierige Situationen»

Gegenüber work stellt die Leitung von «Mitmänsch Oberwallis» die Missstände als Ausnahmen dar. Nicole Ruppen, Präsidentin des Stiftungsrats, schreibt, es sei in «3 von 22 Wohngruppen zu schwierigen Situationen gekommen», was der Stiftungsrat «bedauere». Aus allen anderen Tätigkeitsfeldern der Stiftung «sind uns keine negativen Rückmeldungen bekannt». Dieser Darstellung widerspricht Martin Dremelj von der Unia Oberwallis: «Wir haben mehr als hundert Erfahrungsberichte erhalten. Das sind keine Ausnahmen. Sondern die Folge eines autoritären Führungsverhaltens, das in einer sozialen Institution völlig fehl am Platz ist.»

BEFRAGUNG. Warum der Stiftungsrat Alexandra Horvath als Direktorin einsetzte trotz bereits bekannter Kritik an ihrem Führungsstil, das will Präsidentin Ruppen nicht beantworten. Sie sagt, für den Bereich Wohnen habe man eine «externe Fachperson beigezogen, welche die Situation unbürokratisch aufnehmen und in einem partizipativen Prozess begleiten wird». Im Oktober 2025 habe zudem eine Befragung der Mitarbeitenden stattgefunden, die ausgewertet werde. Die Resultate würden «sicher wertvolle Hinweise geben, an denen wir arbeiten können». (che)

EUropa
Regula Rytz

Mindestlöhne

2:1 für das soziale Europa!

Viele Menschen blicken mit Sorge auf das neue Jahr. Die Krisen rücken näher, die Lebenshaltungskosten steigen. Und rechtsautoritäre Bewegungen besetzen immer mehr Raum in den Medien, in den Köpfen und in den Parlamenten. Doch die Welt ist zum Glück differenzierter als die Schlagzeilen. Auch in Europa. Trotz gegen-



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen Denknetzes.

teiligen Prognosen hat zum Beispiel bei den niederländischen Wahlen im Oktober nicht die fremdenfeindliche Rechte gewonnen, sondern die weltoffene sozialliberale Partei. Der Kampf zwischen demokratischen und autoritären Kräften wird auch die nächsten europäischen Wahlen prägen. Ob in Ungarn, Estland, Schweden, Lettland, Dänemark oder Slowenien: überall treffen 2026 ökosoziale Parteien auf rechte Abrissbirnen.

GESUNDE GESCHENKE. Die Situation in den einzelnen Ländern beeinflusst auch die EU-Politik. Hier herrscht im Moment eine Pattsituation. In der Wirtschafts- und Umweltpolitik drohen aufgrund der rechten Agenda empfindliche Rückschläge. Doch immer wieder gelingt es, auch positive Entscheidungen durchzubringen. So zum Beispiel ein Importverbot für russisches Gas. Oder die Stärkung des Konsumentenschutzes: Pünktlich zu Weihnachten hat das europäische Parlament strengere Sicherheitsauflagen für Spielzeuge beschlossen. Auch Onlineplattformen wie Amazon, Ali Express oder Temu müssen in Zukunft Produkte vom Markt nehmen, die körperliche und seelische Schäden bei Kindern auslösen können. Umweltgifte, Lärmrisiken oder Spielzeuge mit Suchtpotential werden bis 2029 Schritt für Schritt aus den europäischen Kinderzimmern verbannt.

GUTES GERICHTSURTEIL. Eine weitere positive Entscheidung hat im November der Europäische Gerichtshof gefällt. Es geht um die europäische Mindestlohnrichtlinie. Dänemark hatte eine Klage gegen die Richtline eingereicht, da sie die Autonomie der nationalen Sozialpartner untergraben würde (work berichtete: **rebrand.ly/EU-Mindestlohn**). Mit ähnlichen Argumenten bekämpfen auch die Arbeitgeber in der Schweiz die Mindestlöhne. Doch der Europäische Gerichtshof hatte für solche Ausflüchte kein Gehör. Am 11. November bestätigte er mit zwei Ausnahmen die Gültigkeit der Richtlinie und ebnete den Weg für fairere Löhne – ein Sieg für die Arbeitnehmenden.

Der Europäische Gerichtshof ebnete den Weg für fairere Löhne.

Allerdings: Trotz Verbesserungen bleiben die Lohnunterschiede in Europa gross. 332 Euro betrug der Mindestlohn im Jahr 2022 in Bulgarien. In Luxemburg wurde er auf 2257 Euro festgelegt. Die Richtlinie macht keine Vorgaben über die Höhe der Mindestlöhne. Aber sie legt fest, in welchem Rahmen sich die einzelnen Länder bewegen sollen, um angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Roland Erne, Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen an der Universität Dublin, bezeichnete das Urteil des Europäischen Gerichtshofs deshalb als «2 zu 1»-Erfolg für das soziale Europa. Einmal mehr bestätigt sich: Wer um den Ball kämpft und gut zusammenspielt, kann auch auf schwierigem Terrain gewinnen.

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.



HATTEN ERFOLG: Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Swatch in der Türkei. FOTO: ZVG

Inflationsausgleich und verkürzte Arbeitszeit erkämpft

Erfolgreicher Streik bei Swatch in der Türkei

Nach einem Gerichtsurteil und 17 Tagen Streik hat Swatch eingewilligt: Mehr als 150 Beschäftigte der Swatch Group in der Türkei erhalten Lohnerhöhungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit von 45 auf 40 Stunden pro Woche und neue Sozialleistungen.

IWAN SCHAUWECKER

Zuerst hatte Swatch die Verhandlungen boykottiert, dann nach einem Gerichtsurteil keinerlei Kompromissbereitschaft gezeigt und hat jetzt nach siebzehn Streiktagen doch noch eingelenkt. Die türkische Gewerkschaft Koop-İş konnte mit Swatch erstmals einen Tarifvertrag unterzeichnen – das Pendant zu einem Gesamtarbeitsvertrag in der Schweiz – und damit die Arbeitsbedingungen von über 150 Angestellten der Swatch Group in der Türkei verbessern.

«Das gibt Mut für weitere Arbeitskämpfe.»
GEWERKSCHAFTER MURAT GERÇEK

HÖHERE LÖHNE, TIEFERE ARBEITSZEIT

Mit dem neuen Tarifvertrag erhalten alle Mitarbeitenden eine Lohnerhöhung von mindestens 33 Prozent und damit den Inflationsausgleich für das letzte Jahr. Zudem wird die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn von 45 auf 40 Stunden pro Woche verkürzt, und alle Angestellten haben ab 2026 Anrecht auf mindestens zwei freie Tage pro Woche. Ausserdem erhalten die Arbeitnehmenden Kindergeld, Bildungszulagen und verbesserte Transport- und Verpflegungszulagen sowie eine jährliche Prämie in Höhe von 30 Tageslöhnen und eine Dienstalterszulage für alle Beschäftigten.

VORBILD FÜR SHOPPINGMALLS

Der neue Tarifvertrag tritt rückwirkend ab März 2025 in Kraft, so dass die Beschäftigten für die letzten sieben Monate nachträglich ihre Lohnerhöhungen und den Inflationsausgleich erhalten. Murat Gerçek, Gewerkschafter von Koop-İş, sagt: «Dieser Streik ist nicht nur ein Erfolg für die Beschäftigten von Swatch. Er gibt auch Mut für die weiteren Arbeitskämpfe von Zehntausenden Menschen, die unter schwierigen Bedingungen in Shoppingmalls arbeiten.»

STREIK ALS GESETZLICHE PFLICHT

Nach türkischem Recht hatte die Gewerkschaft nach den gescheiterten Tarifverhandlungen keine andere Wahl, als zu streiken. Sonst hätte sie ihr Verhandlungsmandat verloren. Auch die globale Gewerkschaftsföderation UNI Global Union hat den Streik mit einem Brief an Nick Hayek, den CEO der Swatch Group, unterstützt.

DANK AN DIE UNIA

Mathias Bolton, Leiter der Abteilung Handel bei UNI Global Union, sagt: «Wir gratulieren der Gewerkschaft Koop-İş und den mutigen Beschäftigten der Swatch-Filialen in der Türkei herzlich zu ihrer Entschlossenheit und Einheit während dieses wichtigen Kampfes. Wir bedanken uns auch herzlich bei unserer Schweizer Mitgliedorganisation Unia für ihre Unterstützung. So sieht internationale Gewerkschaftsarbeit in der Praxis aus – grenzüberschreitend vereint und fest an der Seite der Beschäftigten.»

Schoggi von Lindt & Sprüngli:

Vergiftetes Vergnügen

Lindt & Sprüngli lässt Kakaobäuerinnen und -bauern in Ghana mit hochgiftigen Pestiziden arbeiten. Viele davon sind in der Schweiz verboten wegen der massiven Risiken für Mensch und Umwelt.

IWAN SCHAUWECKER

Der Schweizer Schokokonzern Lindt & Sprüngli bezieht einen Grossteil des Kakaos für seine

Der Abnehmer der Kakaobohnen vermarktet Pestizide.

Lindor-Kugeln, Schoggi-Samichläuse und Pralinés aus Ghana. Die etwa 61 000 Kakaobauern und -bäuerinnen, die im westafrikanischen Land für Lindt & Sprüngli produzieren, sind auch Teil des «Farming Programs» von Lindt & Sprüngli. Umgesetzt wird das Programm, das für Nachhaltigkeit in der Lieferkette sorgen soll, vom Schweizer Zwischenhändler Ecom.



HOCHGIFTIG

Eine neue Recherche der Koalition für Konzernverantwortung zeigt, dass Ecom nicht nur Nachhaltigkeitstrainings organisiert, sondern auch Abnehmer von Kakaobohnen und Vermarkter von teils hochgiftigen Pestiziden ist. Die Bauern, die ihre Bohnen an Ecom verkaufen, sagen in Interviews, dass sie die von Ecom propagierten Pestizide regelmässig einsetzen. Trotz den zahlreichen Nachhaltigkeitsversprechen von Lindt & Sprüngli verfügen die Bäuerinnen und Bauern über keine wirksame Schutzausrüstung und sind den Chemikalien oft schutzlos ausgesetzt.

UND DIE SCHUTZANZÜGE?

Die Medienverantwortliche von Lindt & Sprüngli schreibt auf Anfrage der Koalition für Konzernverantwortung: «Das Verteilen von Schutzanzügen im Programm mit Ecom haben wir mit der Umstellung von Sachprämien auf Bargeldprämien vor einigen Jahren beendet, damit die Bäuerinnen und Bauern selber frei entscheiden können, in welche Hilfsmittel sie investieren.» Lindt & Sprüngli erachtet Schutzkleidung also als Teil der «Prämie» – und nicht als grundlegende Arbeitsausrüstung, die den Bäuerinnen und Bauern, die für das Unternehmen Kakao produzieren, zur Verfügung gestellt wird. Damit nicht genug: Im Januar des vergangenen Jahres machte die «Rundschau» publik, dass in Lindt-Schoggi auch Kinderarbeit steckt.

Bericht: Immer mehr Pestizide

Der Einsatz von Pestiziden in Ghana hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Laut einem FAO-Bericht von 2023 werden in Ghana 9700 Tonnen Pestizide jährlich eingesetzt; rund sieben Mal mehr als noch 2010. In den Agroshops gibt es auch zahlreiche Pestizide des Agrochemiekonzerns Syngenta zu kaufen. Viele dieser Produkte, die auch in der Schweiz produziert werden, sind wegen der Gefahren für Mensch und Umwelt in der Schweiz und in der EU verboten. (isc)

Massive Budget-Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit

Was macht die Schweiz sicherer: Armee oder Hilfsorganisationen?

Ein schwarzes Jahr für Non-Profit-Organisationen: Viele Staaten kürzten die Budgets massiv, und Trump schloss die weltweit grösste Entwicklungsorganisation – ohne Rücksicht auf Verluste. Das ist gefährlich bis tödlich, sagt Felix Gnehm, Geschäftsleiter von Solidar Suisse.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: Im Dezember vor einem Jahr hat das Parlament entschieden, die Gelder für die internationale Entwicklungszusammenarbeit massiv zu kürzen. Wenig später folgte die Auflösung der weltweit grössten Entwicklungsorganisation USAID. Welche Folgen hatte dies für Solidar Suisse?
Felix Gnehm: Die Schliessung der USAID war ein Schock. Wir mussten laufende Projekte in Asien stoppen.

Was für Projekte?
Es ging um Arbeitsrechtsprojekte im informellen Sektor, für Menschen, die in prekären Situationen arbeiten. In diesen Projekten geht es nicht um Leben und Tod, aber mittelfristig geht es eben doch ums Überleben. Es geht um Menschen, die für Lieferdienste à la Uber arbeiten, im Bergbau, der Fischerei oder in Textilfabriken, und zwar ohne jeglichen arbeitsrechtlichen Schutz.

Was geschieht jetzt mit diesen Menschen?
Sie haben noch weniger Einkommen, noch längere Arbeitszeiten, noch weniger Pausen, noch mehr Ausbeutung durch Unternehmen, die sich um die Rechte dieser Menschen foutieren. Doch die Menschen werden alleine um ihr tägliches Überleben weiterkämpfen.

Angenommen, eine Person kann und will Solidar spenden. Wie wird ihr Geld konkret verwendet?
Etwa ein Drittel unserer Arbeit ist Nothilfe für Menschen, die beispielsweise durch ein Erdbeben oder durch einen Konflikt ihr Dach über dem Kopf verloren haben. Im westafrikanischen Burkina Faso gibt es über eine Million Vertriebene. Sie fliehen vor Terrorismus, Gewalt und vor den Auswirkungen des Klimawandels. Solidar hat vor Ort ein Team und schaut, dass diese Menschen wieder ein Dach über dem Kopf haben, dass die Grundbedürfnisse gedeckt sind und dass die Kinder möglichst rasch wieder unterrichtet werden. Ein anderes Beispiel ist El Salvador in Zentralamerika. Dort haben wir ein Projekt, das Frauen unterstützt im Kampf gegen geschlechterspezifische Gewalt. Wir arbeiten mit Jugendlichen in der Prävention, mit Frauennetzwerken, mit der Polizei. In Bangladesh sind wir im Ledersektor tätig. Millionen von Menschen arbeiten in dieser Branche mit enorm giftigen Stoffen für Mensch und Umwelt, für nicht mal 100 Franken im Monat. Wir unterstützen diese Arbeiterinnen und Arbeiter in den Bereichen Gesundheitsschutz und Lohn und beim Aufbau gewerkschaftsähnlicher Strukturen.

Sind die Budgetkürzungen für die internationale Zusammenarbeit in der Schweiz eine Art Retourkutsche für das politische Engagement der NGO für die Initiative für Konzernverantwortung (KVI)?
Möglich. Aber die internationale Zusammenarbeit hat auch keine starke Lobby in Bundesbern. Den Reflex, hier zu kürzen, gibt es nicht erst seit der KVI. Was mir Sorgen bereitet: Im Parlament gibt es Vorstösse für die Aufhebung der Steuerbefreiung von Non-Profit-Organisationen. Dieses Muster gleicht jenem in repressiven Staaten wie Nicaragua, Ungarn oder Russland. Sie wollen sicherstellen, dass wir nicht (mehr) politisch tätig sind. Man sagt mir: «Macht doch eure Arbeit in Afrika, aber in der Schweiz bitte nicht politisch mitmischen.» Wer das sagt, hat nicht verstanden, dass Armutsbekämpfung schon immer ein politischer Auftrag war. Das hat die KVI sichtbar gemacht. Und die grosse Zustimmung in der Bevölkerung hat vielen natürlich nicht in den Kram gepasst.



DEN MENSCHEN IM GLOBALEN SÜDEN EINE PERSPEKTIVE GEBEN: In Burkina Faso ermöglicht Solidar Suisse jungen Menschen, eine Berufsausbildung zu absolvieren. FOTO: SOLIDAR SUISSE

Sie haben schon verschiedentlich gesagt, dass Budgetkürzungen für die Entwicklungszusammenarbeit zu einer Zunahme von Extremismus führen.
Dieser Zusammenhang ist für mich plausibel und eindeutig. Zunächst: Es gibt Hochrechnungen, wonach die Kürzungen bis ins Jahr 2030 zu 23 Millionen Toten führen könnten. Weil Unterstützungen wegfallen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung oder Bildung. Letzteres ist zwar nicht unmittelbar lebensbedrohlich, mittelfristig aber schon.



Bekämpfung von Armut war schon immer ein politischer Auftrag.
FELIX GNEHM, CHEF SOLIDAR SUISSE

Und wie wirkt sich das konkret auf Extremismus aus?
Nehmen wir einen jungen Menschen in Burkina Faso, im Sahel, der bis letztes Jahr profitiert hat von einem monatlichen Geldbetrag für seine Familie. Weil es einfach nicht reicht, nur von der Viehzucht zu leben oder von der Milch der drei Kühe. Das Geld gab ihm eine kleine Perspektive auf ein besseres Leben. Doch diese Perspektive ist weggebrochen. Dieser junge Mensch sucht jetzt neue Möglichkeiten, um Geld zu verdienen. Und findet sie im Sahel bei einer bewaffneten Gruppe. Diese bietet ihm Geld. Er hat nicht wirklich eine Wahl, er wird annehmen. Er versteht vielleicht noch nicht ganz, dass er eine Woche später in ein Waffentraining geht und Mitglied einer extremistischen Gruppe ist, die eigentlich nicht seine Weltanschauung teilt. Aber die Gruppe bietet ihm eine Perspektive.

Was hat denn da die SVP und ihre Entourage noch gegen Entwicklungszusammenarbeit einzuwenden?
Sie sagen, dass die Arbeit der NGO keine Wirkung habe. Das ist mehrfach wissenschaftlich widerlegt. Die Wirkungsdebatte ist eine Scheindebatte. Zweitens unterstellen sie den NGO, dass sie aufgeblasene Verwaltungsapparate haben. Das ist lächerlich. Unser Verwaltungsaufwand wird regelmässig überprüft, unsere Löhne legen wir transparent offen. Es gibt kein Unternehmen und keine Behörde, die so transparent ist wie wir. Der dritte Kritikpunkt ist, dass wir Autokraten unterstützen und Gesundheitssysteme von korrupten Regierungen finanzieren. Das mag für die Entwicklungszusammenarbeit als Ganzes nicht ganz unwahr sein, aber im Detail ist es dann auch wieder sehr falsch.

Inwiefern?
Solidar Suisse arbeitet nicht direkt mit den Regierungen zusammen und finanziert deren Gesundheitssysteme, sondern wir arbeiten dort, wo Lücken offensichtlich sind. Aber klar: Die Regierungen im globalen Süden müssten selber Ressourcen mobilisieren und die Abhängigkeit vom globalen Norden reduzieren.

Aber zementieren NGO nicht gerade diese Abhängigkeiten vom globalen Norden?
Ich verstehe diese Kritik. Aber wir machen ja keine caritative Arbeit. Wir berufen uns auf die Menschenrechte: Recht auf Bildung, Sicherheit oder Arbeit. Und es geht auch um globale Ungleichheit und die Frage, wie es gekommen ist, dass wir so reich sind und die Länder im globalen Süden nicht. Natürlich müssten diese Länder ihre Abhängigkeit verringern. Aber: wenn jetzt das Geld für die Betroffenen wegfällt, dann sorgt kurzfristig niemand anders dafür, dass sie zu einem würdevollen Leben kommen.

Es gibt auch linke Kritik an NGO. Diese würden nur Pflästerlipolitik betreiben, denn gegen Schurkenstaaten und ein ausbeuterisches globales Wirtschaftssystem kämen sie ohnehin nicht an.
Das ist eine sehr theoretische, akademische Kritik und in der Theorie auch nicht falsch. Aber völlig realitätsfern. Wer aus der warmen Schweizer Stube die handfesten Resultate unserer Arbeit für Hunderttausende von Armutsbetroffenen im globalen Süden als Pfästerli bezeichnet, ist zynisch. Klar können sie sagen, die Staaten im globalen Süden müssten aus eigener Kraft wieder auf die Beine kommen. Aber dann machen wir es uns zu einfach. Wir haben im globalen Norden eine Verantwortung, historisch und wirtschaftlich.

Was sagen Sie zur Forderung der SVP, Entwicklungsgelder müssten an die Verhinderung von Migration verknüpft werden?
Das ist ein komplexes Thema, aber lassen Sie es mich einfach erklären. Wir stellen fest: Wenn Menschen vor Ort zu ihren Rechten kommen und eine Perspektive haben, dann bleiben sie auch dort. Denn niemand macht sich freiwillig auf den gefährlichen Weg via Mittelmeer oder Atlantik nach Europa, weil er oder sie jetzt einfach ein bisschen mehr verdienen will. Sondern aus grosser Not. Man kann daher schon fordern, dass die internationale Zusammenarbeit diese Art von Migration stoppt, aber dann braucht es nicht weniger, sondern viel, viel mehr Mittel und eine bessere staatliche Zusammenarbeit. Und da ist noch etwas, das man gerne vergisst.

Bitte.
Migration ist tatsächlich armutslindernd. Die Schweiz weiss das, aber verdrängt es sehr gut. Im 19. Jahrhundert sind viele Schweizerinnen und Schweizer in die USA migriert, aufgrund von grosser Not.

In den Budgetdebatten geht es auch darum, ob mehr Geld in die Landesverteidigung oder in die Entwicklungszusammenarbeit fliesst. Was ist wichtiger für die Sicherheit der Schweiz, die Armee oder die Entwicklungszusammenarbeit?
Es braucht beides. Ich war gerade auf Projektbesuch in der Ukraine und musste meine eigene Wertehaltung hinterfragen. Wenn ich jetzt ein junger Mensch in der Ukraine wäre, würde ich auch das Land verteidigen wollen. Aber die NGO leisten auch einen Beitrag zur Sicherheit in der Schweiz, indem wir Menschen im globalen Süden eine Perspektive geben. Häufig wird in den Debatten vergessen, dass die Schweiz auch sehr abhängig ist von stabilen Handelsbeziehungen, von stabilen Staaten. Je mehr fragile Staaten, je mehr Konflikte und Kriege es gibt, desto mehr wird die Schweiz bedroht sein. Kürzt das Parlament noch mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, wird das die Sicherheit in der Schweiz ganz sicher nicht erhöhen.

SOLIDAR SUISSE

GEGEN EXTREME UNGLEICHHEIT

1936 gründete der Schweizerische Gewerkschaftsbund zusammen mit der SP Schweiz das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH). Das SAH war eines der ersten Schweizer Hilfswerke, die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe leisteten. Seit 2005 ist die Auslandabteilung des SAH eine eigenständige Organisation und heisst heute Solidar Suisse.

ENGAGIERT. Mit Projekten für faire Arbeit und demokratische Beteiligung kämpft Solidar Suisse gegen extreme Ungleichheit. Solidar Suisse engagiert sich auch mit Kampagnen in der Schweiz für bessere Arbeitsbedingungen im Ausland. (asz)

Basler 1. Mai

Geld für Klage gegen Polizei

Der 1. Mai 2023 bleibt in Basel in schlechter Erinnerung. Schwerbewaffnete Polizeitruppen stoppten den traditionellen und bewilligten 1.-Mai-Umzug schon nach 200 Metern. Obwohl nichts passiert war. Über 300 Menschen, darunter Minderjährige, Alte und viele Gewerkschafter, wurden eingekesselt, mit Gummischrot und Pfeffer traktiert und sieben Stunden festgehalten, ohne Zugang zu WC oder Trinkwasser. Es war der primitivste Angriff auf den Tag der Arbeit seit Jahrzehnten. Nun haben zwei Betroffene die Verantwortlichen dieses Einsatzes angezeigt. Wegen Freiheitsberaubung, schwerer Körperverletzung, Nötigung und Unterlassung von Nothilfe. Es dürfte ein wegweisendes, aber kostspieliges Verfahren werden. Der «Graue Block», eine Gruppe Linker im Unruhestand, sammelt daher 16 500 Franken.

Mehr Infos und Spenden unter **grauerblockbasel.org**

Kurzfilm «Roter Sessel»

Pöstler packen aus

In vier eindrücklichen Portraits beleuchtet der neue Kurzfilm «Roter Sessel – Stimmen von Postbot:innen» die Gefühlswelt, die Wünsche und die immer härtere



AUFRÜTTELND: Der neue Film von Aynur Demir. FOTO: PD

Realität von Angestellten der Schweizerischen Post. Der Film der Zürcher Filmemacherin und Syndicom-Gewerkschaftssekretärin Aynur Demir feierte seine Vorpremiere im November an den Roten Kulturtagen in Zürich und steht ab sofort öffentlich zum Streamen zur Verfügung. Ein aufrüttelndes Zeitdokument, das sich alle anschauen sollten, die zu Hause einen Briefkasten haben.

Roter Sessel – Stimmen von Postbot:innen, von Aynur Demir, Schweiz 2025, 19 Minuten, schweizerdeutsch mit deutschen, französischen oder englischen Untertiteln. Gratis unter: **rotersessel.ch.**

Generalstreik 1926

Ab ins Internet

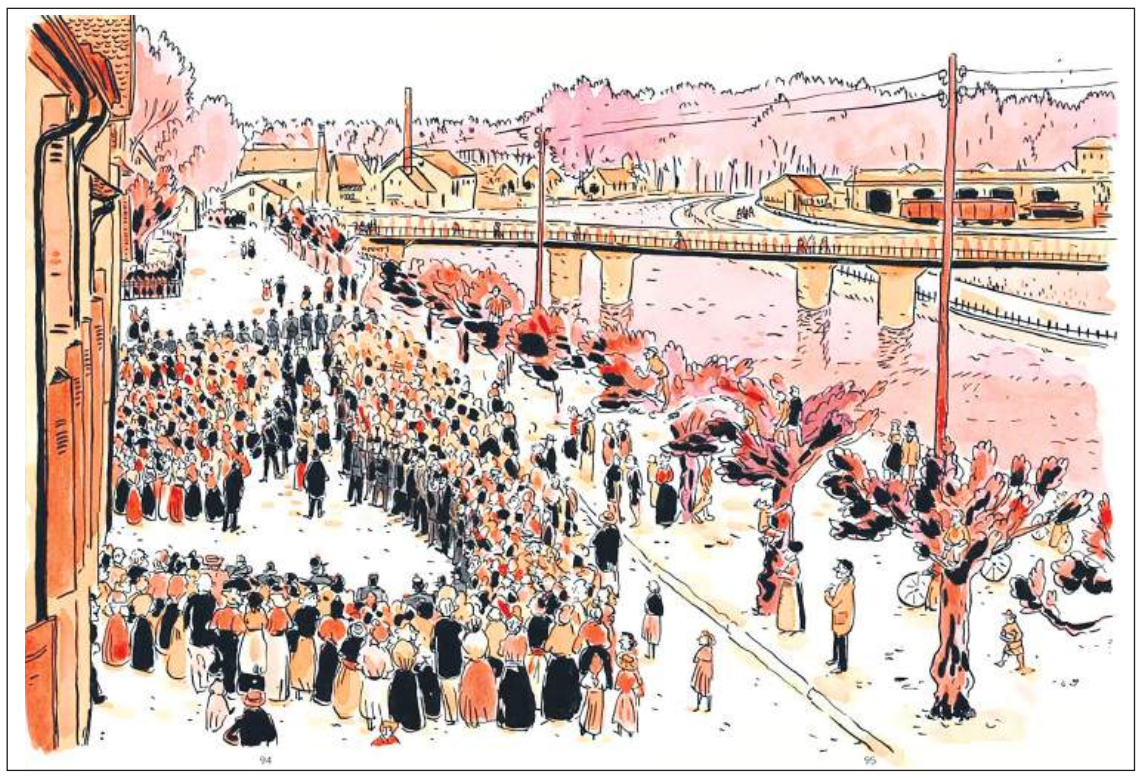
Sie planen eine Reise nach England, Wales, Schottland oder Nordirland? Dann sollten Sie einen Blick auf generalstrike100.com werfen. Dort gibt es die beste Übersicht über alle Gedenkanlässe und Ausstellungen zum Generalstreik von 1926. Dieser gilt als einer der grössten Generalstreiks der Weltgeschichte und legte das Königreich neun Tage lang still. Auslöser waren die Minenbesitzer, die den Bergarbeitern den Lohn kürzen wollten. Der Trade Union Congress rief zur branchenübergreifenden Solidarität auf. Mit grossem Erfolg, doch die Regierung schickte Soldaten als Streikbrecher, Panzer und sogar Kriegsschiffe.

Die spannende Übersichtskarte auf **generalstrike100.com** ist ein Projekt britischer Gewerkschaften, Museen und Politgruppen.

Graphic Novel über den allerersten Frauenstreik von 1907

Zigarrenmacherinnen von Yverdon verändern die Schweiz

Weil die Fabrikherren keine Gewerkschaft tolerieren, treten 1907 die Zigarrenmacherinnen von Yverdon in den Streik. Ein raffinierter Boykott zwingt die Tabak-Barone schliesslich in die Knie. Jetzt würdigt eine Graphic Novel die mutigen Vorkämpferinnen.



DIE ZIGARRENMACHERINNEN IM STREIK: In einer neuen Graphic Novel hat Comic-Zeichnerin Fanny Vaucher den ersten Frauenstreik der Schweizer Geschichte illustriert. ILLUSTRATION: FANNY VAUCHER

JONAS KOMPOSCH

Dass sie in Yverdon das Sagen hat, zeigt die Linke dort selbstbewusst. Etwa im Oktober 2024: Die Stadt weiht eine neue Fussgängerbrücke beim Bahnhof ein. Sie führt über den Zihlkanal und endet dort, wo früher die Tabakwarenfabrik Vautier Frères stand. Von 1858 bis 1975 wurden dort Zigarren und Zigaretten hergestellt, etwa die berühmten Marocaines. Getauft wird die Brücke «Passerelle des Cigarières». Damit ehrt Yverdon jene rund 60 Zigarrenmacherinnen, die 1907 auf eigene Faust eine Streikbewegung entfachten, die bald das ganze Land beschäftigte. Es handle sich um nichts weniger als «den Beginn des Kampfes für die Verteidigung der Frauenrechte in der Schweiz», so die Botschaft zur Eröffnungszeremonie.

> **«Kamerad, wenn du Marocaines rauchst, bist du ein Verräter!»**
> VOIX DU PEUPLE, 1907

GEGEN DIE «DIAMANTEN-TRÄGER»

Jetzt hat der Verlag Antipodes eine fesselnde Graphic Novel über diesen wenig bekannten Frauenstreik publiziert. Illustriert hat den Band die Lausanner Comic-Zeichnerin Fanny Vaucher (45). Getextet hat der Genfer Journalist Eric Burnard (72). Von ihm stammt auch das historische Nachwort, das den Streik mit bisher unentdeckten Quellen greifbar macht. Da ist zum Beispiel ein von Hand geschriebener «Aufruf an alle Arbeiterinnen». Verfasst hat ihn Lucy Zingre, eine verarmte Bauerntochter aus dem Jura. 1907 verdingt sie sich als Zigarrenmacherin in der Vautier-Fabrik und versucht so, ihre Kinder über die Runden zu bringen. Doch der Lohn ist miserabel. Und die sechs Mal elf Stunden pro Woche in der staubigen Fabrik schlagen auf die Bronchien. In ihrer Kampfschrift schreibt sie: «Teure Kameradinnen, wir sind immer noch Leibeigene, die vor jenen kriechen, die Rubine und Diamanten tragen, die aus dem Schweiss der Ausgebeuteten gefertigt sind.» Speziell die Frau werde von den Herren Kapitalisten «als niederes Wesen» betrachtet. Es sei höchste Zeit, «das Joch abzuwerfen, das den Mann und vor allem die Frau seit Jahrhunderten unterdrückt».

DANN KAM MARGARETHE FAAS-HARDEGGER

Zingre und sieben mutige Kolleginnen gründen eine Gewerkschaft. Das ist zwar ihr verfassungsmässiges Recht, doch nicht im Sinn der Familie Vautier. Sie wirft alle Organisierten raus, worauf diese zum Streik rufen. 60 von 180 Arbeiterinnen machen mit. Es ist der erste Streik der Schweiz, an dem nur Frauen teilnehmen. Vor den Fabriktoren tummeln sich die Schaulustigen. Das Bürgertum tobt und stellt sich hinter den stinkreichen Vautier-Clan. Dieser verlangt Polizeischutz, später auch Militär. Beides wird prompt geliefert. Es kommt zu Verhaftungen, Ausweisungen und immer mehr Druck auf die Streikenden. Doch es gibt auch Solidarität. Etwa von den benachbarten SBB-Arbeitern. Und aus Bern trifft Margarethe Faas-Hardegger ein.

Sie ist die erste Sekretärin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB). Sofort versteht sie: Die Streikbeteiligung ist zu tief, Angst und Druck zu gross. Also schaltet Hardegger einen Gang höher: Boykott aller Vautier-Produkte! Die Arbeiterpresse mahnt: «Kamerad, wenn du Marocaines rauchst, bist du ein falscher Bruder, ein Verräter!» Die Disziplin der rauchenden Arbeiterschaft ist hoch. Vautier verzeichnet massive Umsatzeinbrüche. Und dann macht Hardegger den Sack zu: Sie gründet eine Kooperative, in der nur Vautier-Streikende arbeiten. Ihr Produkt: die Zigarette «La Syndicale». Das Modell ist so erfolgreich, dass Vautier im Juli 1909 beim VHTL anklopft, einer Vorgängergewerkschaft der Unia. Vautier bietet an, die Löhne anzuheben und den VHTL im Betrieb zu tolerieren, wenn dieser dafür den Boykott aufhebt. Der Deal wird besiegelt – gegen den Willen der Streikenden, die ausgesperrt bleiben. Ihre Kooperative überlebt bis 1913, Lucy Zingre bis 1914. Sie stirbt 34jährig an einer wohl berufsbedingten Lungenentzündung. Der VHTL und Vautier führen ihre Sozialpartnerschaft noch jahrzehntelang weiter. Dass diese nur dank Streikführerin Zingre möglich wurde, verschweigen beide zeitlebens.



Burnand Eric, Vaucher Fanny: **La révolte des cigarières,** Editions Antipodes, Lausanne 2025, 200 Seiten, 35 Franken, nur auf französisch.

work 1x1 der wirtschaft



Noémie Zurlinden

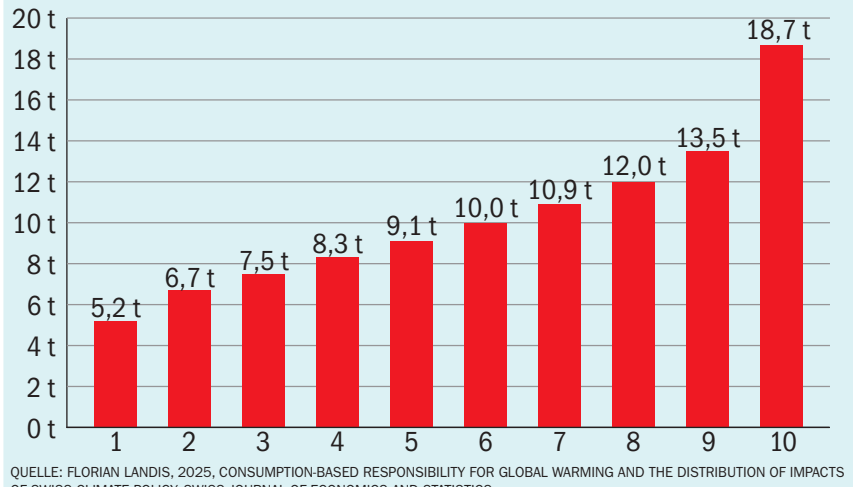
DIE REICHSTEN SIND DIE GRÖSSTEN KLIMAKILLER

Die «Initiative für eine Zukunft» der Juso wollte die Reichsten dazu verpflichten, via Erbschaftssteuer die von ihnen verursachten Klimaschäden zu bezahlen. Die Stimmbevölkerung hat sie am 30. November klar abgelehnt. Doch auch das wuchtigste Nein fegt die Wahrheit hinter der Initiative nicht vom Tisch. Die Zahlen zeigen glasklar: je reicher, desto schädlicher fürs Klima. Denn: Mit dem Einkommen steigen auch die klimaschädlichen Emissionen. Während die Pro-Kopf-Emissionen ziemlich konstant mit dem Einkommen zunehmen, steigen sie bei den Reichsten 10 Prozent sprunghaft an. Die Reichsten 10 Prozent verursachen durchschnittlich 18,2 Tonnen CO_2-Äquivalente pro Kopf. Das ist fast viermal mehr als die 10 Prozent mit dem tiefsten Einkommen. CO_2-Äquivalente messen die Klimawirkung oder das «Erderwärmungspotential» der unterschiedlichen Treibhausgase wie Kohlendioxid (CO_2), Methan oder Lachgas.

Reichere Haushalte verursachen mehr klimaschädliche Emissionen, da sie mehr konsumieren. Dies gilt für fast alle Konsumkategorien. Besonders problematisch sind die Emissionen durch den Individualverkehr, die stark mit dem Einkommen steigen. Die Emissionen durch Individualverkehr der reichsten 10 Prozent sind mit 3,8 Tonnen CO_2-Äquivalenten pro Kopf dreimal höher als jene der 10 Prozent mit dem tiefsten Einkommen. Die Reichsten verursachen auch viel mehr Emissionen durch Fliegen, Pauschalreisen, Sport, Erholung, Hotels und Restaurants sowie Bekleidung, Schuhe und Schmuck. Die Emissionen aus Wohnen, vor allem Heizen, und Nahrungsmitteln sind weniger stark vom Einkommen abhängig. Dies liegt daran, dass jede und jeder essen und die Wohnung heizen muss und sich der Konsum dieser Güter nicht beliebig steigern lässt.

KLIMAFONDS. Da die reichsten Menschen viel mehr klimaschädliche Emissionen verursachen, sollten sie auch einen viel grösseren Beitrag zur Reduktion der Emissionen leisten. Nach dem Nein zur Juso-Initiative bräuchte es jetzt dringend andere sozial gerechte Massnahmen zur Bewältigung der Klimakrise, wie sie die Klimafonds-Initiative fordert, worüber wir am 8. März 2026 abstimmen werden.

Jährliches Pro-Kopf-Erderwärmungspotential (Global Warming Potential, GWP) aus Konsum nach Einkommensdezilen, in Tonnen CO_2-Äquivalenten, Schweiz



QUELLE: FLORIAN LANDIS, 2025, CONSUMPTION-BASED RESPONSIBILITY FOR GLOBAL WARMING AND THE DISTRIBUTION OF IMPACTS OF SWISS CLIMATE POLICY, SWISS JOURNAL OF ECONOMICS AND STATISTICS

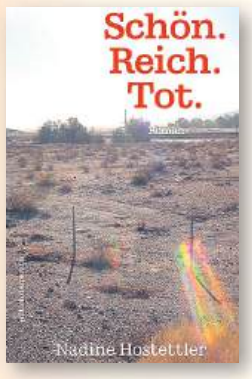
Noémie Zurlinden ist Ökonomin bei der Unia.

Die Geschenktipps der work-Redaktion

Frohe Weihnachten!

Schön. Reich. Tot.

Paula hatte sich immer gewünscht, ihr Vater wäre tot. Nun steht sie mit ihren Schwestern in Kalifornien an seinem Sarg. War es ein Unfall? Ein Suizid? Oder doch Mord? Paula geht auf Spurensuche in den Geheimnissen der Familie Borel, deren Saga in einer Uhrenstadt am Schweizer Jurasüdfuss begann. Nadine Hostettler erzählt sie uns mit Liebe für verpfuschte Figuren und scharfem Auge für eine Welt, die spinnt. Schamlos, wild und doch subtil. In fulminanten Dialogen macht sie so aus einer Familiengeschichte einen grossen Epochenroman. Die Autorin nennt es einen «Abschiedsbrief an den Westen». OLIVER FAHRNI



Nadine Hostettler: **Schön. Reich. Tot.** Edition Desperada, 460 Seiten, 35.90 Franken, E-Book für 14 Franken. Mehr Infos: nadinehostettler.ch.

Fötele wie früecher



In die viel zu enge Kabine reinsitzen, Münze einwerfen, und dann blitzt's. Das erste Foto: meistens kein Erfolg. 5 Minuten vor dem Fotoautomaten warten. Den nach faulen Eiern stinkenden Fotostreifen in den Fingern halten und Freude haben am eingefangenen Moment. Fotoautomaten im Retrolook erleben zurzeit ein Revival. Wo einer steht, steht man oft Schlange. Doch für ein Weihnachtsgeschenk muss man nicht extra einen Automaten suchen. Unter mysketchbooth.com ist ein digitaler Fotoautomat im Retrolook zu finden. So kann man seinen Lieben eine besondere Erinnerung als Vintage-Fotostreifen erstellen und vielleicht sogar hübsch einrahmen oder als Lesezeichen verschenken. Ein kreatives, günstiges und vor allem spassiges Weihnachtsgeschenk!
DARIJA KNEŽEVIĆ

Erstellen auf **mysketchbooth.com.**

work – die Stimme der Büez



Lektüre, die besser sättigt als Fondue chinoise und die geballte Ladung Weihnachtsgüetsi zusammen? Die gibt's! Sie heisst **work,** die Zeitung der Unia. **work,** das sind starke Fakten und eine klare Haltung. Das sind Geschichten über Menschen, die Lohndumperinnen und Grüsel-Chefs die Stirn bieten. **work** ordnet die Aktualität aus linker und gewerkschaftlicher Perspektive ein, mit Analysen, Hintergründen, Interviews. Und erklärt Themen rund ums Arbeitsrecht klar und verständlich. **work** ist die Zeitung für alle, die arbeiten oder mal gearbeitet haben. Und sieht unter jedem Weihnachtsbaum chic aus.
ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work-Abo, 36 Franken pro Jahr, 15 Ausgaben. Bestellen unter abo@workzeitung.ch oder hier:

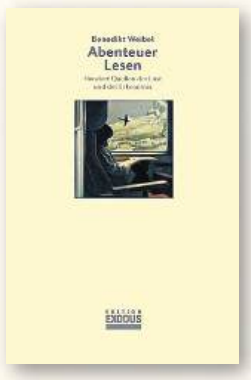
Sag es mit Orangen



Was gibt es Besseres als einen frisch gepressten Orangensaft zum Tagesstart? Jetzt haben Zitrusfrüchte Hauptsaison! Doch die beste Ware gibt's nicht im Supermarkt. Sondern bei Direktimporteuren wie Solrosa. Der nicht profitorientierte Schweizer Konsumverein liefert die Ware erst, wenn sie wirklich reif ist, und zwar ohne Umweg über Zwischenhändler. So bekommen seine Produzenten – allesamt biologische Arbeiterinnen-Genossenschaften in Süditalien – einen besseren Preis. Und auch das Vereinsmitglied profitiert: von einsamer Spitzenqualität und Preisen, die jeden Detailhändler alt aussehen lassen. JONAS KOMPOSCH

Mehr Infos unter **solrosa.org.**

Weibel liest



Auf Weihnachten ein Buch verschenken können alle. Gleich 100 Anregungen zum Wieder-, Neu- oder auch Nichtlesen quer durchs Bücherregal gibt's von Benedikt Weibel. Der letzte Generaldirektor der SBB (danach kam ein doppelt so teurer Chief Executive Officer) war und ist leidenschaftlicher Leser. Jetzt teilt er 100 Lektüreerfahrungen und Einsichten mit anderen Leserinnen und Lesern. Das ist meist erhellend, ab und an streitbar und immer anregend. Erschienen ist das Buch in der für ihre befreiungstheologischen Werke bekannten Luzerner Edition Exodus. Das ist weniger erstaunlich, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Denn Leserinnen und Leser sind ja immer auch Gläubige. Sie glauben an die Macht der magischen Buchstaben, die Welten erschaffen. Und daran, dass jedes Buch auch ein Exodus sein kann: sei's aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit oder aus der Sklaverei unfreiwilliger Langeweile. CLEMENS STUDER

Benedikt Weibel: **Abenteuer Lesen. Hundert Quellen der Lust und der Erkenntnis.** Edition Exodus, 42 Franken.

Soundtrack inklusive



Welcher Song ist älter, «99 Luftballons» oder «Smoke on the Water»? Das Spiel «Hitster» ist ein Quiz mit gutem Soundtrack. Der Clou: Per QR-Code spielt das Handy einen Song, Infos dazu gibt's vorerst nicht. Wer an der Reihe ist, muss den Song möglichst gut auf einem Zeitstrahl plazieren. Erst dann kommt die Auflösung. «Hitster» ist nicht nur etwas für Musik-Cracks und Besserwisserinnen: Die Frage, wer welche Songs kennt (oder eben nicht), sorgt für beste Unterhaltung.
CHRISTIAN EGG

2 bis 10 Personen ab ca. 14 Jahren können **Hitster,** Schweizer Version, spielen. Eine Partie dauert um die 30 Minuten, das Spiel kostet rund 25 Franken. In den meisten Spielläden und Webshops erhältlich.

Selfmade Aromat



Schweizerinnen und Schweizer lieben ihr Aromat. Aber Aromat verschenken? Das geht kreativer, zum Beispiel mit einem selbstgemachten Gemüse- und Kräutersalz. Dazu schnippeln Sie Gemüse in Streifen und hacken Kräuter klein. Was Sie nehmen, bleibt Ihnen überlassen. Bekannte Zutaten im Aromat sind etwa Zwiebeln, Knoblauch, Sellerie, Nelken, Steinpilze und Lorbeerblätter. Die gelbe Farbe kommt vom Curcuma. Das Ganze vermischen Sie mit Salz im Verhältnis 2 (Gemüse) zu 1 (Salz) und geben es für rund 24 Stunden bei 80 Grad in den Ofen (das Gemüse muss am Ende trocken sein). Dann noch in den Mixer damit, bis alles schön fein ist. Et voilà! PARZIVAL MEISTER

Rezept für die hausgemachte Gewürzmischung: **rebrand.ly/gewürz.**

Die Zauberformel von Zürich



In diesem politischen Fantasy-Trip erobern acht Kinder die grosse Bühne. Sie entdecken eine geheimnisvolle Theatermaschine, mit der sie die Welt nachbauen können. So beginnt eine Abenteuerreise durch die Realität: zu einer Serverfarm in den Alpen, in ein verborgenes Kühlschranklabor, zu wohnungslosen Menschen, bis in den Bundesrat. Das Theaterstück für Gross und Klein läuft noch bis Anfang Februar im Schauspielhaus Zürich. IWAN SCHAUWECKER

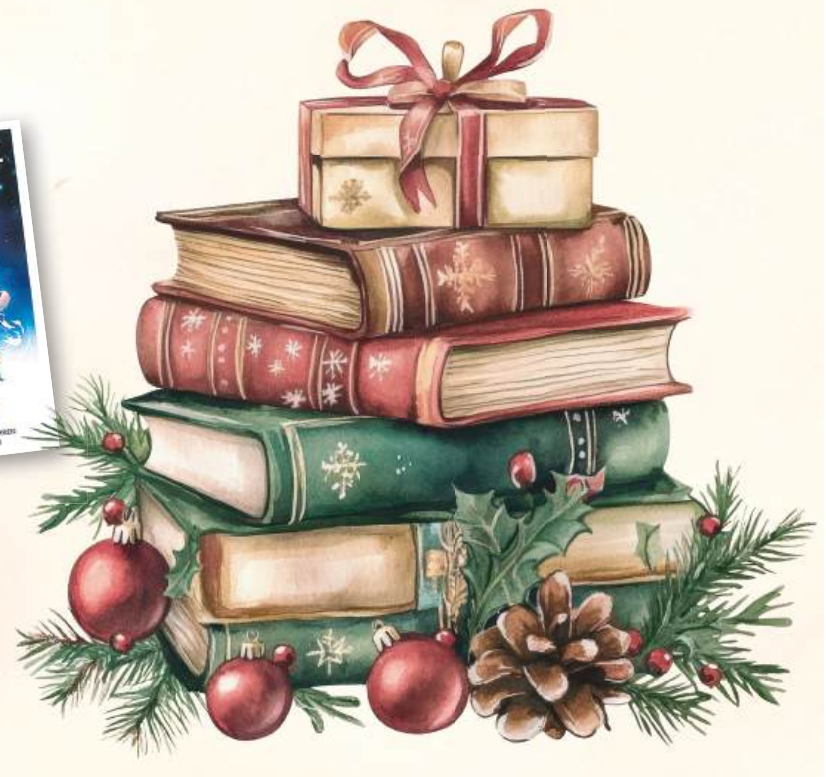
Tickets für Kinder ab 8 Franken, für Erwachsene ab 16 Franken. Infos: **schauspielhaus.ch.**

DER Kalender

Kalender kann man selber basteln. Oder bei diversen Onlineanbietern mit eigenen Bildern zusammenstellen. Muss man aber nicht! Denn es gibt ihn, den ultimativen Kalender für alle, die sich etwas Schönes fürs Auge an die Wand hängen wollen: nämlich den Kalender von Blackyard. Das ist ein Grafikdesign- und Illustrationenatelier aus Bern, das jedes Jahr einen Kalender herausgibt. Die Illustrationen darin sind schlicht «next level».
JULIA NEUKOMM



Preis: 35 Franken. Bestellen unter **wp.blackyard.ch/shop.**





Das offene Ohr

Markus Widmer
von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Arbeitslosenkasse I: Gibt es Einstelltage trotz Mobbing?

Ich werde schon seit einiger Zeit an meinem Arbeitsplatz gemobbt. Ich überlege mir, meine Arbeitsstelle zu kündigen. Ich möchte nun wissen, ob Einstelltage verhängt werden. Und wenn ja: für welchen Zeitraum?

MARKUS WIDMER: Nicht unbedingt. Wenn Sie Ihre Arbeitsstelle selbst kündigen, gilt dies grundsätzlich als schweres Verschulden und hat 31 bis 60 Einstelltage zur Folge. Eine Ausnahme besteht aber, wenn Ihnen das Verbleiben an der bisherigen Arbeitsstelle nicht zugemutet werden kann. Dies muss von Ihnen durch ein Arztzeugnis bewiesen werden. Der Arzt soll Ihnen bestätigen, dass Ihnen der Verbleib aus gesundheitlichen Gründen am bisherigen Arbeitsplatz nicht mehr zugemutet werden kann, dass zwischen Ihren gesundheitlichen Problemen und der belastenden Situation am Arbeitsplatz ein Zusammenhang besteht und er Ihnen zur Kündigung der Arbeitsstelle geraten hat. Die Arbeitslosenkasse wird das vom Arzt ausgefüllte Formular prüfen und mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Einstelltage verzichten.



RAUSGEEKELT: Mobbing kann bei Menschen gesundheitliche Probleme verursachen. Um Einstelltage zu vermeiden, muss ein Arzt diese Auswirkung bestätigen. FOTO: ADOBE STOCK

Arbeitslosenkasse II: Wie kann ich mich wehren?

Die Arbeitslosenkasse hat mir eine Verfügung zugesandt. Aus dieser Verfügung entnehme ich, dass die Arbeitslosenkasse der Meinung ist, ich hätte dem Arbeitgeber Grund gegeben, mir zu kündigen, und somit eine selbstverschuldete Arbeitslosigkeit vorliege. Sie hat 31 Einstelltage verhängt. Meiner Meinung nach hat sich die Arbeitslosenkasse zu fest auf die Aussagen des Arbeitgebers abgestützt und meine Einwendungen nicht berücksichtigt. Ich bin somit mit dieser Verfügung nicht einverstanden. Kann ich dagegen vorgehen?

MARKUS WIDMER: Ja. Die Verfügung enthält eine Rechtsmittelbelehrung. Aus dieser Rechtsmittelbelehrung geht hervor, bei welcher Stelle Sie innert 30 Tagen nach Erhalt Einsprache erheben müssen, wenn Sie mit der Verfügung nicht einverstanden sind. Weiter können Sie dieser Rechtsmittelbelehrung entnehmen, dass die Einsprache schriftlich erfolgen muss und einen Antrag und eine Begründung enthalten soll. Zudem haben Sie die Möglichkeit, Ihre Darstellung der Kündigungsgründe mittels Dokumenten zu beweisen. Für einen Laien kann dies eine komplizierte Sache sein. Wir empfehlen Ihnen, diese Verfügung Ihrer Rechtsschutzversicherung zu zeigen, sofern Sie eine haben. Die Rechtsschutzversicherung kann Sie bezüglich der Erfolgsaussichten beraten und wird für Sie auch die Einsprache verfassen. Sollten Sie keine Rechtsschutzversicherung haben, aber Unia-Gewerkschaftsmitglied sein, wird Sie Ihre Unia-Sektion bei der Abfassung der Einsprache unterstützen oder die Einsprache für Sie verfassen.

25 Jahre Bildungsinstitut Movendo: So vielseitig ist das Kursprogramm im Jubiläumsjahr 2026

Lernen, wachsen und sich weiterbilden

Movendo, das Bildungsinstitut der Gewerkschaften, feiert im kommenden Jahr sein 25-Jahr-Jubiläum. Die neuen Veranstaltungen und Kurse sind auch 2026 überraschend, bunt, vielseitig und lehrreich – ein paar Tipps.

MARIA KÜNZLI

TECHNISCH. Keine Ahnung von Word und Excel? Kein Problem: Im dreitägigen Workshop «Computerkurs für Einsteiger:innen» lernen Sie die wichtigsten Windows- und Office-Programme kennen. So machen Tabellen, Briefe und einfache Kurzbefehle in Zukunft keine Angst mehr.
Infos und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-computerkurs**

Sie sind ein älteres Semester und mussten im Beruf nie gross mit Computern arbeiten? Doch auch im privaten Alltag kommen wir kaum mehr um den Computer herum. Im «PC-Einstiegskurs für Senior:innen» lernen die Kursteilnehmenden – der Workshop richtet sich explizit an ältere Menschen ohne Vorkenntnisse – die Welt von Windows und MS Office kennen: Sie lernen Texte im Word zu schreiben, Mails zu verfassen und im Internet zu surfen. Das alles ohne Druck und Schritt für Schritt.
Infos und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-senioren**

Spätestens seit Corona findet die Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitenden und Teams immer öfter online statt. Verschiedene Tools erleichtern dabei die Kommunikation und ermöglichen es, dass mehrere Personen gleichzeitig an einem Dokument arbeiten können und dabei immer alle auf die aktuellste Version zugreifen können. Im zweitägigen Kurs «Zusammenarbeit online» bekommen die Teilnehmenden eine Einführung in MS Teams und One Note. Am zweiten Tag werden die Programme genutzt, um Methoden kennenzulernen, die die Zusammenarbeit auch online attraktiv gestalten lassen.
Infos und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-onlinetools**

POLITISCH. Wer hat in der Schweiz Macht? Wie ist sie verteilt, und wie funktioniert unsere Demokratie? «Wer hat die Macht?» ist ein spannender zweitägiger Kurs für all jene, die wissen wollen, wie sie sich aktiv in der Politik einbringen können. Kursleitende sind die Nationalrätin Tamara Funiciello und der Soziologe Florian Vock. Und keine Angst: Der Kurs richtet sich speziell an Personen, die wenig Vorwissen mitbringen.
Infos und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-wer-hat-die-macht**

Wie können Gewerkschaften und linke Bewegungen auf die Politik einwirken? Gemeinsam mit Tamara Funiciello und Florian Vock gehen die Teilnehmenden des Kurses «Aktivist:in oder Parlamentarier:in? Wo ist das Zentrum der Macht?» der Frage nach der Wirksamkeit von politischen Aktionen nach. Der Kurs ist für junge Menschen unter 35 Jahren gedacht. Gemeinsam mit der Nationalrätin besuchen sie das Bundeshaus, lernen das politische System der Schweiz von innen kennen. Zum Schluss trifft man sich zu Austausch und Apéro in der Berner Reitschule.
Infos und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-politik-junge**

Wie sind die Gewerkschaften in der Schweiz entstanden? Wie wurden sie stark, und welche Herausforderungen mussten sie im Laufe der Zeit meistern? Diesen Fragen geht die Veranstaltung «Arbeiter:innen, vereinigt euch!» nach. Referent Maurizio Maggetti-Waser bringt die Teilnehmenden auf den neusten Stand in Sachen Gewerkschaftsgeschichte. Der Kurs vermittelt einen umfassenden Überblick und zeigt, was die Gewerkschaften für soziale Sicherheit und Demokratie in der Schweiz geleistet haben.
Infos und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-gewerkschaftsgeschichte**

WEIBLICH. Wie kommt die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern zustande, und welche Dimension hat sie? In der Veranstaltung «Einführung in die feministische Ökonomie» betrachten Anja Peter und Mirjam Aggeler vom Büro für Feminismus die Wirtschaft aus feministischer Perspektive: Sie zeigen auf, warum dieser Perspektivenwechsel alles auf den Kopf stellt, was wir über Wirtschaft wussten. Dabei stellen sie auch einige der zentralen Fragen der feministischen Ökonomie vor und liefern Zahlen und Fakten zur Sorge- und Versorgungswirtschaft und der Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern.
Info und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-feministische-oekonomie**



WIR HABEN NIE AUSGELERNT: Das neue Weiterbildungen an. FOTO: ADOBE STOCK

Programm von Movendo bietet für alle Altersklassen spannende

WORKTIPP

GRATIS-WEBINARE

Pro Jahr bietet Movendo diverse kostenlose Webinare an. Die Online-Workshops sind interaktiv und dauern zwischen einer und vier Stunden. 2026 steht zum Beispiel die Veranstaltung «Wirtschaftspolitik verstehen – Löhne sichern!» gleich zwei Mal auf dem Programm. Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), erklärt wirtschaftspolitische Zusammenhänge aus gewerkschaftlicher Sicht und erläutert, warum uns diese alle etwas angehen.
Infos und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-webinare**

Es ist leider immer noch so: Frauen haben es im Beruf oft schwerer als Männer. Sie müssen mehr kämpfen, sich stärker durchsetzen, selbstbewusster auftreten, um ihre Ziele zu erreichen. In dem Kurs «Überzeugend auftreten – ein Kurs für Frauen» lernen weibliche Arbeitnehmende, wie sie ihre Stärken realistisch einschätzen und gezielt einsetzen können. Sie lernen zudem, wie sie Machtspiele durchschauen und selbstbewusst und souverän auftreten können.
Info und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-auftrittskompetenz**

KOMMUNIKATIONSTECHNISCH. Oft sagen wir mehr, als wir sagen. Das bedeutet: Die Art, wie wir etwas mitteilen, beeinflusst stark, ob die Botschaft auch wirklich verstanden wird. Allzu oft gibt es Missverständnisse. Dem soll der Kurs «Grundlagen der Kommunikation» entgegenwirken. Die Erwachsenenbilderin Thérese Höchli vermittelt auf praktische und anschauliche Weise die Grundlagen der Kommunikation, stellt Kommunikationsmodelle sowie Gesprächsstile und -techniken vor.
Info und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-grundlagen-kommunikation**

Wild gestikulieren, Arme verschränken, nervös mit dem Bein wippen: Unsere Körpersprache teilt oft mehr mit, als uns lieb ist. Wer die Signale zu lesen versteht, kann sie für sich und für die Kommunikation nutzen. In der Veranstaltung «Körpersprache lesen» lernen die Teilnehmenden von der Schauspielerin und Erwachsenenbilderin Mireille Eva Gugolz, Körpersprache richtig zu lesen und das Wissen im Berufsalltag wirkungsvoll einzusetzen.
Info und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-koersprache**

Sie lernen, wie Sie Machtspiele durchschauen können.

WIRTSCHAFTLICH. Die Wirtschaft interessiert Sie nicht? Vielleicht haben Sie das Gefühl, Wirtschaft betreffe Sie auch gar nicht so sehr? In der Veranstaltung «Wirtschaft verstehen – eine Einführung für Arbeitnehmer:innen» geht es um Themen, die alle etwas angehen. So geht Referent David Gallusser vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) Fragen nach wie: Warum wird das Leben immer teurer? Wann können Löhne steigen? Weshalb verdienen die einen viel und die anderen wenig? Und wie könnte das gerechter verteilt werden? Die Teilnehmenden lernen die wichtigsten Begriffe und Zusammenhänge der Wirtschaftspolitik kennen – und das lebensnah und mit praktischen Beispielen.
Infos und Anmeldung: **rebrand.ly/movendo-wirtschaft-verstehen**

MOVENDO 2026

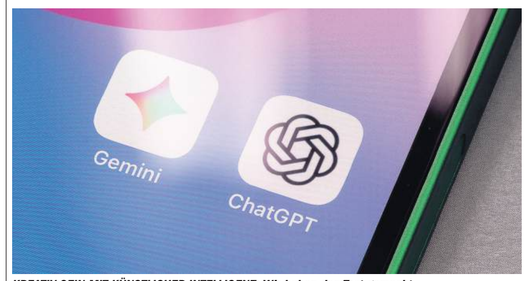
ÜBER 200 FACHLEUTE

Movendo bietet Weiterbildungen rund um die Arbeitswelt an – und das seit bald 25 Jahren. Auch im Jubiläumsjahr 2026 bietet das Weiterbildungsinstitut eine Vielfalt an Kursen und Veranstaltungen an, vom Computerworkshop für Pensionierte über einen Politik-Einsteigerkurs für Junge bis hin zu Selbstverteidigung für Frauen. Als Unia-Mitglied haben Sie Anrecht auf einen bezahlten Movendo-Kurs pro Jahr, übernommen werden dabei auch Übernachtung und Verpflegung. Und falls Sie innerhalb eines Jahres mehrere Kurse besuchen möchten, gilt für Unia-Mitglieder ein vergünstigter Tarif. Ob die Kosten übernommen werden, entscheidet die Gewerkschaft. Das Vorgehen ist einfach: Mit Ihrer Anmeldung klärt Movendo die Kostenfrage direkt mit der Gewerkschaft ab und informiert Sie per Mail, zu welchen Konditionen Sie an der Weiterbildung teilnehmen können.

SPRACHEN. Weiterbildungen werden in Deutsch, Französisch und auf Anfrage auch in Italienisch angeboten. Die rund 200 Referentinnen und Referenten – gewerkschaftsinterne sowie -externe – sind qualifizierte Fachpersonen und erfahrene Erwachsenenbilderinnen und Erwachsenenbilder. Das Angebot steht auch Nichtmitgliedern offen, sofern in der Kursbeschreibung auf movendo.ch nicht anders angegeben. (mk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



KREATIV SEIN MIT KÜNSTLICHER INTELLIGENZ: Wir haben den Test gemacht. FOTO: ADOBE STOCK

Einladungen mit KI: Simpel, aber nicht fehlerfrei

Weihnachtskarten oder Einladungen und Plakate lassen sich einfach und ohne Vorwissen mit KI-Programmen gestalten. Es reicht bereits ein klar formulierter Textbefehl, den man einem Programm wie Chat GPT oder Gemini erteilt. Die Programme liefern daraufhin Vorschläge mit Bild, Text und Layout.

DAS VORGEHEN. Beschreiben Sie klar, was Sie möchten: Text, Anlass, Motiv. Einen einfachen Text wählen, damit das Programm keine Fehler erzeugt. Mit Befehlen wie «im Stil des Impressionismus» oder «als Comic gestalten» lassen sich bestimmte Stile erzeugen. Die Programme erstellen bei kleinen Anpassungen grosse Unterschiede, dieselbe Eingabe hintereinander ergibt neue Bilder. Zudem können Sie das Programm vor der Gestaltung nach Motivideen und Textvorschlägen fragen, diese können Sie dann in den nachfolgenden Befehl integrieren. Wichtig: nie echte Namen und persönliche Daten eingeben. Keine Portraitfotos hochladen. Die Programmhersteller speichern alles.

Geben Sie nie echte Namen ein, die Programme speichern alles.

DER SELBSTVERSUCH. Gemini generierte fotorealistische Bilder, die leicht kitschig wirken – jedoch nur im Hochformat. Probleme gab's auch beim Text: Gemini schrieb Wörter wie «Weihnachtsapéro» falsch. Der Zusatzbefehl «Erzeuge den Text exakt wie geschrieben» half nicht immer. Eine nachträgliche Korrektur ist nicht möglich. Bei Gemini können Sie mit dem «Plus»-Zeichen eigene Fotos hochladen und ins Design integrieren. Chat GPT lieferte auf den Befehl hin abstraktere Bilder als Gemini. Rechts im Chatfeld gibt es aber eine Schaltfläche, wo Sie Stile einstellen können. Bei Chat GPT warten Sie in der Gratisversion lange, bis das Bild generiert ist. THOMAS SCHWENDENER



EIN ANLASS, VON DEM ALLE PROFITIEREN: Firmen-Weihnachtsfeiern fördern den Zusammenhalt und motivieren die Mitarbeitenden. FOTO: ADOBE STOCK

Deshalb sollten Firmen das Fest zum Jahresende nicht einfach streichen

Weihnachtsfeiern sind mehr als eine Alibiübung

Aldi und Migros streichen heuer das traditionelle Weihnachtsessen für die Mitarbeitenden. Fünf Gründe, warum Firmenfeiern am Jahresende für alle ein Gewinn sind.

MARIA KÜNZLI

1. Zusammenhalt
Menschen, die zusammenarbeiten, wissen oft erschreckend wenig Privates voneinander. Gerade in grösseren Betrieben sind die Angestellten zudem in Teams, Abteilungen und auf verschiedene Standorte verteilt, so dass viele sich gar nicht persönlich kennen. Ein Essen, das alle in ungezwungenem Rahmen zusammenbringt, schafft ein Gefühl von Zusammenhalt und Gemeinschaft. Mitarbeitende lernen sich neu kennen: Der eine unnahbare Kollege zeigt sich vielleicht von seiner humorvollen Seite, und die distanzierte Chefin erzählt plötzlich Persönliches über sich. So entsteht Vertrauen, das sich positiv auf das Arbeitsklima auswirkt.

2. Wertschätzung
Mit einer Weihnachtsfeier – und der dazugehörigen Rede – wird den Mitarbeitenden signalisiert, dass ihre Arbeit gesehen und geschätzt wird. Lässt sich eine Firma das Weihnachtsessen etwas kosten und macht daraus mehr als eine Alibiübung, bedeutet das, dass im Betrieb das Engagement der Mitarbeitenden etwas wert ist. Gerade nach einem anstrengenden, wirtschaftlich vielleicht schwierigen Jahr ist das eine wichtige Botschaft. Denn sie kann Mitarbeitende davon abhalten, sich vorschnell eine neue Stelle zu suchen. Wer sich wertgeschätzt fühlt, bleibt «seiner» Firma auch in schwierigeren Zeiten eher treu.

Das Weihnachtsessen ist eine Visitenkarte für eine Firma.

3. Motivation wird gesteigert
Wer frustriert ist und keine Lust auf die Arbeit hat, liefert schlechte «Büez» ab. Dies tut auch, wer sich im Betrieb alleingelassen fühlt. All diesen Gefühlen kann ein wertschätzendes Weihnachtsessen entgegenwirken: Der Alltag kann für einen Abend hinter sich gelassen werden, Kolleginnen und Kollegen erscheinen einem plötzlich vertrauter, vielleicht entsteht in ungezwungenem Ambiente gar eine Freundschaft, und die Arbeitnehmenden fühlen sich als Teil einer Gemeinschaft. Auch die Firma erscheint vielleicht in anderem Licht – was einen wahren Motivationsschub auslösen kann.

4. Teil der Unternehmenskultur
Das Weihnachtsessen ist auch eine Art Visitenkarte für eine Firma. Die Art, wie Mitarbeitende am Ende des Jahres belohnt und gefeiert werden, sagt einiges über die Unternehmenskultur aus: Es zeigt, wofür ein Betrieb steht, welchen Stellenwert Zusammenhalt, Dankbarkeit und Belohnung haben und ob es auch um die Menschen geht. So ist ein gelungenes Weihnachtsfest ein positives Signal an das bestehende Team und fördert die Identifikation mit der Firma.

5. Gemeinsam vorankommen
Was steht im neuen Jahr an? Was für Herausforderungen werden erwartet, und wie können sie gemeistert werden? Ein Weihnachtsessen ist eine gute Gelegenheit, um das Team auf das kommende Jahr zu motivieren. Denn auch das ist Wertschätzung: mit den Mitarbeitenden gemeinsam auf einen Weg gehen, ehrlich Ziele kommunizieren und Hürden benennen. Und dann zusammen auf das Kommende anstossen. So fühlen sich die Angestellten abgeholt und als Teil des Ganzen statt als kleines, unbedeutendes Rädchen im Getriebe.

ALDI UND MIGROS

JUBILÄUM REICHT

Warum feiern Aldi und Migros 2025 keine Weihnachten? Die Migros verzichtet auf die Weihnachtsfeiern für die Belegschaft mit dem Argument, man habe mit dem Fest Anfang September zum 100-Jahr-Jubiläum bereits gefeiert. Deshalb liege dieses Jahr statt eines Essens nur ein «Merci-Apéro» drin, den sich jedes Team selbst organisieren dürfe. Bei Aldi sind die Gründe ähnlich. Laut «Blick» verweist der Discounter auf die 20-Jahr-Jubiläumsfeier, die Ende September stattfand. (mk)

Giftstoffe besser erkennen

Neuer Pflicht-Code

Ab 1. Januar 2026 muss auf gefährlichen Produkten ein Code aufgedruckt sein, der bei einem Notfall ein schnelleres Handeln ermöglicht.

«UFI» steht für «Unique Formula Identifier»: Dabei handelt es sich um einen 16stelligen Code, der künftig auf gefährlichen chemischen Produkten aufgedruckt sein muss. Falls mit einem solchen Produkt ein Unfall passiert, ein Stoff gerät zum Beispiel in die Augen oder auf die Haut, dann kann die schweizerische Giftnotrufzentrale (toxinfo.ch, Tel. 145) schneller herausfinden, was genau darin enthalten und welche medizinische Behandlung nötig ist. Ab 1. Januar 2026 muss der UFI-Code auf allen Zubereitungen, Bioziden, Düngern und E-Liquids vermerkt sein, die gesundheitlich oder physikalisch als gefährlich eingestuft sind.



ADVENTSPFLANZEN. Apropos giftig: Die meisten im Advent beliebten Pflanzen wie Weihnachtsstern, Amaryllis, Mistel und Weihnachtskaktus sind giftig, besonders die Eibe und die Christrose. Bei Tieren und Kleinkindern können sie zum Teil schon in kleinen Mengen Beschwerden auslösen. Tox Info Suisse rät bei Eibennadeln, sofort die Nummer 145 anzurufen. Sind die Beschwerden ausgeprägt, alarmieren Sie sofort die Ambulanz (Tel. 144). (mk)

toxinfo.ch/adventspflanzen

workrätsel Gewinnen Sie 400 Franken Reka-Card-Guthaben!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Cards: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.

www.reka.ch

Kartoffelklösschen Ez.			ital. Tonbez. für das D	Vergrösserungsglas	fürchten, meiden			dt. Verkleinerungssilbe	Kamerazubehör Kw.	Doppelvokal	Abfall, Müll		Berg im Kt. GR: Piz ...		Kantonshauptort	Teile der Gitarre	Ort mit Mineralquelle im Kt. GL	kleine Kleidergrösse
								Behörde							lat.: sechs			
der erste Feminist (Herman)		dt. Vorsilbe	relig. Bräuche		Christkind						3		Fluss in Grenoble		wenn, zu der Zeit			
Süsswasserfisch						5		Winkelfunktion		übergrosser Mensch		eng verbunden, vertraut					10	gezogener Strich
					Hieb- u. Stosswaffe		südafrik. Laufvogel		1						Hinterlassenschaft		leidgeprüft	
besondere Geistesgrösse		Sternbild am Südhimmel		Fehlbetrag								Annahme, Behauptung		Studentenausweis (Kw.)				
als Schall hörbar sein							poln. Krauteintopf		Nahrung zu sich nehmen		salzhalt. Körperflüssigkeit Mz.							
			6	Begleitung		Sträucher								Comicfigur (Hund)		Kreisberechnungszahl		
bereitwillig, mit Vergnügen	Wagenteile		Kauwerkzeug Mz.								ärztl. Bescheinigung		Festräume					
edle Blumen						Leitungssysteme		Erdzeitalter		ind. Heil- u. Gewürzpflanze				4		frz. Name d. Saar		Beweis
	8		frech, vorlaut		Ornamentmotiv								Mut (ugs.)		Schweiz. Gewerkschaftsbund			
Verehrer eines Stars		Treibstoff für Flugzeuge								jamaik. Tanzmusik		Teile des Jahres				2		
einstellige Zahl					Abk.: am Main		Frauenwäschestück		Software-Installation				9		Initialen e. CH-Tennisspielers		kurzer engl. Gruss	
Regenbogenhaut im Auge		US-Gewerkschaft; "... Workers United"					7					brachten die Drei Könige						
				Gegenteil von weniger					Grundeinheit d. Materie					uncouragiert				

	U	B				D	F					G		E				
	N	O	R	D	S	E	E		K	U	G	E	L	N		B	A	U
	L	O		E		S	T	R	O	M	E	R		T		E	D	I
	A	T	E	M	N	O	T		D		L		S	E	I	N	E	
B	U	E	R	O		L		G	E	G	E	B	E	N		C		S
	T		L		G	A	L	A	X	I	E		N		L	I	S	T
	E	R	E	M	I	T		G		S		N	A	T	A	C	H	A
A	R	E	N		F		H	A	B	I	T	A	T		G		A	U
		G		S	T	A	A	T	E	N		B		T	E	A	M	S
	L	A	T	T	E		S		S		B	E	T	O	N		P	
P	A	L		O		T	E	L	E	F	O	N		N		K	O	I
	S		K	R	A	U	L	E	N		U		M	I	G	R	O	S
	T	O	N	E		N		G		A	N	T	I	K		E		E
	E		U	N	B	E	Z	A	H	L	T		M	A	T	T	E	R
T	R	I	P		B	R	U	T		T	Y	P	E		V	A	S	E

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 14
Das Lösungswort lautete: BAUFRAUEN

DEN PREIS, ein von WAGNER AG offeriertes Apple iPad, hat gewonnen: Peter Hamm, Nussbaumen AG. Herzlichen Glückwunsch!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 15. Januar 2026

INSERAT



WORKLESERINNENFOTO



O Tannenbaum, o Sternentraum

WANN 2. Dezember 2025
WO Stärnemärit in Bern
WAS Der Blumenschmuck wird für das Wochenende herausgeputzt
Eingesandt von Ruth Ingold, Büttikon AG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. **Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»**

WORKPOST



WORK 14 / 13.11.2025: REKORDTIEFE GEBURTENRATE

Ich kann es mir nicht leisten

Ich bin Mutter eines dreijährigen Kindes und wollte immer mehr als eines. Leider liegt aber ein weiteres finanziell nicht drin und auch von den Ressourcen her nicht. Die tiefe Geburtenrate überrascht mich nicht. Es gibt in der Schweiz so viele strukturelle Missstände, was Familie angeht: keine Elternzeit, nur 14 Wochen Mutterschafts-«Urlaub» (wie das z. B. mit dem Stillen vereinbar sein soll, ist unklar), danach darf der Mutter aus «wirtschaftlichen Gründen» gekündigt werden, 2 Wochen Vaterschafts-«Urlaub», die Kita ist trotz Betreuungsgutscheinen zu teuer, je nach Branche gibt es keine kleinen Teilzeitpensen für den Wiedereinstieg, es fehlt an Wertschätzung für Wochenbett, Care-Arbeit, Mental Load… Individuell bei uns: Ich habe keine Grosseltern in der Nähe, mit meinem Lohn kann ich keine Familie ernähren.

THEAWYLER, VIA INSTAGRAM

Darauf haben wir keinen Bock

Frauen haben nicht «keinen Bock auf Babys», sie haben keinen Bock, in unbezahlter Care-Arbeit zu versinken. Alleine. Während der Mann Karriere macht und Freizeit geniesst und ein Leben abseits von Kinderbetreuung und Haushalt hat. Sie haben keinen Bock auf Einbussen bei der Rente, Einbussen bei der Gesundheit, Einbussen beim Lohn. Viele Frauen hätten sehr wohl sehr gern Kinder. Wenn die Gesellschaft, in der sie leben, eine andere wäre! Also tut mal nicht so, als hätten Frauen wegen höherer Bildung keinen Bock aufs Kinderkriegen. Der Preis ist einfach zu hoch.

MAMATSUI, VIA INSTAGRAM

Das ist nicht vereinbar

Die Vereinbarkeit ist ein Hohn. Vor allem bei Berufen mit unregelmässigen Arbeitszeiten, Arbeitstagen oder Jahresarbeitszeit ist eine Betreuung in einer Institution nicht umsetzbar. Die Versorgung bei Krankheit, teilweise fehlende Flexibilität im Bereich Homeoffice durch den Arbeitgeber und die hohen Kosten geben einem den Rest.

MAMOF48, VIA INSTAGRAM

Wo bleibt die Unterstützung?

Jeder, der zu Hause bleibt, weil er Kinder betreut, bezahlt jeden Monat und am Ende bei der Rente dafür, die nächste Generation für den Staat gratis grosszuziehen. Gratis den nächsten Steuerzahler grosszuziehen, der dann wiederum ausgenommen werden darf, sobald er 18 Jahre alt geworden ist. Wo bleibt die Unterstützung zwischen der Geburt und dem vollendeten 18. Lebensjahr? Das bisschen Kindergeld ist ein Witz.

BOOKWOOD_PENCIL, VIA INSTAGRAM

WORKZEITUNG.CH / 22.11.2025: NATIONALE PFLEGEDEMO IN BERN

Eine kleine Anregung

Danke für die Organisation der dringend benötigten Pflegedemo. Für ein weiteres Mal wäre es besser, das Datum nicht kurz vor Zahltag anzusetzen, nicht wenige haben da nicht mehr genügend Geld, um ein Zugticket nach Bern zu kaufen. Das eiskalte Wetter hat vielleicht noch zusätzlich dazu beigetragen, dass nicht noch mehr Leute kamen. Danke für euer Engagement.

KATHRIN DE FEO, PFLEGEFACHFRAU

WORKZEITUNG.CH / DIVERSE BEITRÄGE ZU DEN BAUDEMOS

Ermutigt die anderen

Liebe Unia, endlich wagt eine Schweizer Gewerkschaft im Baugewerbe Arbeitskampfmassnahmen. Gratuliere, das war dringend nötig. Ihr dürft ruhig andere Gewerkschaften ermutigen, euch nachzueifern. Angesichts der ungebremst steigenden Krankenkassenprämien und Mietkosten schlage ich vor, dass die Gewerkschaften einen eigenen Teuerungsindex berechnen, in dem der Anstieg der Krankenkassenprämien und Mieten im Gegensatz zum schweizerischen Teuerungsindex korrekt eingepreist ist. Und dann müssen die entsprechenden Forderungen gestellt und durchgesetzt werden. Der Auftritt der Gewerkschaften darf ruhig zwei bis drei Zacken schärfer werden.

ROLF SCHENK, VIA WORKZEITUNG.CH

Gewalt von oben

Sie greifen die Arbeitenden mit obszönen Verträgen und himmeltraurigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen an. Gleichzeitig plazieren sie übelste Propaganda in den Medien, und die spielen unkritisch mit. Das ist Gewalt von oben gegen uns alle.

SALZABBAU, VIA INSTAGRAM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**









DAS IST IHR REVIER: An der Réception ist Natalia Dubova in ihrem Element.

Wie Réceptionistin **Natalia Dubova** ins Engadin kam

«Überteuerte Mieten sind ein grosses Problem»

Das Engadin ist Arbeitsort und Wahlheimat von Natalia Dubova (42). Zuerst arbeitete sie an der Bar, dann als Croupier im Casino und jetzt an der Réception des Hotels Sonne in St. Moritz.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS STEVE HADORN

Nicht nur Hotelgäste lieben die Pizzas aus dem Holzofen des Restaurants im Hotel Sonne. Über Mittag kommen auch viele Arbeiterinnen und Arbeiter vorbei. «Hier sind die Portionen etwas grösser und die Preise günstiger als in den meisten anderen Restaurants in St. Moritz», sagt Natalia Dubova. Die Hotel-Réceptionistin hat ihren Arbeitsplatz direkt neben dem Restaurant. Seit vier Jahren arbeitet die 42jährige Slowakin an der Réception des Dreisterne-Superior-Hauses mit 101 Zimmern.

Das Hotel ist beliebt bei Stammgästen aus ganz Europa. Nahe an der Langlaufloipe und am Hallenbad St. Moritz zieht es auch viele Sportlerinnen und Sportler an. Dubova sagt: «Das Schönste an meinem Beruf sind die Landschaft des Engadins und die Vielfalt meiner Aufgaben.» Denn: «In grösseren Hotels ist jeder für seinen Bereich zuständig, doch hier machen alle alles: Check-in, Check-out, Gruppenangebote, Gästebetreuung, Büroarbeiten.» Hier werde es ihr nie langweilig, besonders wegen des Kontakts mit den Gästen. Wenn sie ihnen den passenden Ausflugstipp geben könne, fühle sie sich voll im Element.

Ihren Arbeitstag beginnt Dubova entweder um 8 Uhr, wenn sie Frühschicht hat, oder um 14 Uhr für die Spätschicht. Diese dauert dann manchmal bis Mitternacht, bis die letzten Restaurantgäste weg sind und die Kellnerinnen und Kellner ihre Kasse geschlossen haben. Dann ist Dubova froh, dass sie nicht noch über verschneite Strassen nach Hause fahren muss, sondern gleich hinter dem Hotel wohnt.

CHECK-IN. Die Vierzimmerwohnung für die Mitarbeitenden des Hotels mietet sie zusammen mit zwei Kolleginnen und zahlt dafür unter 500 Franken pro Monat. Sie sagt: «Ich hatte grosses Glück, denn die Wohnungsknappheit und überteuerte Mieten gehören heute zu den grössten Problemen im Engadin.» Vor dreizehn Jahren, als Dubova aus der Slowakei ins Bündner Hochtal kam, fand sich noch relativ einfach eine bezahlbare Wohnung in Pontresina. Aber heute gebe es fast keine freien Wohnungen mehr, und auch für eine Studio zahle man häufig deutlich mehr als 1500 Franken, wenn man überhaupt noch etwas finde.

Im Team arbeitet Dubova mit drei Kolleginnen und ihrer Chefin, die auch Mitbesitzerin des Hotels ist. Sie führt das Hotel in dritter Generation. Für Dubova war die Anstellung im Hotel Sonne ein Glücksfall. Sie sagt: «Ich konnte hier vieles lernen und habe auch einen Italienischkurs gefunden und besucht. Meine Arbeitgeberin hat diesen Einsatz geschätzt und mir dann den Kurs als Weiterbildung bezahlt.» Mit ihrer Berufserfahrung und zusätzlicher Verantwortung ist auch ihr Lohn in den letzten vier Jahren um etwa einen Viertel gestiegen. Dubova möchte sich auch nochmals weiterbilden: Dank dem L-GAV kann sie als Unia-Mitglied eine vergünstigte Berufsbildung zur Chef de réception machen.

Natalia Dubova ist in der Slowakei aufgewachsen und hat Kultur- und Tourismusmanagement studiert und Deutsch, Spanisch und Englisch gelernt. Nach ihrem Studium arbeitete sie als Reiseleiterin in der Türkei und Griechenland und dann an der Bar auf Kreuzfahrtschiffen auf dem Rhein und auf der Donau. In ihren ersten Jahren im Engadin fand Dubova ab 2012 Jobs an der Bar im Casino in St. Moritz und in einem Hotel in Silvaplana. Zwei Jahre später erhielt sie die Gelegenheit für eine Ausbildung zum Croupier im Casino von Zürich.

CHECK-OUT. Die Ausbildung für Roulette und Kartenspiele dauerte drei Monate. Dubova musste in unterschiedlichen Schichten tagsüber ohne Tageslicht und nachts arbeiten. Wegen Schlafproblemen war sie zunehmend erschöpft. Nach einem Jahr musste sie ihren Job im Casino kündigen. Sie kehrte in die Slowakei zurück und arbeitete in verschiedenen Jobs, von der Assistentin bis zur Finanzberaterin. Während der Coronapandemie entdeckte sie das Stellenangebot im Hotel Sonne.

Auch ins Casino St. Moritz ist sie zurückgekehrt. Dieses Mal aber nicht als Arbeiterin, sondern als Gast. Doch es dauerte nicht lange, bis man sie wieder hinausspedierte. Obwohl ihre Arbeitseinsätze schon mehrere Jahre zurücklagen, hat man ihr als ehemalige Mitarbeiterin das Spielen im Casino untersagt. Ihr Spielglück hat sie deshalb zuletzt nur noch am White Turf versucht. Bei dem Pferderennen, das im Februar auf dem St. Moritzer See stattfindet, hat sie zuletzt auf das richtige Pferd gesetzt und mehr als hundert Franken gewonnen.

NATALIA DUBOVA

VIELE HOBBYS

Normalerweise hat Dubova am Sonntag und am Montag frei. Dann geht sie entweder wandern in den Wäldern rund um St. Moritz oder besucht ihren Freund in Chur. In ihrer Freizeit geht sie auch gerne biken, schwimmen in Bergseen, Eis laufen oder schlitteln. Im Winter wäre die Réceptionistin auch gerne wieder auf den Ski unterwegs. Doch wegen eines Skiunfalls vor zwei Jahren traute sie sich bisher nicht zurück auf die Piste. Dieses Jahr will sie es wieder versuchen.

WÄRME. In den Ferien in der Zwischensaison zieht es Dubova meistens an die Wärme: in die Türkei, nach Nordafrika oder auf die Kanarischen Inseln. Und zwei Mal pro Jahr besucht sie ihren Bruder und die Eltern in der Slowakei. Inzwischen hat Dubova auch viele Freundinnen und Freunde im Engadin, manche von ihnen kennt sie schon seit vielen Jahren. Dubova sagt: «Meine Muttersprache ist Ungarisch, und ich habe hier auch viele Ungarinnen und Ungarn kennengelernt, die in der Engadiner Gastronomie oder Hotellerie arbeiten.»

FEIERABEND. Mit ihren Freundinnen und Freunden geht sie manchmal auch in eine Bar oder ins Stübli, einen Musikclub in St. Moritz. Es gebe jetzt auch einen neuen Club «Billionaire St. Moritz» beim Hotel Kempinski, den sie für die Bühnenshow besuchen möchte. Dubova liebt Theater und besonders Musicals.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden @workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister @workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Regula Rytz, Clemens Studer, Noémie Zurlinden. **Gestaltung/Layout** Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jalily, verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jalily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia